blätter des iz3w

nr. 20 nov/dez 72 Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg, Lorettostr. 2o a, Tel 7 1o 28 App.29

Organisatorisches 1

Justiz

Siemens verklagt Cabora Bassa-Gegner 2

Grundgesetz deckt Linksradikale 7

Ideologiekritik

Wachstum des Volkseinkommens 11

Politische Ökonomie

Ökunomische Ungleichheit zwischen Nationen und intern. Solidarität 13

Imperialismus-Literatur 16

Strategie

Kritik der Initiative "Wahlkampf für die Dritte Welt" 2o

Aktionen

Kongress "Freiheit für Angola,Guinea Bissau, Mocambique" 25

Unterstützungsaktion des KELA

Medien

Zur Fernsehserie "Tribunal 82" 28

Aussperrung ins Massengrab 39

Privatinvestitionen

VW-Wolfsburg verteidigt VW do Brasil
Kommentar des iz3w 4o

Tansania

Modell für die Dritte Welt? 44

Lateinamerika

Libertad Bolivia starb im Gefängnis 48

Peru: Kein Wandel durch die Agrarreform 49

Vietnam

Heroin und Imperialismus 5o

Zusammengestellt und herausgegeben von: S. Bartels, G. Cremer, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, H. Pöttker, B. Mellein, P. Riedesser, B. Sandbothe, G. Stingl, B. Stein, L. Teubner, R. Verhülsdonk, W. Witzel, W. Zirke Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg, Nr. 1o.226.233; Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239 - 755; SCHWEIZ: Postscheckkonto Basel 4o-35899 (G.Stingl); Preis des Jahresabonnements bei 1o Nummern: DM 18,- (Lieferung nur nach Vorauszahlung)

An alle Besteller des Buches "Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa" von Eduardo de Sousa Ferreira

Es klingt vielleicht unglaubwürdig, aber die Herausgabe hat sich bis jetzt verzögert, obwohl es uns von der Druckerei für März(72!) versprochen wurde. Wenn unsere Hoffnung sich erfüllt, kann es sich nur noch um einige Tage handeln, bis wir endlich beliefert werden. Sie erhalten die bestellten Exemplare sofort. Wir bitten Sie noch um etwas Geduld.

iz3w

MATERIALLISTE

zum Kongreß "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique"

Verschiedene Gruppen liefern Material, das im Rahmen der Vorbereitung zum Kongreß wichtig ist. Es stellt eine Auswahl von grundlegenden Informationen über Portugal, seine Kolonien und die Befreiungsbewegungen dar.

Aktionskreis Dritte Welt, 4600 Dortmund - Hörde, Am Richterbusch 6

- zentrale Plakate (2 verschiedene Motive) zum Kongreß (Mengenrabatt individuell) — je DM 1,--
- Aufkleber DIN A 7 mit Kongreßplakat - Motiv 50 Stck. — DM 2,--

Konto: Stadtsparkasse Dortmund 162 039 776 (Dieter Wölki)

Antiimperialistisches Informationsbulletin, 355 Marburg, Liebigstr. 46

- Wandzeitungen zum Kongreß — DM 1,--
- Ausstellung über die Befreiungsbewegungen und ihre Arbeit (15 Blatt DIN A 3 = 30 x 40 cm schwarz-weiß) — DM 30,--
  bei Abnahme von 10 Ausstellungen und mehr Preis: je DM 20,--)
- Referat und Materialien über den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique (Bausteinreferat für Gruppen, damit sie eigene Referenten für Veranstaltungen stellen können) — DM 3,50
  (bei 10 und mehr Exemplaren: je DM 2,80)

Konto: Postscheckkonto Frankfurt 31 20 93 (Sonderkonto Antiimperialistischer Aktionskreis, Barbara Schilling)

Informationszentrum Dritte Welt, 7800 Freiburg, Lorettostr. 20 a

- Portugals Krieg in Afrika von Ruth First (Einführungsbroschüre zur Geschichte des portugiesischen Kolonialismus und Stand der Befreiungskriege) — DM 2,--
- Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa von Eduardo de Sousa Ferreira (ausführliches Grundsatzwerk 220 Seiten mit neuesten Wirtschaftsdaten) — DM 6,--

Postscheckkonto Karlsruhe 14 82 39 - 755

Für alle drei Stellen gilt:

Es wird nur gegen Vorauszahlung geliefert. Außerdem muß auf der Überweisung das Stichwort "Kongreß" stehen.

Eine Filmliste (welche Filme es wo zu welchem Thema gibt) erhält man bei

AKAFRIK, 4800 Bielefeld, Wickenkamp 30

Anfragen zum Kongreß bitte an:

Organisationskomitee Kongreß, 4600 Dortmund-Hörde, Am Richterbusch 6

ab 27. Dezember 1972 alles an:

Organisationskomitee Kongreß, 4600 Dortmund, Ruhrallee 62 / Tel.:0231/125094



Organisatorisches

Alles wird teurer - wir auch

Das Jahresabonnement für die "blätter des iz3w" wurde ab 1973 auf DM 18,- erhöht.
Dies wurde notwendig durch gestiegene Druck- und besonders Portokosten (so sind die Portokosten von DM 0,40 zu dem Zeitpunkt, als der Preis von DM 15,- festgesetzt wurde, auf DM 0,70 gestiegen). Zudem ist der Umfang der iz3w-blätter um einiges erweitert worden.

Vorausbezahlung

Jeder aufmerksame Leser der flehentlichen Zahlungsbitten (womit wir nur die ebenso flehentlichen Bitten unseres Druckers an Sie weitergaben) wird verstehen, daß wir unseren Versand auf Vorausbezahlung umgestellt haben. Wir bitten alle, die Abonnementgebühren für 1973 bis zum 20. Januar 1973 zu bezahlen. Bitte geben Sie den Verwendungszweck des Geldes auf der Zahlkarte an. Ein deutlicher Absender erleichtert die Registrierung Ihrer Zahlung.

Die Lieferung an auch danach säumige Leser müssen wir einstellen.

Bestellung nur ganzer Jahrgänge

Um die Buchung und Abrechnung zu erleichtern, können die iz3w-blätter nur für ganze Jahrgänge bestellt werden. Das heißt also, daß wir bei einer Abo-Bestellung im laufenden Jahrgang die Nummer ab Januar nachliefern oder der Bezug der iz3w-blätter erst ab dem folgenden Jahr erfolgt.
Das Abonnement läuft für das ganze folgende Jahr weiter, wenn es nicht bis zum Jahresende gekündigt wird.

Mahnungsaktion

Wir entschuldigen uns bei allen, die mit Nr. 19 fälschlicherweise gemahnt wurden. Das gilt besonders für diejenigen, die die iz3w-blätter über einen erheblich höheren Fördererbeitrag bezahlen und versehentlich gemahnt wurden.

Konten

Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg: Hauptkonto 10.226.233

Konto Technische Hilfe für die Befreiungsbewegungen: 10.226.233.09

Postscheckkonto Karlsruhe 148 239-755

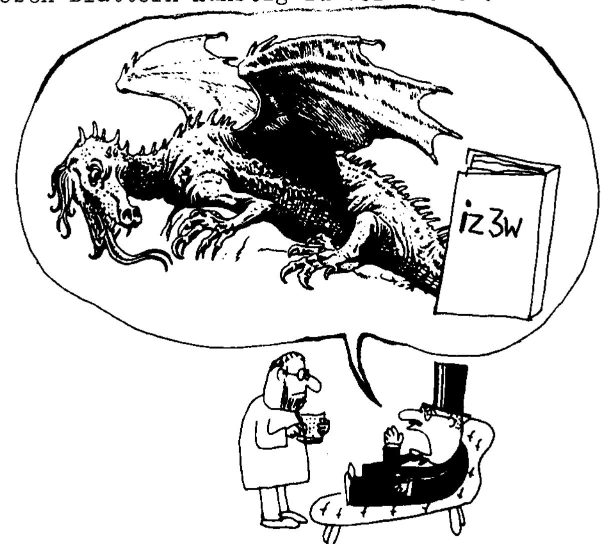
Geschichte eines Inserats

Das iz3w wollte zur Sonderausgabe der "Deutschen Zeitung" (ehemals "Christ und Welt") zu Portugal (Nr. 50, 15.12. 72) eine Anzeige zum Buch "Portugiesischer Kolonialismus zwischen Europa und Südafrika" von E. Ferreira aufgeben. Der Leiter der Anzeigenabteilung, Herr Schlosser, bat um Einsicht in das inserierte Buch und lehnte dann das Inserat mit Berufung auf § 8 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen ab, der dem Verlag gestattet, Anzeigen abzulehnen, die "nach Inhalt, Herkunft, technischer Gestaltung nicht den einheitlichen Grundsätzen des Verlags entsprechen". Es ist nicht verwunderlich, daß die Anzeigen wie "Portugal - eine sichere Kapitalanlage" oder die Anzeige der Banco de Angola "Seit 45 Jahren arbeiten wir in der portugiesischen Provinz Angola" den einheitlichen Grundsätzen dieser Zeitung entsprechen. Bewundernd müssen wir aber feststellen, daß es in der westdeutschen Presse noch Dinge gibt, die nicht für Geld zu haben sind, auch wenn dieses ehrenwerte Prinzip nur linken Gruppen gegenüber angewendet wird.

Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

da Sie in Ihren "Blättern des iz3w" in letzter Zeit nichts besseres wissen als für einen doktrinären Marxismus zu werben und jegliche Objektivität vermissen zu lassen, bitte ich Sie mich von diesen Blättern künftig zu verschonen.



Sollten mir noch welche zustehen auf Grund meines bezahlten Abonnements, so dürfen Sie sie behalten und auf den Müll werfen.

Werner S. , Ulm

Aktenzeichen: ....

Dieses Aktenzeichen ist auf allen Zuschriften anzugeben.

Justiz

Amtsgericht München, Abteilung

Strafbefehl (Abschrift)

An Herrn Josef Geue
- Religionslehrer -

78 ~~8 München~~ Freiburg/Br.

Sautierstr. 75

Nach einer Anzeige des/der Pol.-Präs. München - ~~Landpol.-Station~~ .... **vom** 19.4.1972

fand am 16.3.1972 im Kongreßsaal des Deutschen Museums in München die Aktionärs-Hauptversammlung der Siemens-AG statt. Unter den ca. 2500 Besuchern befanden sich etwa 60-70 eintrittsberechtigte Personen, von denen sich etwa 58 zum Thema "Cabora Bassa" zu Wort meldeten. Hierbei handelte es sich um ein Staudammprojekt in Südafrika, an dessen Fertigstellung u.a. die Siemens-AG beteiligt ist und das in letzter Zeit in den Meinungsstreit politischer Interessen geriet. Da die Abhandlung dieses Themas über das Auskunftsrecht der Aktionäre hinausging, wurde es vom Vorsitzenden Peter von Siemens unter lautstarker Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Besucher abgelehnt. Daraufhin begaben Sie sich im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit etwa 10-12 anderen Personen, u.a. die anderweitig Verfolgten Dr. Wolff Geisler und Hartmut Müller, zum Podium und erzwangen sich gewaltsam gegen die

Diese Handlungen **erfüll**en **den Tatbestand**

eines Vergehens des erschwerten Hausfriedensbruchs in Tateinheit mit einem gemeinschaftlichen Vergehen der Nötigung nach §§ 123 Abs. 1, Abs. 2, 240, 61, 47, 73 StGB.

Beweismittel:

Rechtsanwalt Beusch (8)
KI Seiler

Auf schriftlichen Antrag des Staatsanwalts wird/werden nach den angeführten Vorschriften und nach §§ 407 ff. der Strafprozeßordnung gegen Sie eine

Geld- **strafe von** 900,-DM

und eine Geldstrafe von ....

festgesetzt. An die Stelle der Geldstrafe tritt im Falle der Uneinbringlichkeit eine

Freiheits- **strafe von** 3o Tagen.

Außerdem wird .... **angeordnet.**

Einziehung: **Wert:**

Sie haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

StA.I Nr.275o

Bitte wenden!

Ordnungskräfte den Zutritt zur Bühne. Sie ignorierten alle Aufforderungen, die Bühne zu verlassen, und gingen dabei derartig massiv vor, daß die Versammlung um 16.40 Uhr vom Vorsitzenden unterbrochen werden mußte. Nach einer darauf folgenden Vielzahl von Aufforderungen des Vorsitzenden unter dem Hinweis auf sein Hausrecht, die Bühne zu verlassen und nach vergeblichen Versuchen der Ordner, Sie von dem Podium abzudrängen, wurde vom Vorsitzenden die Versammlung unter erheblichen Behinderungen zunächst weitergeführt. Schließlich mußte man Sie durch Schutzpolizeibeamte abführen lassen.

Strafantrag ist am 27.4.1972 form- und fristgerecht gestellt worden.

Kommentar zum Strafbefehl

KOMMENTIERUNG DES STRAFBEFEHLS

1. Warum werden "60-70 eintrittsberechtigte Personen" herausgegriffen? Soll angedeutet werden: eine verschwindend kleine Minderheit störte den HV-Frieden?
2. Woher weiß man, daß die 58 im Strafbefehl erwähnten Personen zum Thema Cabora Bassa reden wollten? Sie hatten lediglich Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 1 (Geschäftsbericht) abgegeben, aber keine Angaben über den Inhalt gemacht, zu dem sie Fragen stellen würden.
3. Das Staudammprojekt liegt nicht in Südafrika, sondern in der Tete-Provinz der portugiesischen Kolonie Mozambique. Zur Bedeutung dieser Feststellung nur zwei Hinweise:
   a) Portugiesische und rhodesische (!) Truppen haben in der Tete-Provinz nach den Aussagen von Pater Luis Alfonso da Costa von Mai 1971 bis März 1972 85 Zivilisten erschossen. Ein Beispiel: "23. Oktober 1971. Soldaten erschießen im Dorf Inhanachola drei Arbeiter aus Ermoque, die zu einer Arbeitskolonne gehören, die an der Straße Tete-Songo (1) tätig ist. Ihre Namen sind: Sinalo Tacho (verheiratet), Vunzani Sani (verheiratet) und Marzissi Salamaia (verheiratet)." (2)
   b) Am greift die FRELIMO den Flugplatz der Provinzhauptstadt Tete an und zerstört Flugzeuge.

   Der Siemens-Konzern investiert im Kriegsgebiet und unterstützt die Kolonialmacht Portugal.
4. "... das in letzter Zeit in den Meinungsstreit politischer Interessen geriet".
   a) Im Hintergrund steht die alte Behauptung: Politik und Wirtschaft dürfen nicht gekoppelt werden. Gerade das Cabora Bassa-Projekt beweist sehr klar, daß diese Behauptung falsch ist.
   b) Es wird der Anschein erweckt, erst nachträglich sei politisches Interesse ins Spiel gebracht worden. Cabora Bassa ist aber vom Planungsbeginn an ein politisches und strategisches Projekt gewesen, welches die Herrschaft des weißen Blocks im südlichen Afrika festigen sollte.
5. "... die Abhandlung dieses Themas über das Auskunftsrecht der Aktionäre hinausging".
   Diese Behauptung wird nicht bewiesen und ist auch aktienrechtlich nicht zu halten. Wieso wurden dann 1971 bei der BBC- und Hochtief-HV alle Fragen bezüglich des Cabora Bassa-Projektes zugelassen? Die Ablehnung des Rederechts war willkürlich. Zu Beginn der HV hatte Peter von Siemens gesagt: "Seien Sie aber nicht enttäuscht, wenn wir uns gegenüber bewußter Provokation schweigsam verhalten werden." (4) Die bewußte Provokation ging in der HV von Peter von Siemens aus.
   Die Erteilung des Rederechts bleibt auch nicht der Abstimmung der Mehrheit überlassen. Das Auskunftsrecht steht jedem einzelnen zu, der seine Wortmeldung abgegeben hat.
6. "... im bewußten und gewollten Zusammenwirken ..."
   Das ist eine Unterstellung. Natürlich war die Siemens-HV-Aktion von mehreren Dritte Welt-Gruppen vorbereitet worden. Die Podiumsbesetzung selbst hingegen geschah spontan. Die Podiumsbesetzer wollten sich ihr Rederecht nicht durch Manipulationen nehmen lassen.
7. Sie erzwangen sich nicht "gewaltsam ... den Zutritt zur Bühne". Die "Ordnungskräfte", Angestellte des Deutschen Museums, könnten dies

selbst am besten bezeugen.

8. Peter von Siemens "ignorierte alle Aufforderungen" der Podiumsbesetzer und der anderen, die seit Stunden auf ihr Rederecht warteten, endlich dieser Pflicht nachzukommen und die Fragen zuzulassen.

9. "... gingen dabei derartig massiv vor ..."
Warum wird über das Wie dieses "massiven" Vorgehens keine Aussage gemacht? Das Verhalten der Podiumsbesetzer blieb völlig gewaltlos, sowohl gegenüber den Ordnungskräften, wie später gegenüber den Beamten der Schutzpolizei.

10. Die Ordnungskräfte versuchten zu keinem Zeitpunkt, die Besetzer "vom Podium abzudrängen". Sie forderten nur verbal dazu auf, das Podium zu verlassen. ("Nu gehn's doch, meine Herren").

11. Die Initiatoren der Störungen sind Vorstand und Aufsichtsrat, die verhindern wollten, daß ihre Geschäftspolitik kritisiert wurde. (Auf die Farce des HV-Zeremoniells kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden.)

12. Es ist interessant zu sehen, wie diejenigen, die Recht brechen, auf ihr "Hausrecht" pochen. Ob sie überhaupt vom rein juristischen aus darauf bestehen können, wird sich zeigen.

13. Die Polizei blieb das stärkste Argument der Konzernherren.

Nachtrag

Nach der Vernehmung des Angeklagten und der beiden Zeugen ist die Hauptverhandlung auf den 29. Januar 1973 vertagt worden. Sie wird um 8,30 Uhr wieder im Zimmer 112 des Amtsgerichts München, Pacellistr. 2, stattfinden. Dieses Zimmer hat 16 Plätze für die Öffentlichkeit. Der Prozeß gegen Wolff Geisler, Vorsitzender des Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique, ist angekoppelt worden. Um 9,30 Uhr wird Peter von Siemens, Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens-AG, als Zeuge zum Tatbestand des Hausfriedensbruchs vernommen. Die beiden Zeugen haben dazu unterschiedliche Aussagen gemacht: der eine Zeuge (ein politischer Kriminalbeamter, der sich auf dem Podium beim Vorstand und Aufsichtsrat aufhielt !!) behauptet unter Eid, die Podiumsbesetzer seien dazu aufgefordert worden, den Saal zu verlassen - das erst würde den Tatbestand des Hausfriedensbruchs ergeben -; der zweite Zeuge (ein Siemens-Rechtsanwalt, der zeitweilig nicht anwesend war, da er die Polizei holen mußte) kann sich an eine solche Aufforderung nicht erinnern.

Neben den "rein juristischen" Fragen muß die Frage der Motivation der Angeklagten und damit der politische Hintergrund des Prozesses aufgezeigt werden. Dadurch werden sich die Rollen vertauschen. Nicht formal, aber inhaltlich. Aus einer Klage gegen die, die auf ihrem Informationsrecht nachdrücklich bestanden haben, wird eine Anklage gegen einen Konzern, der in der BRD und in anderen Ländern Unterdrückungsstrukturen fördert und festigt.

Wir werden in den "blättern des iz3w" über den weiteren Verlauf des Prozesses und seine Hintergründe berichten.

Josef Geue

---

1) Songo ist der Ort unmittelbar am Cabora Bassa-Projekt, in dem die schwarzen Arbeiter und weißen Ingenieure wohnen.
2) "Massaker in der Diözese Tete in Mozambique vom Mai 1971 bis März 1972", S. 2. Das Dokument wurde von Pater Luis Alfonso da Costa auf einer Pressekonferenz in Bonn am 16. August 1972 überreicht. Die KDSE, 53 Bonn, Rheinweg 34, übersetzte Auszüge dieses Dokuments.
4) Stenogramm der Siemens-HV, in: Blick durch die Wirtschaft, 24. April 1972.



Haus- oder Informationsrecht?

SIEMENSKONZERN KLAGT GEGEN
CABORA BASSA-GEGNER

Am Mittwoch, den 13. Dezember, fand vor dem Amtsgericht München eine erste Verhandlung gegen Mitarbeiter von Dritte Welt-Gruppen statt, die auf der Hauptversammlung des Siemens-Konzerns am 16.3.1972 die dort vertretene Öffentlichkeit über die Politik des Siemens-Konzerns im südlichen Afrika, speziell in Cabora Bassa aufklären wollte. Durch den Kauf von Aktien hatten sie sich das Rede- und Auskunftsrecht gemäß § 131 AG erworben. Als Aufsichtsratsvorsitzender Peter v. Siemens 56 von 58 Opponenten das Rede- und Auskunftsrecht gesetzwidrig entziehen wollte, besetzten einige von ihnen das Podium und versuchten, durch Diskussion mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstands ihr Rederecht zu bekommen. Nach einer kurzen Unterbrechung konnte die Versammlung ohne "erhebliche Behinderungen" (im Widerspruch zum unten zitierten Strafbefehl) weitergeführt werden. Siemens, der aber offensichtlich für künftige HV-Aktionen ein Exempel statuieren wollte, ließ dennoch mehrere Genossen von der Polizei abführen. Gegen 3 von ihnen, die anscheinend als Rädelsführer herausgegriffen werden sollen, erging Strafbefehl. Wir haben weiter unten den Strafbefehl gegen einen Mitarbeiter der Aktion Dritte Welt Freiburg abgedruckt.

Die Interessen des Siemenskonzerns, Informationen über seine Geschäftspolitik im südlichen Afrika und anderen Brennpunkten imperialistischer Ausbeutung zu unterdrücken, liegen auf der Hand: Es geht darum zu verhindern, daß die täglich neu von der bürgerlichen Presse gezimmerte Legitimitätsgrundlage kapitalistischer Profitwirtschaft nicht angeknackst wird, es geht auch darum, eine Verbindung der Arbeit antiimperialistischer Gruppen mit dem Kampf der Arbeiterschaft zu verhindern, eine Verbindung, die zum ersten Mal auf der Siemens-HV versucht wurde zu praktizieren, indem die unmenschlichen Folgen kapitalistischer Ausbeutung aus der Werkhallen des Siemenskonzerns ans Licht der Öffentlichkeit gezogen wurde.

Welches Interesse hat aber der Staatsapparat, dessen eine wichtige Stütze die Justiz ist, so bereitwillig dem Auftrag kapitalistischer Unternehmer zu folgen und Strafbefehle gegen Mitarbeiter von Gruppen zu erlassen, die hier in der BRD über die "Friedensbrüche" deutscher Konzerne aufklären? Warum stellt die Justiz das Hausrecht über das Informationsrecht? Ist der Staat mitsamt der Justiz etwa kein über den gesellschaftlichen Konflikten schwebender Friedensstifter?

Eine Möglichkeit, Antwort auf diese Fragen zu bekommen, besteht darin, die Entstehungsgeschichte dieses Staates im Zusammenhang mit der Entwicklung des kapitalistischen Systems zu untersuchen. Der Marxist Sweezy kommt dabei zu dem Ergebnis, "daß der Staat ein Instrument der Klassenherrschaft ist", sein "höchster Zweck ... der Schutz des Privateigentums" (Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Frankfurt 1970, S. 287). Und ein anderer Marxist, Lenin, stellt fest, daß die "politischen Besonderheiten des Imperialismus", in dem wir uns in Deutschland seit über 70 Jahren befinden, "die Reaktion auf der ganzen Linie sowie die Verstärkung der nationalen Unterdrückung in Verbindung mit dem Druck der Finanzoligarchie und mit der Beseitigung der freien Konkurrenz" sind. (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin 1970, S. 118).

Hat sich heute an der Verbindung von Staat und Privateigentum an Produktionsmitteln, von imperialistischen Konzernen wie Siemens und politischer und juristischer Reaktion etwas geändert, insbesondere seit sozialliberale Minister und Friedenskanzler an der Spitze dieses Staatswesens stehen, seit "mehr Demokratie gewagt wird"? ("Wir sollen mehr Demokratie wagen", Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969).

Dazu im folgenden einige Fakten, die unserer Ansicht nach die angedeutete Tendenz zu belegen scheinen bzw. für die uns außer Marxisten noch niemand eine schlüssige Erklärung geliefert hat:

Juni 1970
Die Bundesregierung unterstützt das vom baden-württembergischen Innenministeriums erlassene Verbot des SDS.

November 1970
Staatssekretär Frank bei einem Besuch in Teheran, um über die Förderung neu-

er Kapitalanlagen in Persien zu beraten: "Es muß in Zukunft vermieden werden, daß fragwürdige und subversive Elemente die guten traditionellen Beziehungen zwischen den beiden befreundeten Staaten bewußt oder unbewußt torpedieren."

Dezember 1970
Die Bundesregierung empfängt den Massenmörder und König von Jordanien, Hussein und verbietet eine Protestdemonstration in der Innenstadt von Bonn. Gleichzeitig verspricht die Bundesregierung Hussein einen Kredit von 170 Mio. DM beschleunigt bereitzustellen.

November 1970
Die SPD/FDP-Regierung sagt zu, sich am "NATO-Lastenausgleich" mit mindestens 1,7 Mrd. DM (40 % der Gesamtkosten) zu beteiligen. Damit leistet sie einen "wesentlichen Beitrag" zum "Hilfsprogramm für die USA", sprich zum Völkermord in Indochina.

Januar 1972
Auf Initiative der SPD/FDP-Regierung tritt die Ministerpräsidentenkonferenz zusammen. Das Berufsverbot für Demokraten und Kommunisten im öffentlichen Dienst wird beschlossen.

Juni 1972
Die ersten 4 von 30 neuen Gesetzen im Rahmen des "Programms zur inneren Sicherheit" werden verabschiedet und die Verschärfung des Ausländergesetzes beschlossen.

Oktober 1972
Verbot der gewerkschaftlichen Organisation arabischer Arbeiter GUPA und der demokratischen Studentenorganisation GUPS, Massenausweisungen.

bald
Querschnittsgesetz:
§ 20 e: der politische Inhalt jeder Veranstaltung muß der Behörde zur Anmeldung vorgelegt werden
§ 20 b: Versammlungen jeder Art in geschlossenen Räumen sind genehmigungspflichtig; sie können verboten werden, wenn "Sicherheit und Ordnung gefährdet sind", d.h. "1) die politische Willensbildung in der BRD gefährdet ist; 2) auswärtige Belange der BRD oder 3) das friedliche Zusammenleben der Völker es erfordern."

Der Angriff auf die Informationsfreiheit bei der Siemens-HV ist kein Einzelfall. Konsequenz gerade für uns "Dritte Welt"-Gruppen kann nur sein:

Bleiben wir nicht bei Aufklärungsarbeit stehen! Organisieren wir uns gemeinsam mit demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Organisationen am Ort gegen den Abbau unserer demokratischen Rechte! gs

Grundgesetz

Anmerkung der Redaktion:

Der vorliegende Artikel scheint uns als Argumentationsgrundlage geeignet, z.B. in der öffentlichen Diskussion oder in Gerichtsverhandlungen dem Vorwurf zu begegnen, Linke stünden nicht auf dem Boden des Grundgesetzes.

Kritisch anzumerken ist: Gollwitzer abstrahiert in seinem Artikel völlig von den realen Machtverhältnissen: entscheidend ist doch nicht, wer an und für sich auf dem Boden des GG steht, sondern wer zu entscheiden hat, ob jemand darauf steht. Was nützt denn einem linken Lehrer die Überzeugung, daß er durch das GG geschützt ist, wenn ihm die bürgerliche Justiz das Gegenteil bescheinigt.

Die Funktion eines Gesetzes und demnach seine Interpretation ist nicht objektiv neutral, schwebt nicht über den realen sozio-ökonomischen Machtverhältnissen einer Gesellschaft, sondern richtet sich nach ihnen.

Grundgesetztreue wird daher in kapitalistisch-bürgerlichen Staaten eben nicht von Sozialisten, sondern von der bürgerlichen Justiz definiert. Und eben diese bürgerliche Justiz hat - wie das gesamte Gesetzeswerk, das sie interpretiert - in der BRD die Funktion, die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse zu legitimieren und somit eine entscheidende Funktion im Herrschaftsapparat zu erfüllen.

Das läßt sich aus der jüngsten Geschichte der BRD auch recht einleuchtend belegen: in überzeugender Eintracht der 3 bürgerlichen Parteien wurden die Notstandsgesetze, die Vorbeugehaft, die Verschärfung des Ausländerrechts und das Berufsverbot für Linke beschlossen, der Abbau demokratischer Rechte (nicht nur) an der Hochschule schreitet fort (polit. Mandat der verfassten Studentenschaft, verfasste Studentenschaft überhaupt), das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung wird (durch hohe Durchfallquoten) faktisch ausgehöhlt.

Die beste Möglichkeit, sich vor dem Abbau demokratischer Rechte zu schützen, ist, sich in Schulen, Universitäten, Betrieben gegen diesen Abbau zusammenzuschließen.

Helmut Gollwitzer
Berlin

Grundgesetz deckt Linksradikale

Der vierte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland ist nicht ein altersgrauer Zeuge der wechselvollen Perioden deutscher Geschichte auf dem Wege vom 19. zum 20. Jahrhundert; er ist nicht Repräsentant des deutschen Bürgertums, geschweige denn ein so penetrant typischer, wie es seine beiden letzten Vorgänger gewesen waren. Er kommt aus einer anderen Schicht, aus jener unteren, die aus einem Objekt der Staatsführung zum mitbeteiligten Subjekt zu machen eines der ersten Ziele der sozialistischen Bewegung gewesen war. So ist in einem Lande, dessen staatstragende Klasse seit hundert Jahren das mit dem Adel verbundene Bürgertum gewesen war, vieles untypisch an diesem Bundeskanzler: seine Herkunft aus der Arbeiterschaft, seine nichteheliche Geburt, seine politische Jugend, dann seine Emigration eben infolge dieser frühen Politisierung.

Der Rückblick auf die ersten Jahrzehnte seines Lebens zeigt an: dies ist nicht die Biographie eines Selfmademan, der sich aus kleinen Anfängen zäh bis an die Spitze emporgearbeitet hat, zielsicher den Maßstäben und Forderungen der herrschenden Schicht sich anpassend.

Ob das deutsche Bürgertum ihn an der Regierungsspitze, an die es ihn nicht mit einer eindeutigen Willensbekundung getragen hat, auf die Dauer erträgt, wird eine entscheidende Frage dieser Jahre sein. Tut es das nicht, so wird es damit ausdrücken, daß es wenig gelernt hat in den Jahrzehnten, die zwischen der Jugend und der Kanzlerschaft dieses Mannes liegen — zugleich auch, daß ihm zuviel unbürgerliche Momente in der Biographie dieses Mannes enthalten sind, lauter Hinderungen, ihm vorbehaltlos zu vertrauen, lauter Verdachtsgründe, mindestens Vorbehaltsgründe gegen ihn.

Er mußte als junger Mann emigrieren, weil er politisch war, weil er politisch links war, so links, daß er nicht hoffen konnte, vom braunen Regime beim Ausweichen ins Unpolitische geduldet zu werden. Seine Emigration war die Folge des Erfolgs, den die Diffamierung all dessen, was „links" etikettiert wurde, beim deutschen Bürgertum hatte. Zwar hatte die deutsche Linke in der Weimarer Republik nie die Chance, an die Macht zu kommen, auch nicht, wenn Sozialdemokraten und Kommunisten sich zur Volksfront vereinigt hätten, erst recht nicht, da beide jeden Gedanken an solche Vereinigung weit von sich wiesen. Aber schon das Vorhandensein dieser Linksparteien genügte, um denen den Erfolg zu sichern, die ihren eigenen Weg zur Macht darauf abstellten, mit der Warnung vor der Gefahr von links das deutsche Bürgertum so zu ängstigen, daß es sich in der Zeit der Krise willig den rechten Liquidatoren der Republik in die Arme warf.

Nicht zwischen den extremistischen Gruppen von rechts und links wurde die Republik zerrieben, wie es heute das für eine gleiche Diffamierung eifrig gepflegte bundesrepublikanische Geschichtsklischee behauptet, sondern **die bürgerliche Angst vor einer Entwicklung nach links,** die die Fähigkeiten wie die Möglichkeiten der damaligen linken Gruppen weit überschätzte, ließ die aus der Katastrophe des Ersten Weltkriegs mit Hilfe einer Linksbewegung entstandene erste deutsche Republik nie zu einer von ihren Bürgern getragenen, gar geliebten Republik werden; an dieser bürgerlichen Angst ist sie dann gestorben.

Das deutsche Bürgertum bejubelte die Liquidation der Linksparteien nach dem Reichstagsbrand, blind dafür, daß es damit den Untergang seiner eigenen Freiheiten, die es nie genug schätzen gelernt hatte, bejubelte und den Anfang des KZ-Staates und die heranrückenden Massakter des Zweiten Weltkrieges dazu. Die Linksbewegung von 1918 hatte es mehr verschreckt als der ganze Erste Weltkrieg.

Zwei Jahre Kanzlerschaft Brandt genügten, um offenbar zu machen, daß dieser Kanzler, dessen Jugend noch von den Ausläufern jener Linksbewegung geprägt worden war, und seine Partei weiten Teilen des deutschen Bürgertums **nur vertrauenswürdig werden können, wenn sie jene Angst beruhigen,** die heute aufs neue angestachelt wird — eine Angst, für deren Ausnützung und Aufstachelung heute schon das Vorhandensein einer ungleich schwächeren Linksbewegung, als es die der Jahre zwischen 1918 und 1933 gewesen war, ausreicht. **Diese Angst zu schüren, ist das politische Kampfmittel heute wie damals. Das Ergebnis im deutschen Bürgertum droht das gleiche zu werden: lieber keine Freiheit als eine Freiheit, die auch die Freiheit für links umschließt.**

SPD und SPD-Regierung bekommen aufs neue zu erfahren: sie haben keine Gnade, keine Fairneß, keine Gerechtigkeit zu erwarten, solange sie noch linksverdächtig sind, und sie werden linksverdächtig sein, solange sie nicht gänzlich mit ihrer Vergangenheit brechen, solange sie nicht auch noch die im Godesberger Programm enthaltenen Momente ihrer Tradition abstoßen, solange sie nicht Garantien gegen deren Wiederaufleben geben — solange sie nicht **rechts** werden.

Darum wird diese SPD in eine Identifikationskette eingespannt, die ihr selbst ebenso das Fürchten beibringen soll wie den übrigen Bürgern: die Linksradikalen werden mit der Baader-Meinhof-Gruppe identifiziert, die Linken mit den Linksradikalen, die SPD mit den Linken. Die Jungsozialisten als Zwischenglied, das die SPD mit den Linksradikalen verbindet, dienen zum Beweis für diese Kette. Und das Doppelte ist erreicht: **In der SPD breitet sich die Furcht aus, für links gehalten zu werden, und in der Wählermasse breitet sich die Furcht vor der linksverdächtigen SPD aus.**

Das Groteske dabei: **dies geschieht im Namen einer Verfassung, die mit linken Prädikaten getauft ist, mit den Stichworten des linken Bürgertums und der Arbeiterschaft im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert: im Namen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Das Kunststück, aus jener Formel einen Weihenamen zu machen, der der Tabuisierung und Konservierung der noch nicht demokratisierten Bestandteile der bundesrepublikanischen Gesellschaft in Wirtschaft, Verwaltung, an der Hochschule und im parteipolitischen Sektor dient, wäre zu bewundern, wenn es nicht ein Zeichen dafür wäre, daß bei den Deutschen auch die Demokratie zu einer Sache von Kommando und Gehorsam wird. Immer noch kommt der Befehl zur Demokratie von oben, hebt darum Strammstehen, Unterordnung und Uni-**

formierung nicht auf, sondern befestigt das alte Wesen unter neuen Formeln.

Diese Formeln aber sind, wie gesagt, linke Formeln. Was der junge Lübecker Sozialist anstrebte, war das herkömmliche Ziel der sozialistischen Bewegung: eine „freiheitlich-demokratische Grundordnung", d. h. eine Gesellschaftsordnung mit möglichst viel Freiheit (Selbstbestimmung statt Verfügungsgewalt von Menschen über Menschen) und Demokratie (Mitbestimmung aller am gesellschaftlichen Geschehen statt hierarchischer Privilegienordnung). Weil er dieses Ziel ernst nahm, war er unzufrieden mit der SPD und schloß sich einer linken Absplitterung an. Daß die Weimarer Verfassung eine freiheitlich-demokratische Grundordnung mehr versprach als schuf, war ihm als Sozialisten klar; denn für einen Sozialisten gilt: Solange die Produktionsmittel in Privathand sind, solange nicht die Produzenten selbst über die Produktion und deren Verwertung bestimmen, solange wird die Gesellschaft immer hierarchisch gestaffelt sein, solange wird wirtschaftliche Macht auch politische Macht zur Folge haben, solange wird Lohnabhängigkeit im Widerspruch zur staatsbürgerlichen Freiheit stehen, solange wird formale Demokratie der Vollendung zur materialen Demokratie erst noch bedürfen. Demokratie und Sozialismus war für jene Generation von Sozialisten noch eine Einheit. Heute, nach der leninistisch-stalinistischen Periode der Sowjetunion, sind diese beiden Begriffe im öffentlichen Bewußtsein auseinander, ja gegeneinander getreten. Ein erneuerter Marxismus, wie er heute in der jungen Generation wieder lebendig ist, wird sich daran bewähren müssen, daß ihm die Einheit von Sozialismus, Demokratie und Freiheit wieder zur Selbstverständlichkeit wird.

Der junge Lübecker Sozialist sah die Kluft zwischen dem Versprechen der Verfassung und der diesem Versprechen engegengesetzten kapitalistischen Wirklichkeit in der Weimarer Republik. Eben um diese Kluft zu schließen, war er Sozialist geworden. Weil er sie in der Sowjetunion durch eine neue Kluft ersetzt sah, konnte er nicht Kommunist werden und nach Rußland emigrieren. Er floh in ein Land der westlichen Demokratie und kehrte von dort, nach dem Sturz der Tyrannei, zurück nach Deutschland, um hier am Aufbau eines Staatswesens der westlichen, d. h. der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie mitzuarbeiten. Zugleich hört er nicht auf, sich als „demokratischen Sozialisten" zu bezeichnen. Was kann einen Sozialisten an der bürgerlichen Demokratie interessieren, da er doch über jene Kluft, über die Unmöglichkeit, auf der Basis der kapitalistischen Wirtschaft eine freiheitlich-demokratische Verfassungswirklichkeit zu schaffen (im Unterschied zu bürgerlichen Liberalen) keine Illusion hegt?



Es gibt eine Affinität von Sozialismus und bürgerlicher Demokratie

Er schätzt eine bürgerliche „freiheitlich-demokratische Grundordnung" als diejenige Staatsordnung, die den Kampf für eine freiheitlich-demokratische Verfassungswirklichkeit, also Gesellschaftsordnung, ermöglicht und legalisiert, den Kampf um die Realisierung derjenigen Versprechungen, die die bürgerliche Demokratie uns gibt, die aber erst eine sozialistische Demokratie einlösen kann.

Es gibt eine **Affinität von Sozialismus und bürgerlicher Demokratie,** zu der sich echter Sozialismus immer bekannt hat. Sie besteht im Inhalt dieser Versprechungen, in dem Versprechen von Freiheit und Demokratie, das die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" von Weimar und Bonn mehr gibt als einlöst, für dessen Einlösung diese Grundordnung aber zugleich einzutreten gebietet. Die bürgerliche Demokratie gibt in ihrem liberalen Grundgesetz nicht nur den neutralen Rahmen und die Freiheitsgarantie für die politischen Richtungskämpfe, **sondern sie hat zugleich selbst eine Linkstendenz, die in ihrem Versprechen besteht; dieses Versprechen macht, daß das Bonner Grundgesetz als Verfassung einer bürgerlichen Demokratie keineswegs neutral zwischen rechts und links steht, sonden nach rechts sich abgrenzt und nach links öffnet.**

Die inhaltliche Affinität zwischen den Idealen des bürgerlichen Liberalismus und den Zielen des Sozialismus läßt die bürgerliche Demokratie nicht in der Mitte zwischen rechts und links stehen. Dieses Stand-Bild, das man meist von ihr entwirft, ist so gefährlich, daß man es nicht genug angreifen kann. An ihm zeigt sich die Gefährlichkeit unserer bildlichen Redeweise, die unversehens die Wirklichkeit in Raster zwängt, die sie verbiegen.

Die Demokratie „steht" nicht, so wenig wie irgend etwas anderes im ständig fließenden gesellschaftlichen Leben. Demokratie bewegt sich, jeden Tag, vorwärts oder rückwärts; die Bereiche von Selbst- und Mitbestimmung dehnen sich aus oder schrumpfen; in ihnen wird intensiv und kreativ oder steril und interesselos gelebt. Demokratie ist lebendige Bewegung — entweder vorwärts (das meint die Bildrede „links") oder rückwärts (also „rechts"). **Man kann nicht „auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen".** Hier gibt es keine Statik. Man kann nur in der von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewiesenen Richtung **gehen,** also jeweils zu **„mehr Demokratie"** ((wie Brandts bekanntes Wort am Schluß seiner Regierungserklärung 1969 lautete) oder in der entgegengesetzten Richtung.

Das Grundgesetz von 1949 kennt keine Richtungsneutralität. Das statisch-räumliche Bild von einem demokratischen Staatswesen, das sich um eine Mitte sammelt und die Extreme nach beiden Seiten gleichmäßig von sich abstößt, mag im Kopfe mancher seiner Väter geherrscht haben; um so bezeichnender ist es, daß die in den Bestimmungen des Grundgesetzes sich niederschlagende Idee eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens sich **nicht** jenem statischen Bild fügte, sondern eine **Richtungsperspektive festlegte: das Grundgesetz riegelt die Entwicklung des von ihm entworfenen Staates nach rückwärts ab und gibt ihm den Impuls nach vorwärts.**

Das Grundgesetz läßt, anders als die Weimarer Verfassung, nicht unterschiedslos alle politischen Anschauungen miteinander konkurrieren. Art. 3 darf nicht vergessen lassen, daß es politische Anschauungen gibt, die früher erlaubt waren, heute aber nicht mehr unter die Toleranz des Art. 3 fallen: **Wer religiöse, ethische, politische Gruppen von der Gleichberechtigung ausschließen will; wer in der Frage des Wehrdienstes das Gewissen des einzelnen dem Staatsgebot unterwerfen will; wer statt Völkerverständigung zum Krieg gegen ein anderes Volk hetzt; wer einen Führerstaat anstrebt oder ein Drei-Klassen-Wahlrecht oder Ungleichheit der Bürger vor dem Gesetz, der vertritt eine politische Anschauung, die nicht toleriert wird,** vielmehr Parteiverbot und Verwirkung der Grundrechte zur Folge haben kann.

Dabei handelt es sich, wohlgemerkt, um Anschauungen, denen auf der Weimarer Bühne Gleichberechtigung zugestanden gewesen war.

Umgekehrt **gebietet** das Grundgesetz, eine **Entwicklung** in Gang zu bringen, die jedem die Realisierung seiner Grundrechte, einschließlich des Rechtes auf Bildung,

auf öffentliche Kundgabe und Verbreitung seiner Anschauungen, auf freie Berufswahl usw. immer besser garantiert.

Die Tendenz nach rechts ist die Tendenz auf Beschränkung der Realisierung von Freiheit und Demokratie. Die Tendenz nach links zielt auf möglichst unbeschränkte Realisierung. Das Grundgesetz gibt die Diskussion zwischen diesen beiden Tendenzen frei; denn es lassen sich auch rationale Gründe für jene Beschränkung angeben, deren Geltendmachen nicht mit Demokratiefeindschaft identisch sein muß. **Die Extreme aber,** die in der Verlängerung dieser Tendenzen liegen, **gelten vor den Augen des Grundgesetzes nicht gleich.** Rechtsextremismus will die freiheitlich-demokratische Grundordnung rückgängig machen — rückgängig bis zum autoritären Obrigkeitsstaat oder zum Klerikalstaat oder gar zur Ein-Mann-Diktatur Hitlers oder Stalins. Die Radikalisierung der Tendenz nach rechts führt zur Beseitigung auch schon des Versprechens der bürgerlichen Demokratie, die Radikalisierung der Tendenz nach links dagegen zielt auf Realisierung dieses Versprechens; **darum ist Rechtsextremismus der Bewegungstendenz des Grundgesetzes entgegengesetzt, Linksradikalismus dagegen mit ihr konform.**

Das soll natürlich nicht heißen, das Grundgesetz **fordere** linksradikale Einstellung. Es heißt nur: **auch linksradikale Einstellung ist (im Unterschied zur rechtsextremistischen) verfassungskonform.** Das Grundgesetz verlangt von einem Radikalen nicht Verzicht auf seinen Radikalismus, von einem Revolutionär nicht Verzicht auf die Revolution, von einem Kommunisten nicht Verzicht auf seine kommunistische Zielsetzung. Es gestattet keineswegs nur eine gemäßigt-reformistische Programmatik innerhalb der Grenzen des bestehenden bürgerlich-kapitalistischen Systems. Es verlangt von den Radikalen, dem Revolutionär, dem Kommunisten nur, daß er seine Methode und sein Ziel als Fortschritt in der Realisierung der Grundrechte auszuweisen vermag, die der Wesensinhalt dieses Staates sein sollen.

Die Väter des Grundgesetzes waren zwar selbst in der Mehrheit Angehörige der bürgerlichen Schicht. Sie wollten den neuen Staat absichern gegen totalitäre Gefahren und darum die Fehler der Weimarer Verfassung vermeiden. Aber sie wollten auch nicht die Sünde des deutschen Bürgertums von 1933 wiederholen; **sie wollten nicht erneut Kommunisten und radikale Sozialisten ihren Verfolgern ans Messer liefern.** Sie wollten vielmehr dem Marxismus — und zwar nicht nur einem Kathedersozialismus, sondern einem aktiven, militanten Marxismus — die Chance geben, sich der politischen Auseinandersetzung unter den Regeln einer formalen Demokratie zu stellen, in dieser Auseinandersetzung zu lernen und sich zu bewähren und, wenn er es schafft, mit den Regeln dieser formalen Demokratie eines Tages auch zu siegen.

Daß der Behauptung von der Konformität des Linksradikalismus mit dem Grundgesetz die übliche Auffassung von der gleichmäßigen Demokratiefeindlichkeit der beiden Extreme entgegensteht, ist teils durch die Linken selbst, teils durch die Tradition des deutschen Bürgertums verschuldet. Der deutsche Linksradikalismus hatte von jeher nur in geringem Maße anarchistische und syndikalistische Elemente; er war von jeher marxistisch bestimmt, mit einer (vielleicht deutscher Mentalität zuzuschreibenden) Neigung zur marxistischen Orthodoxie. Das hatte zwei Folgen:

1. Die kritische Entgegenstellung sozialistischer Demokratie gegen die bürgerliche Demokratie ließ die Affinität zwischen beiden Arten von Demokratie, den Vorbereitungscharakter der bürgerlichen Demokratie für die sozialistische verkennen. Man nahm es willig hin, zum Feind der bürgerlichen Demokratie gestempelt zu werden, statt die Wahrheit auszubreiten, daß man das Versprechen der bürgerlichen Demokratie besser, als es dieser je möglich sei, erfüllen wolle.

2. Die Abhängigkeit des größten Teils der deutschen Kommunisten, also der in der KPD und jetzt in der DKP organisierten, vom sowjetischen Kommunismus macht es diesen Kommunisten schwer, glaubwürdig darin zu werden, daß ihre Bestrebung nach vorwärts und nicht nach rückwärts geht. Was im Laufe der Geschichte aus dem „demokratischen Zentralismus" der kommunistischen Parteien geworden ist und was sich infolgedessen im Einparteiensystem der kommunistischen Staaten, im Fraktionsverbot, im Wahlmodus, im Rechtswesen, im Weltanschauungsuniformismus usw. darstellt, läßt sich auf keine Weise als eine Weiterentwicklung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, als Realisierung ihrer Versprechen ausweisen. Der deutsche Parteikommunismus umschließt zwar viele Linksradikale, die sich — heute wieder wie in den zwanziger Jahren — ihm anschließen aus Verlegenheit, wegen des Mangels anderer politisch kräftiger Gruppierungen — er hat sich aber den Titel „linksradikal" noch nicht verdient. Um ihn zu verdienen, müßte er sich erst aus der Sowjethörigkeit lösen und gegen die Entwicklung des sowjetischen Modells von Sozialismus marxistische Kritik ansetzen.

Der Zustand der deutschen Linken ist selbst ein Spiegelbild der deutschen Zustände. Das gilt nicht nur für die Abhängigkeit des westdeutschen Parteikommunismus von der SED-Hierarchie und von der Fixierung auf die östlichen Systeme. Es gilt auch für den Mangel an nüchterner politischer Theorie bei vielen Linken. Der verschwommene, altmodische und durch die Entwicklung diskreditierte Begriff von der Diktatur des Proletariats wird als Polit-Hasch zur Selbstberauschung gebraucht, Guerilla-Begeisterung weckt putschistische Ideen, Ungeduld verträgt nicht den Gedanken an den langen Weg der für die Revolution nötigen Bewußtseinsbildung.

„Linksradikalismus ist nicht Mißbrauch der Demokratie"

Darum können die Linken den Verdacht undemokratischer Gesinnung so schwer bekämpfen.

Nur wenn sie sich selbst darüber klar sind, können sie auch anderen klar machen: Sozialismus kann — um den Preis seiner Echtheit — nicht Vergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit sein; seine Verwirklichung liegt nicht nur im Interesse der Mehrheit, sondern muß die Tat der Mehrheit selbst sein. Dazu ist unabdingbar die Freiheit der Diskussion und der Kritik. **Linksradikalismus nützt nicht mißbräuchlich diese von der bürgerlichen Demokratie gebotenen Freiheiten aus, sie sind vielmehr sein eigenes Lebenselement.** Gibt er sie preis, so wird er — zum Rechtsextremismus!

Die These von der **Konformität des Linksradikalismus mit dem Grundgesetz** klingt überraschend wegen der Tradition des deutschen Bürgertums. Es ist ein Bürgertum ohne bürgerliche Revolution,

ohne bürgerlichen Radikalismus. Die Deutschen haben an der Revolution, wie der junge Marx sagt, immer nur am Tage ihrer Beerdigung teilgenommen. Die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution in den anderen europäischen Ländern sind den Deutschen immer erst post festum, als hereinsickernde Folgen dieser Revolutionen oder als obrigkeitliches Gebot fremder Mächte zuteil geworden. Gegen Vorherrschaft von Adel und Militär gab es in Deutschland kein radikal-bürgerliches Selbstbewußtsein, sondern statt dessen das bürgerliche Schielen auf die Aristokratie und die Verflechtung mit ihr im industriellen Besitzbürgertum.

Darum sind in Deutschland die Worte „Revolution" und „radikal" ebenso verfemt wie das Wort „links". Das ist gegenüber den anderen westlichen Ländern von Frankreich bis nach Lateinamerika ein terminologisches Unikum mit tieferer Bedeutung: „Revolution" wird automatisch mit Terror, Chaos, Gewalt identifiziert, Radikalismus ebenso. Weil die Deutschen nie revolutionäre Befreiung erfahren haben, ist ihnen selbstverständlich, daß Revolution immer nur ihre eigenen Kinder frißt und Tyrannen hervorbringt. Wer sich als radikal und revolutionär zu erkennen gibt, ist darum eo ipso Verfassungsfeind und steht außerhalb der Toleranzgrenze des Grundgesetzes.

Verfassungspolitisch verhängnisvoll ist dieser überall anzutreffende Automatismus nicht nur deswegen, weil er die Linken der Diffamierung preisgibt und interessierten Rechtsgruppen Gelegenheit gibt, anti-linke Bürgerangst zu schüren und auszunützen, sondern auch deswegen, **weil damit die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" mechanisch und zielsicher mit dem System der bestehenden Gesellschaft, mit „unserer Gesellschaftsordnung" gleichgesetzt wird. Jene „Grundordnung" bekommt dann die ihrem Wesen zuwiderlaufende Aufgabe, das bestehende System mit all seinen Unfreiheiten der Kritik zu entziehen und gegen den Umsturz zu schützen,** während sie in Wahrheit die Aufgabe hat, die offene kritische Diskussion des bestehenden Systems, auch seine radikale Infragestellung (diese aber nur von links, nicht von rechts her!) zu gewährleisten und seine revolutionäre Ersetzung durch ein besseres System auf legale und friedliche Weise, ohne die Verheerungen eines Bürgerkrieges zu ermöglichen.

Das Grundgesetz verbietet nicht die Revolution, es legalisiert sie. Es legalisiert sie in dem doppelten Sinne, daß es die Agitation für die Revolution erlaubt, soferne es sich ausweislich um eine Revolution nach vorne handelt, auf bessere freiheitliche Demokratie hin, und zugleich den legalen Weg für diese Revolution bereitstellt. Ausweisen muß sie sich als Fortschritt an jenen Essentials des Grundgesetzes, sofern diese auf ihren Wesenskern gebracht werden (zu dem der bundesdeutsche Föderalismus und die gegenwärtige Form der parlamentarischen Parteien nicht gehören dürften).

Um Revolution handelt es sich dabei dann, wenn der legale Prozeß zu einem Zustand führt, der von dem frühen tiefgehend verschieden ist und sich auf alle gesellschaftlichen Lebensgebiete erstreckt. Nicht Gewalt, nicht Abruptheit des Umsturzes, sondern diese tiefreichende und umfassende Verschiedenheit des prä- und des post-revolutionären Zustandes ist das Kennzeichen der Revolution. **Diese Revolution und die Arbeit für sie gibt das Grundgesetz frei.** Nicht diese Revolution verbietet es, sondern die Revolution nach rückwärts und, was das Gleiche wäre, die den Massen von einer Minderheit mit Gewalt aufgenötigte Revolution. Es verlangt von dem Revolutionär die harte, geduldige Arbeit der Aufklärung der Bevölkerung, der Gewinnung der Mehrheit, der Bewährung im Gebrauch der jetzigen Rechte und Freiheiten, damit ihm die Verbesserung dieser Rechte und Freiheiten, die er in Aussicht stellt, zugetraut wird.

Das Grundgesetz gibt dem radikalen Revolutionär die gleichen Rechte wie dem skeptischen Konservativen, der an die Möglichkeit einer grundlegenden Verbesserung der bürgerlichen Demokratie nicht glaubt. Es gebietet beiden, ohne Gewalt zusammen zu leben und mit legalen Mitteln und rationalen Argumenten für oder gegen den Vorschlag einer sozialistischen Revolution zu kämpfen. Es vertraut die Entscheidung in diesem Kampfe der Volksmehrheit an und schließt zugleich als legale Möglichkeit aus, daß diese Mehrheit sich nach rückwärts, für Entrechtung statt für Rechtsverbesserung entscheiden dürfte.

Es mag jemand unter dem Eindruck der Geschichte des 20. Jahrhunderts mit ihrem Umschlagen von Freiheitsbewegungen in Unterdrückungssysteme den sozialistischen Bestrebungen und ihren radikalen Vertretern abhold sein. Er hat das Recht, gegen sie zu argumentieren und mit seinen Argumenten um die Zustimmung der Mehrheit zu werben. Er hat aber den Weg rückwärts, zur Aufhebung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung angetreten, wenn er

1. auf die Realisierung ihres Versprechens nicht mehr bedacht ist, auch wenn er als Konservativer diese Realisierung nur in beschränkterem Maße, nur durch Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems für möglich hält und nicht systemtranszendierend wie die Radikalen;

2. wenn er die staatsbürgerlichen Rechte der Radikalen einzuschränken trachtet. Damit bringt er die freiheitlich-demokratische Grundordnung entscheidend um ihren Sinn. **Sie gibt bewußt dem radikalen sozialistischen Revolutionär die gleichen Rechte; sie gibt ihm Zugang zu allen öffentlichen Ämtern; sie gibt ihm das Recht zum „langen Marsch durch die Institutionen"; sie gibt ihm das Recht, diese Institutionen genauso zu „unterwandern", wie den konservativen und liberalen Reformern.**

Die Pointe des abenteuerlichen Unternehmens der bürgerlichen Demokratie, wie sie sich im Grundgesetz (kritisch zu ihrer eigenen Verfassungswirklichkeit) darstellt, ist, daß sie permanente Reform hin auf die Realisierung ihres Versprechens gebietet und dafür die Reformer und die Revolutionäre zur Diskussion, zum kanalisierten und legalen Austragen ihrer Gegensätze, zugleich aber auch zum Zusammenwirken innerhalb der gegenwärtigen Periode nötigt.

Das ist besonders abenteuerlich in Deutschland, wo zwar die Belehrungen, die wir durch die Geschichte unseres Jahrhunderts empfangen haben, nicht aber unsere Traditionen uns zu einem erfolgreichen Ausgang dieses Experiments ausrüsten. Es soll sicherstellen, daß ein heutiger junger sozialistischer Revolutionär der jenem Herbert Frahm von 1932 gleicht, vielleicht als Schüler des rätedemokratischen Revolutionärs Ernest Mandel, weder auswandern muß noch als Bürger 2. Klasse vom Staatsdienst ausgeschlossen wird. Wer diesen jungen Bundesbürger oder seinen Lehrer, den wie Herbert Frahm 1933 durch Hitler aus Deutschland vertriebenen Ernest Mandel, vom Staatsdienst ausschließt, verletzt das Grundgesetz; er macht sich der Verfassungsfeindschaft schuldig, die er anderen vorwirft.

H. G., Professor für protestantische Theologie an der Freien Universität Berlin, Mitherausgeber des NF. Geb. 1908 in Bayern, stand vor 1933 den Sozialisten nahe, dann Bekennende Kirche, unter Einfluß Karl Barths und Martin Niemöllers. Als dieser ins KZ gebracht wird, übernimmt er dessen Pfarre in Berlin-Dahlem. 1940 zur Wehrmacht, 1945 bis 1950 russische Gefangenschaft. Neben theologischen Schriften Bericht aus dieser Gefangenschaft: „Und führen wohin Du nicht willst" (1954).

Helmut Gollwitzer im NF

Christen und Krieg, Feb. 1967.
Liebe mit Gewalt. Thesen zur Theologie der Revolution. Anf. Feb. 1969.
Studenten lehren Professoren, Anf. Nov. 1969.
Brief pro Sade, Jan./Feb. 1971.
Maßstäbe für Ernst Bloch. An Hand seiner „Messungen" bei Suhrkampf. Apr./Mai 1971.

Ideologiekritik 2
Wachstum des Volkseinkommens

"Für die brasilianische Gesamtwirtschaft brachte das Jahr 1971 neue und bedeutende Fortschritte. Mit 11,3 % erreichte Brasilien 1971 wieder die höchste Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts der lateinamerikanischen Staaten, die das Land auch in den beiden Vorjahren mit 9,5 bzw. 9,0 % bereits gehalten hatte." (1)

So oder ähnlich kann man in vielen Zeitungen über die "bedeutenden Fortschritte" eines Landes wie Brasilien lesen.
Die Entwicklung des Sozialprodukts als Maßstab für den Fortschritt eines Landes? Was steckt hinter diesem in der westlichen Welt allgemein verwendeten Maßstab?

Das Sozialprodukt (oder Volkseinkommen) eines Landes kann auf unterschiedliche Weise definiert werden (wobei sich selbstverständlich gleiche Endwerte ergeben). Hier soll im folgenden - wie allgemein üblich - unter Sozialprodukt verstanden werden: 1. die Summe aller Einkommen, die während eines Jahres den Bewohnern eines Landes aus unterschiedlichen Quellen (z.B. aus Lohnarbeit oder aus Kapitalbesitz (2)) zufließen. Und 2. die Summe aller während eines Jahres in einem Land produzierten Waren (Konsum- und Investitionsgüter).
Die erste Definition ist nichts anderes als der monetäre (geldmäßige) Gegenwert der Güterproduktion; denn die (Geld-)Einkommen entstehen ja kontinuierlich im Zuge der Güterproduktion.
Diese beiden Definitionen des Sozialprodukts (3) sollen im folgenden zu einer Kritik der immer noch weitgehend herrschenden Auffassung dienen, daß nämlich das Sozialprodukt bzw. das Wachstum des Sozialprodukts als Gradmesser der wirtschaftlichen Entwicklung einer Gesellschaft dienen könne.

Zum ersten Kritikpunkt ziehen wir die erste der obigen Definitionen des Volkseinkommens (also Summe aller Einkommen) heran.
Das Volkseinkommen wird ermittelt, indem alle Einkommen aller in einem Land lebenden Menschen zusammengezählt werden. Wenn ein Industrieller in Brasilien 10 Mio. DM pro Jahr verdient, geht dieser Betrag ins Volkseinkommen ein; und wenn ein brasilianischer Landarbeiter 400 DM pro Jahr verdient, geht dieser Betrag ebenso ins Volkseinkommen ein. Wenn man nun einmal den (hypothetischen) Fall konstruiert, die brasilianische Volkswirtschaft bestünde nur aus diesem Industriellen und dem Landarbeiter, so würde das Volkseinkommen Brasiliens DM 10 000 400 betragen. Und wenn dann z.B. im nächsten Jahr der Industrielle sein Einkommen auf DM 11 Mio. steigert, während der Landarbeiter arbeitslos geworden ist und deswegen betteln und stehlen muß, dann beträgt in diesem Jahr das Volkseinkommen Brasiliens DM 11 Mio. Der ehemalige Landarbeiter hat dazu einen Betrag von DM 0 beigesteuert bzw. sein Anteil am Volkseinkommen beträgt 0,0 %. Und die Wachstumsrate des brasilianischen Volkseinkommens hat den stolzen Wert von fast 10 % angenommen.
Es ist klar, was dieses erfundene Beispiel aussagen soll: globale Angaben über das Volkseinkommen und dessen Wachstumsrate sagen nichts aus über die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft, wenn sie nicht ergänzt werden durch Angaben darüber, wie sich dieses Einkommen auf die einzelnen Teile der Bevölkerung eines Landes verteilt. Im Gegenteil: dieser Maßstab dient in aller Regel denen, die ihn verwenden, zur Verschleierung der ungleichmäßigen Verteilung des Volkseinkommens.
Der brasilianische Finanzminister Delfim Neto, ehemaliger Ökonomieprofessor in Sao Paulo, antwortete auf die kritische Frage nach der Verteilung des Volkseinkommens in Brasilien (4) in unbegreiflichem Zynismus: "Sicher ist, daß 100 % des Volkseinkommens unter 100 % der Bevölkerung aufgeteilt werden. Die Proportionen (also die Verteilung zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten) sind nicht so wichtig, im Kapitalismus gibt es nun einmal Reiche und Arme." (5) Die Kommentierung einer solchen Aussage erscheint nicht möglich. Es dürfte klar sein, daß auch der Maßstab des Pro-Kopf-Einkommens (der z.B. von den UNO-Organisationen verwendet wird) ebenso verschleiernd ist wie der des Sozialprodukts bzw. des Wachstums des Sozialprodukts. Denn das Pro-Kopf-Einkommen wird ja einfach dadurch ermittelt, daß man das gesamte Volkseinkommen dividiert durch die Anzahl der Menschen eines Landes. Auch dabei bleiben also jegliche Verteilungsgesichtspunkte außer acht.

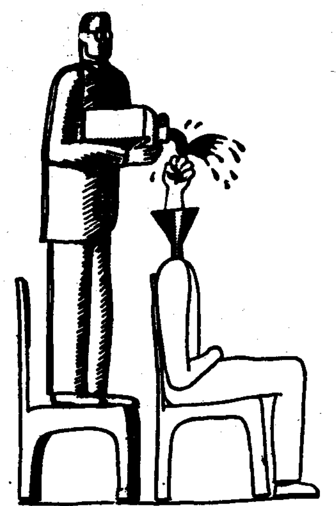
Es ist aber noch eine zweite (mit der ersten zusammenhängende) Ideologie,

eine zweite Verschleierung, die mit dem Argument verbunden ist, das Wachstum des Sozialprodukts sei ein geeigneter Maßstab zur Ermittlung der ökonomischen Entwicklung einer Gesellschaft.
Zur Verdeutlichung dieser Verschleierung wird jetzt die zweite der obigen Definitionen des Sozialprodukts (also die Summe aller produzierten Waren) zur Grundlage genommen.
Was real hinter dieser Definition des Sozialprodukts steckt, ist sozusagen ein "Warenhaufen", ein Berg von Produkten, die alle während eines Jahres in einem Land erzeugt wurden. Also z.B. alle Schuhe, Autos, Nähmaschinen, Kleider, Nahrungsmittel usw.
Es wäre ja nun vorstellbar, daß dieser "Warenhaufen" ausschließlich solche Produkte enthielte, die zur Befriedigung von Grundbedürfnissen einer Gesellschaft (Nahrung, Kleidung, Wohnung) erforderlich sind. Und es wäre zweitens vorstellbar, daß diese Produkte gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilt wären und trotzdem nicht ausreichten, um die Grundbedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu befriedigen. Unter diesen (selbstverständlich zumindest für kapitalistische Länder unrealistischen) Voraussetzungen wäre der Maßstab des Wachstums des Sozialprodukts ein akzeptabler Maßstab.
Daß dieser Maßstab aber tatsächlich ein verschleiernder Maßstab ist, liegt also nicht nur an der ungleichen Verteilung des "Warenhaufens" (wie oben im ersten Kritikpunkt gezeigt), sondern auch daran, daß dieser "Warenhaufen" Produkte enthält, die nicht zur Befriedigung von Grundbedürfnissen dienen, und das selbst dann nicht, wenn große Teile der Bevölkerung (wie z.B. in Brasilien) unter dem Existenzminimum leben müssen. Der "Warenhaufen" Brasiliens (der beschönigend "Sozialprodukt" genannt wird) enthält beispielsweise Farbfernsehgeräte, von VW gebaute Luxus-Sportwagen und Panzer (um nur einige wenige derartiger Waren zu nennen). Der Maßstab Sozialprodukt, in dem alle Waren (das Brotgetreide ebenso wie der Sportwagen) verschwinden, wird dazu verwendet vorzugaukeln, alle die darin enthaltenen Waren seien sozusagen "gleichberechtigt", sie dienten alle gleichermaßen dazu, irgendwelche Bedürfnisse irgendwelcher Leute zu befriedigen.
Die zweite Ideologie des Maßstabs "Wachstum des Sozialprodukts" verschleiert also, daß viele Bestandteile des "Warenhaufens" nicht der Befriedigung von Bedürfnissen der breiten Bevölkerung, sondern der Befriedigung von dekadenten Luxus- bzw. Unterdrückungsbedürfnissen der herrschenden Klasse dienen.

Kurz zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Maßstab "Sozialprodukt" bzw. "Wachstum des Sozialprodukts" als Maßstab für gesamtwirtschaftliche Entwicklung ungeeignet ist und in zweifacher Weise der Verschleierung dient:

1. indem die Verteilung des Volkseinkommens unberücksichtigt bleibt,
2. indem die Zusammensetzung des "Warenhaufens" Sozialprodukt unberücksichtigt bleibt.

fh



1) Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hrsg.), Reihe Mitteilungen; Weltwirtschaft zur Jahresmitte 1972: Brasilien, Köln, Juli 1972, S. 1 f.

2) Die Entstehung von "Einkommen aus Kapitalbesitz" hat im Kapitalismus selbstverständlich zur Voraussetzung, daß den Arbeitern Teile ihres Arbeitsergebnisses vorenthalten werden.

3) Dabei soll hier die Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettosozialprodukt vernachlässigt werden. Dadurch bleibt die Argumentation im Prinzip vollkommen unverändert.

4) Zur Verteilung des Volkseinkommens in Brasilien: 40 % der Bevölkerung erhielt 1971 8 % des Volkseinkommens (vor 10 Jahren waren es noch 10 %), während die reichen 5 % der Bevölkerung im Jahre 1971 38 % des Volkseinkommens erhielten (vor 10 Jahren waren es noch 29 %). Vgl. etwa: H.P. Gebhardt, In Brasilien verelenden weiter die Massen, in: Frankfurter Rundschau vom 29.6.72; dabei ist es keineswegs so, daß die Einkommen der armen Massen in absoluten Werten gestiegen seien: vielmehr sind z.B. die Reallöhne der Arbeiter in Brasilien zwischen 1964 und 1970 um mehr als 20 % gesunken. Vgl. etwa: C. Widmann, Vom Wunder profitieren nur die Reichen, in: Süddeutsche Zeitung, vom 19.7.72.

5) Vgl. ebenda.

Politische Ökonomie

Ökonomische Ungleichheiten und internationale Solidarität

von Charles Bettelheim

aus: Monthly Review , Juli 72

Der These der Solidarität aller arbeitenden Menschen aller Länder wird manchmal die Idee entgegengehalten, daß es tiefgreifende Interessenunterschiede zwischen den Arbeitern verschiedener Länder gäbe. Für die, die dieser Ansicht sind, ist dieser angebliche Unterschied in der Ausbeutung einiger Länder (genannt "arm") durch andere (genannt "reich") begründet. Die hier angesprochene Ausbeutung ist nicht - zumindest nicht prinzipiell - imperialistische (1) Ausbeutung, sondern soll das direkte Ergebnis des Tausches, so wie er auf dem kapitalistischen Markt stattfindet, sein. Man behauptet, sie entstehe durch einen "ungleichen Tausch", der seinerseits im Grunde genommen seine Ursache in der Ungleichheit der Löhne zwischen den Ländern hat. Solch ein "ungleicher Tausch" bedeute, daß die Arbeiter der "reichen" Länder die der "armen" Länder ausbeuteten. Wenn dem so wäre, müßte man die These der internationalen Solidarität der Arbeiter aufgeben: Die Arbeiter der Hochlohn-Länder wären dann nicht bloße "Nutznießer" einer ökonomischen Situation, die nicht von ihnen abhängt, sondern "aktiv Handelnde" in dieser Situation. Überdies würden sie mit jeder erfolgreich durchgesetzten Lohnerhöhung die Ausbeutung der armen Länder verschlimmern.

Dieses Konzept setzt voraus, daß Löhne die bevorzugte Rolle einer "unabhängigen Variablen" spielen, die die Höhe und Struktur der Preise zu bestimmen vermag. Diese Annahme ist ganz willkürlich. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sie leicht akzeptiert wird, da für sie ein bestimmter "gesunder Menschenverstand" spricht, das heißt, einige "direkte Beweise" (der Art, die in der Tat wissenschaftliches Denken immer in Frage zu stellen hat). "Beweise" in diesem Zusammenhang sind auch solche, die Vertreter reaktionärer ökonomischer Vorstellungen anführen, wenn sie den Arbeitern die Schuld für Preissteigerungen, Inflation usw. geben, weil sie auf "überhöhten" Löhnen bestünden. Keine dieser Behauptungen oder Annahmen ist begründet: Löhne sind Preise wie andere Preise - der Preis der Arbeitskraft - und haben keinen "hervorragenden" Einfluß auf das generelle Preisniveau. Außer wenn die Währung abgewertet wird, führen Lohnerhöhungen nicht zu Preiserhöhungen, sondern zu Gewinneinbußen; und die Abwertung von Währungen ist nicht "determiniert" durch Lohnerhöhungen. Im allgemeinen versorgt sich jedes Argument, das dem Einfluß der Löhne auf die Preise eine "hervorragende" Rolle zubilligt, im voraus in Form einer Annahme mit dem "Beweis" einer Schlußfolgerung, die tatsächlich nicht bewiesen ist.

Wie entstehen internationale Lohnunterschiede?

Um die Auswirkung internationaler Lohnunterschiede zu verstehen, müssen wir uns Rechenschaft über sie ablegen. Theorie und konkrete Analyse zeigen, daß ihre Wurzeln in der ungleichen Entwicklung kapitalistischer Produktion in verschiedenen Ländern und den Auswirkungen dieser Ungleichheit der Entwicklung auf Intensität und Produktivität der Arbeit liegen. Ganz allgemein wachsen diese Auswirkungen mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Als Ergebnis wird in jedem Land, das sich in einem besonderen Zweig der Produktion engagiert, eine andere Menge derselben Güter in der gleichen Arbeitsperiode produziert. Auf dem Weltmarkt werden diese Güter jedoch zum selben Preis verkauft, ihrem "Weltmarktpreis"; und so produzieren die Arbeiter der höher entwickelten kapitalistischen Länder in derselben Zeitspanne mehr Wert, ausgedrückt in Geldeinheiten, als die Arbeiter der weniger entwickelten kapitalistischen Länder.

Dieser Unterschied in der komparativen Produktivität, ausgedrückt in Geldeinheiten, hat eine Reihe von Konsequenzen zur Folge, sowohl für die nationalen Preis- und Lohnniveaus, als

auch für die Bedingungen internationaler kapitalistischer Arbeitsteilung.

Hier stoßen wir auf einen besonders wichtigen Punkt: Nominallöhne – und das gilt sogar noch mehr für Reallöhne – sind weit davon entfernt, sich proportional mit internationalen Produktivitätsunterschieden (2) zu ändern; daher das Faktum, anscheinend "paradox", aber in Wirklichkeit notwendig (als Ergebnis der Wirkgesetze der kapitalistischen Produktionsweise), daß die A u s b e u t u n g s r a t e (3) in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern viel höher ist als in den unterentwickelten.

Zu sagen, die Ausbeutungsrate in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ist höher als in den weniger fortgeschrittenen, heißt nicht, daß das K o n s u m t i o n s n i v e a u der Arbeiter dort niedriger ist (wie wir wissen, ist gerade das Gegenteil der Fall), es heißt nur, daß die Löhne dort r e l a t i v niedriger sind, verglichen mit der Produktivität ausgedrückt in Geldeinheiten. Genau weil der Wert der Produktion pro Arbeiter in den weniger entwickelten Ländern niedrig ist, ist die Ausbeutungsrate dort im Durchschnitt niedriger, trotz der e r b ä r m l i c h n i e d r i g e n L ö h n e, die in diesen Ländern gezahlt werden.

Da die Produktivitätsunterschiede, ausgedrückt in Geldeinheiten, für die Unterschiede der Preis- und Lohnniveaus verschiedener Länder verantwortlich sind, werden die höheren Löhne der Arbeiter in den fortgeschritteneren kapitalistischen Ländern eben nicht auf Kosten der Arbeiter der weniger fortgeschrittenen Länder erzielt: d i e s e L ö h n e s i n d e i n g e b a u t i n e i n P r e i s s y s t e m, d a s s i e n i c h t b e s t i m m e n.

Eine praktische Konsequenz dieses Satzes: Wenn die Arbeiter in einem kapitalistischen Land mit entwickelten Produktivkräften keine höheren Löhne erhalten, hat das nicht die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter in den armen Ländern zur Folge, sondern größere Profite für die Kapitalisten der reichen Länder, und so eine B e s c h l e u n i g u n g d e r u n g l e i c h e n E n t w i c k l u n g. Auf der anderen Seite können Lohnerhöhungen für die Arbeiter in den höher industrialisierten Ländern die Industrien der weniger entwickelten Länder "konkurrenzfähig" machen und so auch für den ökonomischen Klassenkampf der Arbeiter dieser Länder günstigere Bedingungen schaffen.

Die Grundtatsache: Ungleiche Entwicklung kapitalistischer Produktivkräfte und "Blockierung" der Entwicklung der beherrschten und abhängigen Länder.

Schließlich ist die Grundtatsache, die die internationale ökonomische Ungleichheit der Löhne erklärt, die ungleiche Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der Weltbeherrschung durch kapitalistische Produktionsverhältnisse. Das ist es, was sich in Form "ungleichen Tausches" manifestiert. Das ist die Grundlage imperialistischer Ausbeutung (die ihrerseits die Ungleichheit der Entwicklung weiter verschlechtert). Das ist es, was sich schließlich und vor allem erweist als "Blockierung" der Produktivkräfte der weniger entwickelten kapitalistischen Länder.

Diese "Blockierung" ist nichts weiter als die erweiterte Reproduktion der bestehenden ökonomischen Ungleichheiten. Sie ist eine der wichtigsten Auswirkungen der Beherrschung der Welt durch die kapitalistische Produktion. Das zeigt, daß die Bereicherung der höher entwickelten kapitalistischen Länder weniger auf der Ausbeutung der unterentwickelten Länder beruht, die ihre E n t w i c k l u n g mit einbegreifen würde, als darauf, daß der enorme Reichtum (in Menschen und Land), den die sogenannten "armen" Länder besitzen, u n t e r e n t w i c k e l t g e h a l t e n wird. (4)

<u>Worin besteht der fundamentale Widerspruch in der Gesellschaft?</u>

Da man also nicht von Ausbeutung der Arbeiter der "armen" Länder durch die Arbeiter der "reichen" Länder sprechen kann, muß man eingestehen, daß kein fundamentaler Widerspruch zwischen den Interessen der beiden besteht. Im Gegenteil, es gibt objektive Bande der Solidarität zwischen ihnen, da sie alle, direkt oder indirekt, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen oder durch sie bedroht sind.

Was die Lohn verdienenden produktiven Arbeiter, unterworfen kapitalistischer Beherrschung und Ausbeutung, anbetrifft, so sitzen sie alle in demselben Boot, wie hoch auch immer ihre Löhne sein mögen (5) – ihre Arbeit ist immer noch die Quelle der Bereicherung der kapitalistischen Klasse. Sie allein kontrolliert die Produktionsmittel und entscheidet, wie sie verwendet werden. Angesichts dieser Beherrschung befinden sich diese Arbeiter auch in Solidarität mit den Völkern der abhängigen Länder unter imperialistischer Ausbeu-

tung.

Letzten Endes bringt der fundamentale gesellschaftliche Widerspruch die Arbeiter aller Länder in Gegensatz zu den herrschenden und ausbeutenden Klassen, die sie der Kontrolle über ihre Produktionsmittel und der Produkte ihrer Arbeit berauben. Im Vergleich zu diesem Widerspruch sind die partikularistischen oder "nationalen" Interessen, die einige Arbeiter in Gegensatz zu anderen bringen mögen, nur sekundäre Widersprüche.

Allerdings werden diese sekundären Widersprüche von den herrschenden Klassen benutzt, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Gerade deswegen müssen immer wieder die fundamentalen Widersprüche, die in der Gesellschaft wirken, ins Bewußtsein gerufen werden.

Heutzutage ist die Erinnerung an die objektive Solidarität der Arbeiter besonders nötig, denn mehr denn je sind die Völker aller Länder nationalen und internationalen Krisen preisgegeben, einschließlich Kriegen, die natürliche Folge der kapitalistischen Produktionsweise.

Kriege, mit deren Hilfe der Imperialismus die Beherrschung der Welt zu sichern versucht, nehmen zu in der ganzen Welt, entweder in offener Form, wie in Vietnam oder im Mittleren Osten, oder als Bürgerkriege und Guerilla-Kämpfen in verschiedenen Ländern Asiens und Lateinamerikas. Ihre Kosten an Menschenleben, Leiden und Militärausgaben nehmen immer mehr zu. Sie lassen alle Völker der Erde immer deutlicher erkennen, daß sie aktive Solidarität entwickeln müssen, um die imperialistische Herrschaft loszuwerden. Letztere verurteilt die große Mehrheit der Menschheit zum Elend und nützt nur einer verschwindenden Minderheit, während sie die gesamte Welt des gewaltigen Beitrags zur Vermehrung der Produktion beraubt, die durch die sozialistische Entwicklung der Produktivkräfte möglich gemacht würde.

---

1) Der Ausdruck "imperialistische Ausbeutung" beschreibt das Ergebnis der ökonomischen Beziehungen zwischen den großen industriellen und finanziellen Mächten (die imperialistischen Mächte) und den Ländern, die sie politisch und ökonomisch beherrschen, insofern als diese Beziehungen die Ausbeutung der Arbeiter dieser Länder über die Investition ausländischen Kapitals in den beherrschten Ländern ermöglichen.

2) Die verfügbaren Statistiken zeigen, daß in Extremfällen das Verhältnis zwischen dem Produkt einer Stunde Arbeit (gemessen in Geldeinheiten) eines Arbeiters der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder und dem Produkt einer Stunde Arbeit eines Arbeiters der Länder, wo der Kapitalismus weniger gut entwickelt ist, etwa vierzig zu eins beträgt. Sie zeigen auch, daß die nationalen durchschnittlichen Nominallöhne in den höher entwickelten kapitalistischen Ländern zwanzig bis dreißigmal höher zu sein scheinen als in den weniger entwickelten Ländern.

3) Das Mehr an Wert, das über die Löhne hinaus produziert wird, bildet den Mehrwert. Er wird ausgeteilt als industrieller und Handels-Profit, Zins, Land- und Gebäudemietzins und Steuern, die von Unternehmen gezahlt werden. Das Verhältnis der Menge des Mehrwerts zur Menge der Löhne bildet die "Ausbeutungsrate".

4) Die hieraus folgenden Konsequenzen können hier nicht behandelt werden. Einige sehen folgendermaßen aus: Die Gegenden der Welt, wo sich Akkumulation und Investition konzentrieren, sind nicht die Niedriglohn-Länder sondern die Hochlohn-Länder; der größere Teil der Profite, die durch imperialistische Investitionen in den "armen" Ländern erzielt werden, werden nicht dort reinvestiert, sondern werden "repatriiert" und in den "reichsten" Ländern investiert (wodurch die Ungleichheit der Entwicklung weiter verschlimmert wird). Hinzufügen möchte ich, daß der Ausdruck "Blockierung", den ich in diesem Abschnitt benutzt habe, bloß deskriptiv gemeint ist. Wie ich in "Theoretical Observations", veröffentlicht in A. Emmanuel's Buch L'Echange Inégal, zu zeigen versucht habe, bezieht sich dieser Ausdruck auf eine viel komplexere Realität: eine "Entwicklung der Abhängigkeit", die vor allem dahin tendiert, die beherrschten Länder Lieferanten billiger Rohstoffe zu machen.

5) Die angeblich "hohen" Löhne der Arbeiter in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern sind in Wirklichkeit sehr teuer erkauft. Ihnen entgegen stehen wachsendes Tempo und zunehmende Intensität der Arbeit, ein sich ständig verschlimmernder Grad physischer und nervlicher Erschöpfung, eine strikte Arbeitsdisziplin, ständige Drohungen mit Entlassung für den kleinsten Fehler, das Hinauswerfen älterer Arbeiter, ein Leben schwierig und ungesund durch Verkehrs- und Wohnprobleme und all den "Unfug", der kapitalistische industrielle Entwicklung begleitet.

Übersetzt von Helmut Hertel

Imperialismus – Literatur

Im folgenden drucken wir eine kurze Imperialismusdiskussion in Form einer Literaturübersicht ab. Sie wurde einer von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, 62 Wiesbaden, im Sept. 71 herausgegebenen, strukturierten und annotierten Bibliographie zu den Themen "Internationale Politik", "Friedensforschung" und "Dritte Welt/Entwicklungsländer" entnommen. Die Arbeit umfaßt insgesamt 106 Seiten und enthält im Abschnitt über "Dritte Welt" auch Übersichten über die Literatur zu einzelnen Kontinenten und Ländern, die selbstverständlich nicht vollständig sein können. Die Autoren der Arbei sind Eike Hennig, Dieter Thelen, Bassam Tibi und Wolfgang Seifert.
Diese Bibliographie ist u.E. durchaus vorbildlich; sie bietet einen fast optimalen Einstieg in die behandelten Sachgebiete. Es wäre wünschenswert, wenn ein solcher Versuch Schule machen und ähnliche Literaturübersichten zu den zentralen Themen der politischen Arbeit erstellt und dann jeweils auf dem Stand der Diskussion gehalten würden.

2.1.3. Imperialismusdiskussion

Vorzügliche Einführungen in die Problematik auf der Basis empirischer Daten liefern

2.1.3.1. **Hans Dieter Boris**: Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften, in: „Das Argument", Heft Nr. 38, Argument-Verlag Karlsruhe, DM 3,—

und

2.1.3.2. **Bernd Schüngel:** Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Länder von den Rohstoffen der Dritten Welt, in: „Das Argument", Hefte Nr. 51 und 53.

Beide Autoren versuchen die klassische marxistische Imperialismustheorie für die heutige veränderte Situation zu erweitern oder zu modifizieren. Der klassischen Theorie zufolge wurde das „Ausgreifen kapitalistischer Länder auf nicht kapitalisierte Räume im Zusammenhang mit Krisenerscheinungen" des Kapitalismus gesehen: es mußten neue Absatzmärkte für „überschüssige Waren" gefunden werden. (Boris, S. 175) B. gelangt in wichtigen Punkten zu einer die spätkapitalistischen Bedingungen, besonders das veränderte Verhältnis von Staat und Wirtschaft angemessener berücksichtigenden Korrektur. — Ähnliches gilt für das schon angeführte Buch von **Pierre Jalée.** Hier stehen ebenfalls die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Dritten Welt und den imperialistischen Ländern im Mittelpunkt. J. behandelt außerdem die Teilung der Welt in arm und reich auf dem Sektor der Produktion (internationale Arbeitsteilung) sowie die Handels- und Kapitalbewegungen. Er gelangt zu dem Schluß, daß die armen Länder aufgrund ihrer Rolle als Rohstofflieferanten unterentwickelt gehalten werden, und daß andererseits die Rohstoffabhängigkeit der Industrieländer von ihnen weiter steigt. Er weist schließlich anhand der UNO-Statistiken den sinkenden Anteil der armen Länder am Welthandel nach.
Wie in dem Buch von Jalée wird auch bei

2.1.3.3. **Kurt Steinhaus:** Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes, Frankfurt/M. 1967, Verlag neue kritik, DM 5,—

das Ziel des Imperialismus darin gesehen, koloniale Extraprofite zu erzielen und die internationale Arbeitsteilung kapitalistischer Prägung zu stabilisieren. St. vertritt dagegen die These, daß die allmähliche Ersetzung der natürlichen

Rohstoffe durch synthetische in den Industrieländern deren Angewiesenheit auf erstere zurückgehen läßt. Außerdem wendet sich der Verfasser wenigstens ansatzweise der ebenso wichtigen Frage nach den sozio-ökonomischen Kräftekonstellationen in den reichen Ländern zu, von denen die neuen Formen des Imperialismus bestimmt werden.

2.1.3.4. **Ulrich Küntzel:** Der Dollar-Imperialismus, Berlin/Neuwied 1968, Luchterhand Verlag, DM 9,80

ist in diesem Zusammenhang zu nennen, kann aber nicht unbedingt empfohlen werden. Das Buch enthält zu viele Exkurse über andere Themen, so daß die Konzentration des Lesers auf das Hauptthema erschwert wird.
Die **politische** Strategie und Taktik der imperialistischen Länder zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen wird exemplarisch behandelt in

2.1.3.5. **Jürgen Horlemann:** Modelle der kolonialen Konterrevolution, Frankfurt/M. 1968, edition suhrkamp 255, DM 4,—.

Dieses materialreiche Buch untersucht am Beispiel Malayas, der Philippinen und Vietnams die teilweise und vorläufig erfolgreichen Versuche der amerikanischen und britischen Politik, die nationalen Befreiungsbewegungen in jenen Ländern mit militärischen und nichtmilitärischen Mitteln zu zerschlagen. Sehr instruktiv sind die zahlreich im Anhang aufgenommenen Dokumente zum Anti-Guerilla-Krieg, die über die technischen Aspekte hinaus deutlich die Ziele der intervenierenden Industrieländer aussprechen.
Einen Gesamtüberblick über die US-Politik gegenüber den kommunistischen Ländern gibt

2.1.3.6. **David Horowitz:** Kalter Krieg — Von Jalta bis Vietnam, 2 Bände, Berlin 1969, Verlag Klaus Wagenbach, je DM 6,50.

Hier wird die diplomatische Geschichte von 1945 bis 1963 unter Verwendung amerikanischen Materials zusammengefaßt, allerdings unter Vernachlässigung wirtschaftlicher Aspekte. In diesem Rahmen erscheint die Politik gegenüber den armen Ländern in einem neuen Licht:

2.1.3.7. **David Horowitz** (Hrsg.): Strategie der Konterrevolution, Darmstadt 1970, März Verlag, kartoniert DM 12,—.

Das Buch enthält sieben, hinsichtlich Thematik und Interpretationsansatz voneinander unabhängige Beiträge zur politischen Strategie des Imperialismus. Die Aufsätze beschäftigen sich mit den Mythen des Kalten Krieges, der China-Politik der USA, der amerikanischen Politik in Griechenland (hier werden in Politik und Rechtfertigungsideologie Entsprechungen zu Vietnam gezeigt) und mit „Revolution und Intervention in Vietnam".

Hinzuweisen wäre auch auf

2.1.3.8. **Juan Bosch:** Der Pentagonismus — oder die Ablösung des Imperialismus? Reinbek b. Hamburg 1969, rororo aktuell 1151, DM 2,20.

Darin beschreibt der ehemalige Präsident der Dominikanischen Republik aus eigener Erfahrung die maßgeblich vom US-Verteidigungsministerium bestimmte amerikanische Politik in Lateinamerika. Es ist allerdings zu fragen, ob die sprachliche Neuschöpfung „Pentagonismus" an Stelle von „Imperialismus" die Hintergründe der amerikanischen Außenpolitik klarer macht. In B.'s Buch selbst gibt es Hinweise, die dem widersprechen.
Eine Reaktion von bürgerlich-liberaler Seite auf die zunehmende Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen zwischen den armen, unterentwickelt gehaltenen Ländern und den reichen stellt das Buch von

2.1.3.9. **Senator J. William Fulbright:** Die Arroganz der Macht, Reinbek b. Hamburg 1967, rororo aktuell 987/988, DM 3,80

dar. Die Grenzen dieser Interpretation werden jedoch sehr bald deutlich, wenn man sie mit den Ergebnissen der nachfolgend aufgeführten, auf einzelne Länder bezogenen Studien bezieht.

F.'s zweideutige Position, die zur Verlängerung des Krieges in Vietnam beiträgt, kommt u. a. in folgendem Zitat zum Ausdruck:
„8. Wenn aus irgendwelchen Gründen ein Abkommen über die Beendigung des Vietnamkrieges nicht erzielt werden kann, sollten die USA ihre Streitkräfte in stark befestigten Verteidigungsgebieten Südvietnams konsolidieren und sie dort auf unbestimmte Zeit (!) belassen.
Nach erfolglosem Bemühen zur Beendigung des Krieges entspräche ein solches Verfahren zwei grundlegenden Realitäten: erstens der Tatsache, daß die USA als die Nation, die die hauptsächliche, wenn auch nicht ausschließliche Verantwor-

tung für den Frieden und die Stabilität in der Welt trägt, eine Niederlage in Vietnam oder einen ungeregelten Rückzug nicht hinnehmen können;..." (S. 192, Abschnitt „Eine Alternative für Vietnam")
Fulbrights liberale Kritik des US-Vietnamengagements, die nicht zur radikalen Konsequenz einer Imperialismuskritik vorstößt, liefert zwar nicht den direkten Anlaß für eine sozialistische Kritik; indirekt aber ist auch von ihr die Rede in:

2.1.3.10. **Gunder Frank, Ernesto Che Guevara, Mauro Marini** u. a., Kritik des bürgerlichen Antiimperialismus, Wagenbach, Berlin 1969, 189 S., DM 6,50 (= Rotbuch 15).

Dieser Sammelband enthält, wie der Untertitel besagt, „Acht Analysen zur neuen Revolutionstheorie in Lateinamerika", zum Problemkreis „Entwicklung der Unterentwicklung". Ausführlicher wird deshalb im Zusammenhang der Erörterung Lateinamerikas auf diesen Band hingewiesen (vgl. 2.4.1.6.); in bezug auf die Position Fulbrights oder auch der erwähnten Militarismuskritik Galbraith' betonen die Autoren dieses Bandes (S. 9 f):
„Jede Kritik des Imperialismus, die nicht die Totalität des imperialistischen Systems, sein Wesen, den Kapitalismus, und das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital auf jeder seiner Entwicklungsstufen reflektiert, wandelt sich notwendig in eine Apologie eben dieses Systems. So behauptet der bürgerliche Anti-Imperialismus ...., Lateinamerika befinde sich auf einer Stufe zwischen Feudalismus und Kapitalismus, auf der erst eine bürgerlich-demokratische Revolution Erfolg gehabt und die Industrialisierung begonnen werden müsse, ehe die Basis, das Industrieproletariat, für eine sozialistische Revolution vorhanden sei. Diese undialektische Interpretation der Geschichte als einer Reise in Etappen ..., die die Gleichzeitigkeit des imperialistischen Weltsystems ignoriert, entspricht der bürgerlichen Zwangsvorstellung linearen Geschichtsverlaufs, die die analytischen Begriffe des historischen Materialismus zu bloßen Namen verkommen läßt."
Zu diesem Problem äußert sich in dem angeführten Sammelband (2.1.3.10.) insbesondere **Luis Vitale:** „Ist Lateinamerika feudal oder kapitalistisch? Brauchen wir eine bürgerliche oder eine sozialistische Revolution". — Mittelbar zu dieser methodologischtheoretischen Frage nach dem Ansatz und der Intention einer Kritik des Imperalismus äußern sich auch **Jean-Pierre Vigier** und **Georges Waysand:** „Wissenschaftliche Revolution und Imperialismus", abgedruckt in dem Sammelband:

2.1.3.11. **Wolfgang Dreßen** (Hrsg.), Über die Organisation des Befreiungskampfes, Berlin 1970, 271 S., DM 8,50 (= Rotbuch 20 = Sozialistisches Jahrbuch 1).

Dieses Jahrbuch versteht sich als „eine parteiliche Textauswahl" gegen den „US-Imperialismus" und den „mit ihm verbündete(n) Sowjet-Revisionismus", wobei aber der hypostasierte Zusammenhang von Imperialismus und Revisionismus nicht hinreichend thematisiert wird. Der Band liefert so, außer in dem angeführten Beitrag, keinen Aufsatz zur systematischen Erkenntnis „des" Imperialismus — vor allem liefert er, .entgegen dem im Titel angezeigten Anspruch, keine stringente Theorie, aus der sich eine ebensolche Praxis ableiten ließe. Es finden sich Aufsätze zur Black Power-Bewegung, zur Black Panther-Partei, über Indonesiens Weg zur Konterrevolution **(E. Schlereth),** zur Kontroverse UdSSR-VRCh sowie über die CSSR und über Cuba. Der anvisierte Gesamtzusammenhang des Kampfes gegen Imperialismus und Revisionismus sowie der Organisation des Befreiungskampfes wird aber viel zu wenig einsichtig.
Eine stringente Darstellung des gegenwärtigen Imperialismus, insoweit er von den USA geprägt wird — was ja nicht eben wenig zutrifft —, liefert heute wohl am ehesten:

2.1.3.12. **Harry Magdoff,** Das Zeitalter des Imperialismus. Die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik, Verl. Neue Kritik, Frankfurt 1970, 181 S., DM 10,— (= Probleme sozialistischer Politik 17).

Magdoff faßt gewissermaßen die Bemühungen Barans (2.1.2.5.), Schuhlers (2.1.2.4.) und vor allem Jalées (2.1.2.2. und 2.1.2.3.) zusammen, um den Diskussionsstand mitsamt der wesentlichen empirischen Datenbasis gut strukturiert und leicht faßlich auszubreiten. Allerdings beschränkt sich die Darstellung im wesentlichen auf die USA; es ist also eine **außerordentliche Dringlichkeit, daß bald eine vergleichbare Studie auch für die BRD vorliegt.** (Als Vorstudie vgl. vor allem **Brigitte Heinrich,** „Die Bundesrepublik im System des Imperialismus", in: Kursbuch, 21, September 1970; **Ludwig Helbig,** Imperialismus. Das deutsche Beispiel, Verl. M. Diesterweg, Frankfurt/Berlin/Bonn/München 1968 (= Materialien zur Gemeinschaftskunde), 138 S., beschränkt sich — wie fast alle Unterrichtsmaterialien auf die Zeitspanne des „klassischen" Imperialismus der Jahrhundertwende.

Ansätze zu einer gegenwartsbezogenen Darstellung finden sich in **D. Danckwerts** u. a., Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik, Frankfurt 1970.)

Magdoff diskutiert neben dem Problem einer neuen — nicht mehr offen kolonialistischen — Qualität des Imperialismus, das Finanzsystem sowie die Beziehungen zwischen Entwicklungshilfe und Außenhandel einerseits und dem „amerikanischen Weltreich" und der US-Wirtschaft andererseits. Vor allem übersieht M. nicht, daß es zum angeschnittenen Problemkreis gehört, auch die Konflikte zwischen den Industrienationen (dargestellt z. B. von Servan-Schreiber und Mandel) zu diskutieren. In diesem Umkreis sind besonders seine Bemerkungen zum Finanzsystem, zur Rolle des US-Dollars als einer „Leitwährung", hervorzuheben. Diese Bemerkungen sind geeignet, zu veranschaulichen, wie und warum die BRD relativ direkt an der US-Kriegsführung in Vietnam bzw. an deren Finanzierung partizipiert (dazu S. 91 ff). — Den modernen Imperialismus begreift M. aus der Perspektive dreier Hauptmerkmale; diese Charakteristika sind: „1. der Übergang vom Kampf um die Aufteilung der Welt zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Verkleinerung des imperialistischen Einflußbereiches; 2. die Rolle der USA als Organisator und Führer des imperialistischen Weltsystems; und 3. das Entstehen einer Technologie, die internationale Züge trägt" (S. 39). Diskutiert werden von hier aus Probleme u. a. wie: Monokultur, „terms of trade", Verschuldung bzw. Entwicklungshilfe, vertragliche Bindungen und Schuldentilgung für die sog. Entwicklungsländer und für die kapitalistischen Industriegesellschaften — insbesondere die USA — u. a. Probleme wie: Rohstoffabhängigkeit, strategische Interessen, Profitraten, Kapitalverwertung, Handelsströme, Herrschaftsverhältnisse im internationalen Rahmen.

Besonders angemerkt werden soll hier noch, daß M. eine wichtige Ursache des modernen, nicht mehr offen kolonialisierenden Imperialismus in der Abhängigkeit der „Metropolen" von den vor allem zur Rüstungsproduktion und zur modernen Technologie benötigten sog. „strategischen" oder „kritischen" Gütern, die zumeist in den Entwicklungsländern abgebaut werden. Für die USA läßt sich diese Abhängigkeit folgendermaßen belegen:

Für Düsentriebwerke benötigte „kritische" Materialien

(Magdoff, S. 51 — dort auch Angaben zu den Lieferungsländern)

	Verbrauch pro Triebwerk in kg	Import im Verhältnis zum Verbrauch in %
Wolfram	35 — 45	24
Niobium	4,5 — 5,5	100
Nickel	590 — 750	75
Chrom	1150 — 1300	100
Molybdän	40 — 50	0
Kobalt	14 — 18	100

(Angelehnt an die theoretische und empirische Position Magdoffs vgl. **Eike Hennig,** Information, Dokumentation, Kommentar zum Thema Imperialismus, in: Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde, 22. Jg., Jan./Febr. 1971, Ausg. 0, S. 98—108.)

Strategie
Kritik der Wahlkampfaktion

Vorbemerkung:

Einige Monate vor der vergangenen Bundestagswahl schlossen sich eine Reihe von Dritte Welt Gruppen in der BRD zu einer "Initiative Wahlkampf für die Dritte Welt" zusammen.

Die Aktion Dritte Welt, Freiburg, hatte sich dieser Initiative nicht angeschlossen, obwohl wir im Bundestagswahlkampf 1969 auch eine "Aktion Wahlkampf für die Dritte Welt" mit ganz ähnlicher Zielrichtung durchgeführt hatten. Der Entschluß unserer Gruppe, an der diesjährigen Wahlkampfaktion nicht teilzunehmen, hatte seine Ursachen in den Erfahrungen, die wir im Verlauf der letzten Jahre mit Dritte Welt Arbeit in der BRD gemacht und in den Diskussionen, die wir über diese Erfahrungen geführt haben. Die Aktion Dritte Welt hat an zwei vorbereitenden Sitzungen dieser Initiative teilgenommen und dort auch ihre Nichtteilnahme begründet.

Da wir die diesjährige Wahlkampfaktion nicht konkret verfolgen konnten, wollen wir hier lediglich einige kritische Überlegungen zu dem Grundsatzpapier dieser Initiative, welches den Titel "Entwicklung durch Gesellschafts- und Friedenspolitik" trägt, anstellen. (Das Papier war zu beziehen bei Martin Weskott, 3 Hannover, Archivstr. 3, Postfach 265). Wir stellen diese Überlegungen bewußt nach Abschluß des Wahlkampfes (also auch der Wahlkampfaktion) an, und wir hoffen, die Kritik an der Broschüre vortragen zu können, ohne den Eindruck bloßer Besserwisserei hervorzurufen. Allerdings hoffen wir gleichermaßen, daß die an dieser Wahlkampfaktion beteiligten Dritte Welt Gruppen es nicht versäumen werden, ihre gemachten Erfahrungen selbst kritisch auszuwerten. Unseres Wissens fehlt bis heute eine solche kritische Auswertung der UNCTAD-Kampagne, in der ja auch eine ganze Reihe der in der Wahlkampfaktion engagierten Gruppen mitgearbeitet haben.

Zum Grundsatzteil der Broschüre:

Die Initiative richtet sich an die Öffentlichkeit und an die politischen Parteien. (S. 1) Als kurzfristige Zielsetzung wird dort bezeichnet, "auf die unmittelbaren Zusammenhänge zwischen Entwicklungspolitik und Gesellschaftspolitik aufmerksam zu machen und die Kandidaten zu Stellungnahmen aufzufordern." Als langfristiges Ziel gilt es, "die entwicklungspolitischen Entscheidungen der in der Verantwortung stehenden Politiker zu verfolgen und gegebenenfalls zu kritisieren."

Was ist das eigentlich, diese "Öffentlichkeit", von der da die Rede ist? Ist das sozusagen jeder, den man irgendwo trifft, also die breite Masse der Bevölkerung? Ist damit also der langjährige, überzeugte CDU/CSU-Wähler und der kleine Fabrikant ebenso zum Adressaten dieser Initiative gemacht wie der kritische Schüler oder der gewerkschaftlich organisierte Lehrling? Mit anderen Worten: ist es sinnvoll oder überhaupt möglich, sich mit einer politischen Aufklärungsarbeit an die breite Öffentlichkeit zu wenden? Sind die kritischen Gruppen nicht viel zu schwach, um auf breiter Basis gegen die Aufklärung von rechts (gegen ZDF und Bild etc.) angehen zu können? Wir meinen, daß es anstelle solcher breiter Öffentlichkeitskampagnen erforderlich ist, eine genaue Zielgruppenbestimmung unserer Arbeit vorzunehmen. Gerade weil wir noch schwach sind, müssen wir unsere Kräfte konzentrieren und dürfen sie nicht dort einsetzen, wo die Erfolgschancen nur minimal sind. Diese Erfolgschancen der politischen Arbeit sind aber z.B. bei Schülern und Lehrlingen zweifellos weitaus größer als etwa bei überzeugten Barzel- und Strauß-Anhängern.

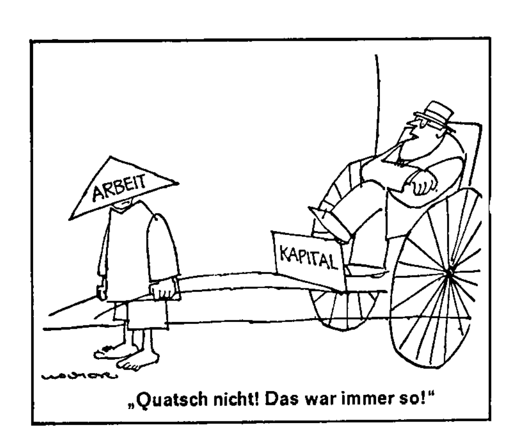
Die oben wiedergegebene kurz- und besonders die langfristige Zielformulierung scheinen uns doch allzu bescheiden zu sein. Kann es denn das langfristige Ziel sein, die Entscheidungen der Politiker zu verfolgen und gegebenenfalls zu kritisieren? Muß nicht die langfristige Zielsetzung eine Veränderung von politischen Entscheidungen bzw. eine Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen, die sich in politischen Entscheidungen niederschlagen, zum Inhalt haben? Kritik entwicklungspolitischer Entscheidungen kann ja wohl nicht selbst das Ziel, sondern muß ein Instrument sein zur Beeinflussung und zur Veränderung. Denn Kritik allein

ändert noch nichts.

Sowohl im Grundsatzteil der Broschüre als auch in den Einzelbeiträgen mit den Fragen an die Bundestagskandidaten wird deutlich, daß man sich eine Änderung der Verhältnisse hier bei uns und in der Dritten Welt vor allem von den Politikern erhofft und erwartet. Ist dieser Adressat der Initiative (also die politischen Parteien bzw. die Bundesregierung) aber überhaupt der richtige? Werden denn die Entscheidungen über die Lebensbedingungen hier und in der Dritten Welt wirklich ganz oder im wesentlichen von der Regierung, von der politischen Führung getroffen? Liegen die Macht- und Entscheidungszentren in einer Gesellschaft wie der BRD wirklich bei der Bundesregierung? Oder liegen die Zentren der Macht nicht vielmehr in immer stärkerem Maße bei den großen Konzernen, die alle wichtigen Größen der ökonomischen (und damit auch der politischen) Entwicklung (wie Wachstumsrate, Inflationsrate, Beschäftigungsgrad usw.) weitgehend autonom und auf Grund ihrer privatwirtschaftlichen Interessen bestimmen? Wenn das aber so ist, wenn also bei der Regierung tatsächlich immer weniger Macht in dieser Gesellschaft liegt, ist es dann sinnvoll, die politische Führung zum Adressaten von grundlegenden gesellschaftspolitischen Forderungen zu machen? Wir meinen, auf solche Fragen müssen die Gruppen fundierte Antworten zu geben versuchen, wollen sie sich nicht dem Vorwurf des "Aktionismus" oder des "blinden Aktivismus" aussetzen, also dem Vorwurf, sie würden etwas tun, "weil nun einmal etwas getan werden muß", ohne aber hinreichend begründen zu können, warum sie gerade dieses und nichts anderes tun.

Bei einigen Forderungen wird es nicht recht klar, an wen genau sie gerichtet sind und deswegen bleibt es auch unklar, wer sie verwirklichen soll und ob er das überhaupt kann. So heißt es z.B. auf S. 1: "In unserer Zeit müssen nationale Fragestellungen zugleich weltpolitische Perspektiven beinhalten." "Die Frage nach dem Glück menschlicher Existenz ... kann nicht mehr beantwortet werden mit ..." Auf S. 2: "... ist es unumgänglich, über den nationalen und kontinentalen Horizont hinaus neu über die Lebensbedingungen nachzudenken." Es wird bei solchen Formulierungen nicht klar, wer nun eigentlich was tun soll. Es sind ganz allgemeine Forderungen, denen vermutlich jeder zustimmen würde (weil sie keinem wehtun). Durch Formulierungen aber, denen jeder zustimmen kann, wird die Erforschung der Ursachen der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage verdeckt. Und wenn man die Ursachen verdeckt, ist es unmöglich, die richtigen Strategien zur Überwindung dieser unbefriedigenden Lage herauszufinden. Denn eine richtige Strategie muß ja an den Ursachen ansetzen und darf nicht an den Symptomen herumkurieren, sie muß "Maßnahmen durchsetzen, die die Wurzeln des Übels angreifen". (S. 2) Aber wo liegen sie denn, die "Wurzeln des Übels"? Wir haben sie nicht so recht finden können in der Broschüre.

Einen Satz allerdings möchten wir unterstreichen. Auf S. 2 heißt es: "Entwicklung heißt vielmehr: gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen alle Menschen so leben können, daß sie nicht auf Kosten anderer leben." Aber was bedeutet das eigentlich für uns konkret, "auf Kosten anderer zu leben"? Heißt das nicht, von den Früchten der Arbeit anderer zu leben, andere für sich arbeiten zu lassen? Und ist es nicht gerade das Grundprinzip der privatwirtschaftlichen (kapitalistischen) Organisation einer Gesellschaft, daß einige wenige (und immer weniger werdende) die vielen anderen für sich arbeiten lassen, daß sie also auf Kosten anderer leben?



„Quatsch nicht! Das war immer so!"

Können wir also den Satz der Broschüre, daß es darum gehe, "Verhältnisse zu schaffen, in denen alle Menschen so leben können, daß sie nicht auf Kosten anderer leben", so verstehen, daß damit die kapitalistische Organisation unserer Gesellschaft zum Angriffsobjekt von Gesellschafts- und Friedenspolitik gemacht werden soll? Die Lektüre der Broschüre im ganzen läßt diese unsere Interpretation doch sehr zweifelhaft erscheinen. Das wird besonders an den Einzelbeiträgen deutlich, denen allerdings nicht alle Trägergruppen der Wahlkampfinitiative zugestimmt haben müssen.

Zu den Einzelbeiträgen:

Zum Beitrag "Strukturanpassung in der Bundesrepublik"

Hierbei geht es darum, durch Umstrukturierung von Teilen unserer Wirtschaft den Entwicklungsländern größere Möglichkeiten von Exporten in die Industrieländer zu geben.

Es sind in diesem Betrag u.E. die wichtigsten Faktoren genannt, die zum einen der Realisierung solcher Forderungen, zum anderen den Entwicklungseffekten solcher Strukturanpassungen entgegenstehen. Zum einen also die Macht der Interessenverbände der privaten Wirtschaft in der BRD (S. 5), zum anderen die Tatsache, daß die (infolge von Strukturanpassungen hier) gesteigerten Exporterlöse der Entwicklungsländer "meist nur größeren Außenhandelsgesellschaften zugute kommen" und daß "die Exportindustrie in ländlichen Regionen nur wenig Arbeitsplätze schafft". (S. 4) Ist es nun aber sinnvoll, trotz derartig gravierender Einwände die Forderung nach Strukturanpassung in dieser Form aufrechtzuerhalten? Und ist es gerechtfertigt, die Realisierung solcher Forderungen von den Politikern zu erwarten? Also zu erwarten, die Politiker könnten in einer wichtigen Frage (und Strukturanpassungen größeren Stils sind zweifellos eine wichtige Frage) Entscheidungen gegen die Interessen der privaten Wirtschaft bzw. gegen bestimmte Teile, Fraktionen dieser Wirtschaft treffen? Welche konkreten Erfahrungen, welche empirischen Fakten können für die Existenz solcher Entscheidungsfreiräume der Politiker herangezogen werden? (Die Allgemeinen Zollpräferenzen der EWG sicherlich nicht!)

Die sich an den Beitrag anschließenden Fragen an die Bundestagskandidaten scheinen nicht sehr glücklich formuliert. Die erste Frage, ob die Kandidaten bereit seien, "kompromißlos die Ablösung bestimmter Produktionssparten bei uns zu fördern, falls Entwicklungsländer die Produktion der entsprechenden Artikel übernehmen könnten", wird von keinem Politiker in der BRD bejaht werden können. Die Verwirklichung derartig weitgehender Strukturanpassungen erscheint selbst dann völlig undenkbar, wenn die gesellschaftlichen Kräfte dazu vorhanden wären. Denn die Entwicklungsländer können eben nicht nur Textilprodukte und verarbeitete Agrargüter auf dem Weltmarkt anbieten. Indien z.B. ist schon seit einigen Jahren in der Lage, hochwertige Investitionsgüter (Maschinen etc.) in großem Umfang herzustellen und wäre infolgedessen auch in der Lage, bedeutende Exporte solcher Waren in die westlichen Industrieländer vorzunehmen. Will man also auch Teile der Investitionsgüterindustrie in der BRD durch Importe aus der Dritten Welt ersetzen? Die Anpassungsprobleme wären nicht lösbar.

Die zweite Frage dieses Beitrags, ob der Kandidat die Chance sieht, "langfristig zu einer Weltarbeitsteilung mit den Entwicklungsländern zu gelangen, die diese nicht ... benachteiligt", ist so allgemein und unverbindlich gestellt, daß jeder sie bejahen kann. Und deswegen ist eine solche Frage unergiebig.

Zum Beitrag "Wachstums- und Umweltpolitik"

Hier soll nur beispielhaft eine der angeführten möglichen Fragen an Bundestagskandidaten herausgegriffen werden. Es heißt hier (S. 6): "Sind Sie bereit, für eine beträchtliche Verlängerung der Lebensdauer aller Ausrüstungsgüter durch Ausschaltung von Verschwendung, eine weitgehende Einstellung der Erzeugung unwichtiger Güter und eine kritische Kontrolle der Werbung im Hinblick auf einen umweltfeindlichen Konsum zu sorgen?" Ist das nicht ein bißchen zu viel verlangt von einem Politiker, der auf dem Boden der "freien Marktwirtschaft" steht? Die Politiker sollen für eine "beträchtliche (warum eigentlich nicht für eine maximale?) Verlängerung der Lebensdauer von Ausrüstungsgütern durch Ausschaltung von Verschwendung sorgen?" Wird in einer solchen Forderung die tatsächliche Macht von Politikern in dieser Gesellschaft nicht vollständig verkannt? Würde ein Politiker, der etwas derartiges forderte, nicht sogar im Parlament nur Lacherfolge erzielen können? (Ein Parlament, das z.B. jährlich mehrere hundert Millionen DM zur Verfügung stellt, um Nahrungsmittel zu vernichten!) Denn die Gestaltung der Produktion ist doch nun einmal in einer "freien Marktwirtschaft" ausschließliches Privileg privater Unternehmer. (Selbstverständlich ist es ein wichtiges Ziel einer sozialistischen Politik, volkswirtschaftliche Verschwendung zu vermeiden. Aber sollte man deswegen solche Forderungen an Abgeordnete des Bundestages stellen? Oder sollte man nicht besser die eigentlichen Zielgruppen unserer politischen Arbeit davon zu überzeugen versuchen, daß sie sich organisieren und selbst gegen geplante Verschwendung kämpfen müssen?)

Der Verfasser dieses Beitrages über Wachstums- und Umweltpolitik scheint selbst einiges Unbehagen bei dieser seiner Frage an die Politiker verspürt zu haben, wenn er eine "weitgehende Einstellung der Erzeugung unwichtiger Güter" fordert. Warum eigentlich nur eine "weitgehende"? Wenn es sich wirklich um unwichtige Güter handelt (verdienen die dann überhaupt noch den Namen "Güter"?), dann sollte doch wohl am besten deren gesamte Produktion eingestellt werden. Oder was würde es rechtfertigen, einen Teil dieser unwichtigen Güter weiterhin zu produzieren? Vermutlich war das Adjektiv "weitgehend" hinzugefügt worden, weil dem Verfasser einigermaßen klar war, daß die Adressaten seiner Forderung, die Politiker, in dieser Sache herzlich wenig tun können, selbst wenn sie es wollten.

Lediglich die dritte in diesem Satz enthaltene Forderung ist unter bestimmten Bedingungen sinnvoll an Politiker zu richten, also für "eine kritische Kontrolle der Werbung im Hinblick auf einen umweltfeindlichen Konsum zu sorgen".

Gerade an diesen Betrag über "Wachstums- und Umweltpolitik" ist die grundsätzliche Frage zu stellen, ob die Zielrichtung der dort erhobenen Forderungen, nämlich von den Politikern grundlegende Veränderungen zu erwarten, nicht verfehlt ist. Und ob damit nicht ein Irrweg der politischen Arbeit der kritischen Gruppen aufgezeigt wird.

Zum Beitrag "Privatinvestitionen in Entwicklungsländern"

Diesem Beitrag liegt die Annahme zugrunde, daß die "freie Marktwirtschaft", daß der Kapitalismus das richtige Wirtschaftssystem für die Dritte Welt sei. Es komme lediglich darauf an, diese Privatinvestitionen durch eine gezielte Förderung so zu lenken, daß sie "den Entwicklungsbedürfnissen des Gastlandes angepaßt sind." (S. 8) Das ist eine Beurteilung der Privatinvestitionen, die durchaus von Politikern und sogar von Teilen der westdeutschen Großindustrie vertreten wird.

Hier stellt sich aber doch ganz hart die Frage, ob man dem Kapitalismus nur einige Schönheitskorrekturen verpassen oder ob man ihn abschaffen und durch ein humaneres Konzept ersetzen will. Es ist uns vollkommen unverständlich, wie man zu einer derartigen positiven Einschätzung der Privatinvestitionen in Entwicklungsländern und damit des Systems der "freien Marktwirtschaft" kommen kann, ohne doch auch nur ein Land nennen zu können, wo dieses System wirkliche Erfolge für die breite Bevölkerungsmasse vorzuweisen hat, während doch die großen Erfolge nichtkapitalistischer Entwicklungsländer wie China und Nordkorea unbestreitbar sind.

Zum Beitrag "Transfer von Technologie in die Entwicklungsländer"

Die erste Frage dieses Abschnitts heißt: "Sind Sie bereit, bei der Novellierung des Entwicklungshilfesteuergesetzes sich dafür einzusetzen, daß bei Investitionen in Entwicklungsländern Technologien zur Anwendung kommen, die der Situation im jeweiligen Land angemessen sind?" Wir haben uns zunächst gefragt, ob es sich bei dieser Fragestellung vielleicht um einen Druckfehler handelt, denn so ist die Frage schlicht und einfach falsch. Das Entwicklungshilfesteuergesetz ist ein Gesetz zur Förderung von Privatinvestitionen, d.h. es kann Unternehmen, die solche Investitionen tätigen, steuerliche Vorteile bringen; es kann aber keinerlei Einfluß darauf nehmen, welche Investitionen tatsächlich getätigt werden und also auch nicht. mit welcher Technologie solche Investitionen getätigt werden.

In der ersten Frage ist von der den Entwicklungsländern "angemessenen" Technologie die Rede, in der dritten Forderung soll ganz allgemein der Transfer von "vorhandenen Technologien" erleichtert werden. Also auch von "unangemessenen" Technologien? Das sind doch einfach widersprüchliche Formulierungen, die zeigen, wie wenig sorgfältig in diesem Beitrag gearbeitet wurde und die die Vermutung nahelegen, daß nicht gerade sehr gründlich diskutiert wurde über diese Broschüre oder zumindest über diesen Beitrag.

In der vierten Frage ist davon die Rede, daß nur noch solche Privatinvestitionen in der Dritten Welt vorgenommen werden sollen, "die keine ausbeuterische Tendenz haben". Uns ist es leider völlig unklar, was sich der Autor unter einer nicht-ausbeuterischen Privatinvestition vorstellt.

Zum Beitrag "Waffenhandel und Rüstungsindustrie"

Dieser Beitrag fragt u.E. zu wenig nach den Ursachen von Waffenhandel und Rüstungsindustrie. Hier heißt es z.B.: "Ein falsches Prestigedenken vieler Regierungen ist in der militärischen

Stärke ihres Landes begründet. Waffenhandel und Militärhilfe exportieren solche Denkmodelle und Verhaltensweisen in Länder der Dritten Welt. Die Staatshaushalte vieler Länder werden durch solche Denkmodelle negativ belastet. Die hohen Staatsausgaben für Rüstung und Militär verhindern notwendige Investitionen in gesellschaftspolitisch entwicklungsfreundlichen Bereichen." (S. 11)

Aber solche "Denkmodelle", solches "falsches Prestigedenken" hat doch Ursachen. Man kann doch solche negativen Denkmodelle nicht einfach durch positivere Denkmodelle zu ersetzen versuchen, ohne diejenigen Kräfte zu untersuchen, die gerade diese (negativen) Denkmodelle hervorgebracht haben. Die Ausgaben für Militär und Polizei in den Ländern der Dritten Welt sind doch offenbar notwendig, um die Macht der dort herrschenden Kreise gegenüber der verelendeten und unterdrückten Bevölkerung abzusichern. (Ein Land wie Brasilien z.B. ist von äußeren Feinden gar nicht bedroht.) Wenn das aber so ist, dann kommt die Forderung nach Beschränkung der Rüstungshaushalte (in der Folge eines neuen Denkmodells) der Forderung nach (zumindest politischem) Selbstmord der herrschenden Gruppen in der Dritten Welt gleich. Ist es sinnvoll und erfolgversprechend, Leute zum Selbstmord aufzufordern? Diese Kritik mag etwas überspitzt sein, aber der Beitrag in der Broschüre stellt zwar die Wirkungen von Waffenhandel und Rüstungsindustrie sehr gut dar, deren gesellschaftliche Ursachen aber läßt er unerwähnt.



„Das Gebäude hat die Regierung errichtet, um die Pläne zur Errichtung von Kindergärten zu stapeln."
(The Teacher, London)

Wir wollen diese kritischen Überlegungen zu den Einzelbeiträgen hier abbrechen.

Zusammenfassung und Schlußbemerkungen:

Aus der Besprechung der Broschüre der Wahlkampfinitiative ergeben sich an die Trägergruppen u.a. folgende strategische Fragen:

- welches ist der Adressat ihrer politischen Arbeit? Die breite Bevölkerung? Die Politiker und die Bundesregierung?
- welche Auffassungen bestehen in bezug auf die tatsächliche Macht von Bundestag und Bundesregierung hier in der BRD? Ist diese Auffassung hinreichend begründet? Welche Bedeutung haben allgemeine politische und vor allem entwicklungspolitische Forderungen an die Bundesregierung? Was ist dadurch erreichbar und was nicht? Ist die Strategie der Forderungen an die Politiker überhaupt der richtige Weg?
- welche Auffassungen bestehen in bezug auf die Entwicklungsstrategien der Länder der Dritten Welt? Will man dort einen "humanen Kapitalismus" (gibt es den überhaupt?)? Und glaubt man, die Regierungen der Entwicklungsländer, soweit sie über außenwirtschaftliche Beziehungen mit den westlichen Industrieländern in der bekannten Weise verbunden sind, könnten eine echte, d.h. die breiten Bevölkerungsmassen einbeziehende Entwicklung ihrer Länder leisten?

Vielleicht ist die hier vorgetragene Kritik an einzelnen Stellen zu hart ausgefallen. Andererseits ist ja wohl eine harte Kritik auch unter den kritischen Gruppen notwendig, um zu einer insgesamt erfolgreicheren Praxis der politischen Arbeit zu gelangen. Wir würden es begrüßen, wenn einzelne Gruppen und Personen zu diesem Artikel Stellung nehmen würden. Diese Diskussion könnte dann auch in den "blättern des iz3w" weitergeführt werden. Zumal die Mitarbeit der verschiedenen Gruppen in der BRD an dieser Zeitschrift ja noch relativ bescheiden ist. Wir betrachten die "blätter des iz3w" nicht als Zeitung unserer Gruppe in Freiburg; sie sollte vielmehr immer stärker zum Organ der vielen Dritte Welt Gruppen in der BRD werden.

fh

Kongress

Aufruf zum "Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Bissao & Mozambique"

Portugal führt gegen die Völker von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique einen mörderischen Krieg. Mit den von den USA in Vietnam erprobten Mitteln, mit Folter, Napalm und Erntevernichtungen versucht es, seine Herrschaft über das letzte große Kolonialreich der Erde aufrechtzuerhalten.
Dieser Krieg ist Völkermord!
Ausländische Konzerne geben Portugal, selbst ein armes und zurückgebliebenes Land, durch ihre Investitionen den ökonomischen Rückhalt. Die Kolonialherrschaft sichert ihnen Extraprofite. Deshalb leisten die NATO-Staaten militärische, ökonomische und politische Unterstützung, ohne die Portugal seinen Krieg nicht führen könnte. Hierbei hat sich die BRD als eine der zuverlässigsten Stützen des Kolonialregimes erwiesen.
Die Völker von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique haben den Kampf gegen ihre Unterdrücker aufgenommen. Analphabetismus, schutzlose Auslieferung an Krankheiten und Seuchen, Ausbeutung zu Hungerlöhnen, Streikverbot, Verweigerung des Wahlrechts und des Rechts auf gewerkschaftliche und politische Organisierung - das ist die Hinterlassenschaft einer 500-jährigen "zivilisatorischen Mission" Portugals in Afrika. Die unterdrückten Völker haben erkannt, daß nur ihr Kampf die Ursachen ihrer Not beseitigen kann. Dieser Kampf gegen die Kolonialmacht richtet sich zugleich gegen die Verbündeten Portugals. Hierbei haben die fortschrittlichen Menschen dieser Länder eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ihre Aktion, ihr Protest, ihr massiver öffentlicher Druck ist ebenso notwendig wie ihre materielle Solidarität.
Die gleichen Kräfte, die sich an der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker Afrikas und der 3. Welt beteiligen, bekämpfen auch hier alle Bemühungen der arbeitenden Menschen, ihre materiellen und sozialen Lebensbedingungen zu verbessern. Solidarität bedeutet daher nicht nur Hilfe für die Befreiungsbewegungen selbst, sondern liegt auch im Interesse derjenigen, die sich für demokratische Rechte und gegen die unkontrollierte Machtausübung durch die Konzerne einsetzen.

Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen auf, mit den kämpfenden Völkern der portugiesischen Kolonien Solidarität zu üben!

Wir rufen auf, den Kongreß "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" als sichtbares Zeichen dieser Solidarität zu unterstützen!

Wir rufen auf, alle lokalen Aktionsmöglichkeiten zu nutzen, um die Solidaritätsbewegung zu stärken und einen Beitrag für das Erreichen der Ziele des Kongresses zu leisten!

Kongreß "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique"

Wie schon mehrfach angekündigt, findet am 13./14. Januar 1973 in Dortmund der Kongreß "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" statt. Die Idee zu diesem Kongreß tauchte schon 1970 anläßlich eines Treffens von 31 Dritte Welt-Gruppen auf. Im Herbst 71 begannen die konkreten Planungen. Ein erster Aufruf zum "Portugal-Tribunal", wie der Kongreß bis Juli 72 heißen sollte, wurde im April von 11 Initiativgruppen verabschiedet. Inzwischen haben 73 Gruppen oder Organisationen ihre Unterstützung für den Kongreß zugesagt. Das breite Bündnis aus christlichen, sozialdemokratischen und sozialistischen Gruppierungen kam über eine gemeinsame, etwas unverbindlich gehaltene Plattform zustande.
Ziel des Kongresses soll eine breite Kampagne sein, die über den portugiesischen Kolonialismus und seine bundesdeutsche Unterstützung informiert und somit einen Solidarisierungseffekt mit den Befreiungsbewegungen MPLA, PAIGC und FRELIMO hervorruft. Gleichzeitig wird betont, daß diese Solidarität im Interesse der arbeitenden Menschen in der BRD liegt. Denn "die gleichen Kräfte, die sich an der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker Afrikas und der 3. Welt beteiligen, bekämpfen auch hier alle Bemühungen der arbeitenden Menschen, ihre materiellen und sozialen Lebensbedingungen zu verbessern." Eine Art herausragender Punkt innerhalb diese Kampagne sollen die 2 Tage in Dortmund sein.

Eine kritische Untersuchung und Stellungnahme zum Anspruch des Kongresses und seiner politischen Zielrichtung wird in der nächsten Ausgabe unserer Zeitschrift erscheinen.

Auf der Dortmunder Veranstaltung werden Vertreter der 3 Befreiungsbewegungen zugegen sein. Für die 6 Arbeitsgruppen haben namhafte Referenten ihr Kommen zugesagt. In der AG 6 sollen speziell Delegierte von Aktionsgruppen über konkrete Arbeit in den nächsten zwei Jahren diskutieren. Außerdem findet am Samstagabend eine Solidaritätsveranstaltung mit politisch engagierten Künstlern sowie Filmvorführungen statt.

Nähere Auskunft über den Kongreß sowie die Anmeldung dazu bitte an: Organisationskomitee, 46 Dortmund 1, Ruhrallee 62, Tel. 0231/125094.
Die Anmeldungen sollten bis spätestens 1.1.73 dort eintreffen.
Eine Materialliste für den Kongreß liegt unserer Zeitschrift bei.

rb

Unterstützungsaktion

KOMITEE EUROPA-LATEINAMERIKA in der Bundesrepublik Deutschland. e.V.

c/o Ulrich Cassel,
7 Stuttgart 1
Urbanstraße 48

Stuttgart, 6.12.1972

Liebe Freunde und Genossen!

KELA plant eine größere Aktion; diesmal zur Unterstützung bolivianischer Gefangener, ihrer Angehörigen und derjenigen, die wegen ihres Auftretens gegen die Militärdiktatur das Land verlassen mußten und zum Teil auf solidarische Unterstützung angewiesen sind. Wir haben einen Spendenaufruf verfaßt (s. Anlage), dem Einzelheiten über die Art, wie die eingenommenen Gelder verwendet werden sollen, zu entnehmen sind. Der Spendenaufruf wird unter anderem von Professor Helmut Gollwitzer und Professor Heinz-Joachim Heydorn unterschrieben.

Um die Wirkung dieses Spendenaufrufs zu verstärken, halten wir es für nötig, möglichst viele Wege zu seiner Verbreitung auszunutzen. Wir denken dabei an

1. die Veröffentlichung einer Bolivien-Dokumentation, die bereits im Druck ist, und die auch Euch Mitte Dezember zugesandt wird;
2. die Unterstützung durch die verschiedenen Informationsmedien (Rundfunk, Fernsehen und Presse);
3. Euch und Eure Initiative in Form von lokalen Veranstaltungsreihen, durch welche die gesamte Kampagne erst ihre eigentliche Informationswirkung erhält.

Wir meinen, daß die Gesamtaktion zeitlich gebündelt stärker wirken dürfte, und wir schlagen deshalb dafür die 2. und 3. Januar-Woche (7. - 21.1.73) vor.

Ihr wißt selbst am besten, wie Ihr in Eurem Bereich ein möglichst großes Echo auf den Spendenaufruf erzielen könnt (Vorträge, Filmvorführung, Einschaltung der Presse usw.). Aus organisatorischen Gründen werden wir die Koordinierung bei der Beschaffung des Informationsmaterials übernehmen. Wir können vermitteln:

a) KELA-Info 3 (Bolivien-Dokumentation mit Spendenaufruf) à DM 6,50

b) Spendenaufrufe gesondert

c) Plakat: "Solidarität mit den politisch Verfolgten in Bolivien" à DM 1,--

d) Filme:

Yawar Mallku (Das Blut des Kondors), Jorge Sanjines, 1969, 35 und 16 mm - 90 Minuten;

El coraje del pueblo (Der Mut des Volkes), Jorge Sanjines, 1971, 35 mm - 90 Minuten ca.;

Revolución (Revolution), Ricardo Rada, 1963, 16 mm - 10 Minuten;

Ukamau, Jorge Sanjines, 1965, 35 mm - 90 Minuten ca.;

El Grito del Pueblo (Der Schrei dieses Volkes), 16 mm - 61 Minuten.

- Die Gebühren und Transportkosten, die von den Verleihen erhoben werden, müßt Ihr selbst tragen.

Die 132seitige Dokumentation bringt Informationen über die Lage der politischen Gefangenen, Augenzeugen-Berichte, eine Analyse der Kirche in Bolivien, Auszüge aus der bolivianischen und internationalen Presse, politische Dokumente und anderes.

Die Herstellungskosten der Dokumentation sind verhältnismäßig hoch, so daß wir gezwungen sind, einen Verkaufspreis von 6,50 DM festzusetzen. Für besondere Fälle werden wir versuchen, die Dokumentation billiger zu verkaufen und das Defizit auf andere Weise, unter Umständen durch ausdrücklich für diesen Zweck erteilte Spenden, auszugleichen.

Bitte teilt uns möglichst rasch mit, ob wir mit Eurer Unterstützung rechnen können. Gebt auch präzise an, auf welche unserer Informationsmaterialien Ihr zurückgreifen wollt. Gerade bei der Vermittlung der Filme ist es unumgänglich, daß wir zur Koordinierung baldigst Bescheid bekommen.

Mit den besten Grüßen

Euer

KELA Stuttgart

Spendenkonto:

Konto Nr. 9 053 220
Dresdner Bank Stuttgart

Kontaktadresse für die Bolivien-Aktion:

Gonzalo Iturralde
7024 Bernhausen
Scharnhäuser Str. 40

Liebe Freunde!

Sie wissen, daß in Bolivien seit der Machtübernahme durch Oberst Banzer eine massive Verfolgung der oppositionellen Kräfte im Gange ist. Diese Repression trifft unterschiedslos Bauern- und Arbeiterführer, Priester und Nonnen, Studenten, Beamte, fortschrittliche Militärs, Journalisten etc. Immer handelt es sich dabei um Personen, die an der Wandlung der unmenschlichen Verhältnisse und ungerechten Strukturen in Bolivien arbeiten.

Über die Anzahl der politischen Häftlinge gibt es keine offiziellen Angaben. Uns aber erreichen täglich Nachrichten von neuen Inhaftierungen und Liquidierungen. Auch die Familien der politischen Gefangenen sind ständigen Repressionen ausgesetzt. Finanziell und sozial haben sie keinerlei Sicherung. Hunderte von Bolivianern mußten ins Ausland fliehen. Sie fanden in einigen lateinamerikanischen Ländern Asyl, doch haben die wenigsten dort Arbeit und Wohnung; auch die ärztliche Versorgung für sich und ihre Familien und die schulische Weiterbildung ihrer Kinder ist nicht gewährleistet.

In den Exilländern haben sich Hilfskomitees zur Unterstützung der bolivianischen Flüchtlinge gebildet. Mit ihnen steht das Komitee Europa-Lateinamerika in Verbindung. Wir wollen sie bei folgenden Aufgaben unterstützen:

1. Übergangshilfe (Kleidung, Nahrungsmittel, Wohnraumbeschaffung)
2. Arbeitsbeschaffung und Rechtshilfe
3. Medizinische Betreuung (Kosten für Medikamente und ärztliche Behandlung)
4. Familienzusammenführung (Beschaffung von Ein- und Ausreisegenehmigungen, Visa- und Reisekosten)
5. Ausbildungshilfen.

Für diese Unterstützung sind wir auf Ihre Spende angewiesen. Internationale und kirchliche Organisationen, die in den Hilfskomitees vertreten sind, sorgen dafür, daß alle Spenden den unmittelbar Betroffenen im Rahmen des obengenannten Programmes zugute kommen.

Sie können sich an dieser Solidaritätsaktion auf folgende Weise beteiligen:

1. durch eine einmalige Spende
2. durch einen Spenden-Dauerauftrag über die von Ihnen gewünschte Zeit

auf das Konto Nr. 9 053 220 bei der Dresdner Bank in Stuttgart, Kennwort "Bolivien".

Das Komitee Europa-Lateinamerika ist ein gemeinnütziger Verein. Ihre Spenden sind daher steuerabzugsfähig.

Mit freundlichen Grüßen

U-Boot für Griechenland

II KIEL, 24. November. Ein griechisch-orthodoxer Pope weihte am Donnerstag auf dem Gelände der Kieler Howaldtswerft das knapp 1000 Tonnen große Unterseeboot „Proteus" und übergab es der griechischen Kriegsmarine. In Anwesenheit des königlich-griechischen Botschafters in Bonn, Sioris, wurde das Tauchschiff auf der Kieler U-Boot-Werft übernommen. Es verließ am Freitag Kiel und wird Anfang Februar nächsten Jahres in Griechenland eintreffen.

Damit hat Griechenland alle vier U-Boote, die es in Kiel bestellte, erhalten. Die Werft soll ferner je zwei U-Boote etwa des gleichen Typs für die südamerikanischen Staaten Peru, Kolumbien und Argentinien bauen.

FR 25.11.72

Keine Hilfe für Griechenland

BONN, 28. November (ddp). Die Bundesrepublik wird Griechenland keine Kapital- und technische Hilfe gewähren, solange in diesem Land die parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse nicht wiederhergestellt sind. Dies erklärte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Erhard Eppler, in einem Interview in der jüngsten Ausgabe der SPD-Wochenzeitung „Vorwärts". Eppler räumte jedoch die Möglichkeit ein, daß Länder, „die nicht unseren Vorstellungen von Demokratie entsprechen", als assoziierte Mitglieder mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) Handel treiben können.

FR 29.11.72

SPD half mit über einer Million

BONN, 5. Dezember (AP). Seit dem Militärputsch im April 1967 in Griechenland hat die SPD an in Not geratene griechische Familien Spenden in Höhe von über einer Million Mark geleistet. Wie der Schatzmeister der Partei, Alfred Nau, in einem Interview mit der SPD-Wochenzeitung „Vorwärts" erklärte, ist die SPD stolz darauf, diese Hilfe geleistet zu haben. Sie habe nämlich selbst im Verlauf der leidvollen Geschichte ihrer eigenen Partei Verfolgungen und Drangsal erleiden müssen. „Aus dieser Erfahrung heraus, aber auch gegründet auf die Wertvorstellungen der Demokratie und der Humanität, war und ist es uns eine Verpflichtung, Menschen, die auf Grund ihrer Überzeugung verfolgt werden oder in Not geraten sind, zu helfen", fügte Nau hinzu. Die SPD sei bereit, auch weiterhin in Not geratenen griechischen Demokraten zu helfen.

FR 6.12.72

Medien

Kritische Gedanken anläßlich von 'Tribunal 1982'

Die siebenteilige Fernsehserie "Tribunal 1982", im Oktober und November 1972 zu günstiger Tageszeit (sonntags 19,25 Uhr) vom ZDF gesendet, wurde von der gemeinnützigen kirchlichen Produktionsfirma Eikon hergestellt. Verantwortlich sind die evangelische Kirchenredaktion des ZDF und Autor Fritz Puhl.

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Kulturinstitutionen unserer Gesellschaft stehen weder die Kirchen noch das Fernsehen unter dem unmittelbaren Zwang, ihr Vermögen um seiner Vermehrung willen, d.h. als Kapital, zu verwerten. Sie sind Ausnahmeerscheinungen neben einer schier endlosen Menge erwerbswirtschaftlicher Unternehmen. Während oberste versorgungswirtschaftliche Ziele, die humane Interessen verkörpern, nur darin bestehen können, alle Mitglieder der Gesellschaft so mit Lebensgütern zu versehen, daß ihre echten, unverfälschten Bedürfnisse optimal befriedigt werden, ist der Betrieb erwerbswirtschaftlicher Unternehmen in erster Linie darauf eingerichtet, durch Ankauf, Organisation und Ausnutzung von Lohnarbeit höchstmögliche Gewinne zu erzielen, die von der herrschenden, die großen Kapitale verwertenden Klasse entweder reinvestiert oder privat vergeudet werden. (1)

Gerade unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus der Industrieländer beruht die Gewinnmaximierung auf einer maximalen Quantität von produzierten und abgesetzten Waren. Dort, wo Kapital hauptsächlich in der Form industrieller Produktionsmittel erscheint, kann nur eine ungedämmte Produktionsflut seine profitabelste Verwertung ermöglichen. Hinzu kommt, daß gegenwärtig, bei voller Entfaltung des Imperialismus, kaum noch eine Erweiterung, sondern nur die Intensivierung der bestehenden Märkte in Frage kommt. Um die massenhafte Nachfrage trotz der herrschenden Warenschwemme ungebrochen zu erhalten und sogar noch zu steigern, dürfen deshalb die angebotenen Konsumgüter nur den Schein eines hohen Gebrauchswertes vorgeben, was durch Design, Reklame, ästhetische Abstraktion erreicht wird. (2) In Wirklichkeit befriedigen sie echte Bedürfnisse meistens höchst vorläufig und unvollkommen; viel eher frustrieren sie durch minderwertige Qualität oder geringen Gebrauchswert im allgemeinen, womit sie ihre Funktion im Rahmen der Kapitalverwertung erfüllen, neuen Hunger auf andere, vermeintlich bessere Waren zu wecken. (Die zwangsläufige Folge, daß ungeheure Mengen abgelegter, unbrauchbarer Rückstände die Natur in eine riesige Müllkippe zu verwandeln drohen, vor der sich nur die Privilegierten in umzäunte Privatparks zurückziehen können, wird "Umweltproblem" genannt - so als sei die Natur an ihrer Vergiftung selbst schuld.) Auf diese recht einfache Weise greifen die sozioökonomischen Verhältnisse des entwickelten, industriellen Kapitalismus sogar in die Bedürfnis- und Triebausstattung zahlloser Subjekte ein, die bis in ihr Unterbewußtsein hinein zu Objekten erwerbswirtschaftlicher Eigendynamik gemacht werden. (3)

Daß das Gros der Waren kaum Bedürfnisse befriedigt, sondern unechte, unerfüllbare Sehnsüchte weckt, gilt nicht zuletzt auch von jenen Produkten, die eine erwerbswirtschaftlich organisierte Kulturindustrie wie z.B. die westdeutsche Presse auf den Markt bringt. Statt das Informationsbedürfnis der von ihrer weiteren gesellschaftlichen und politischen Umgebung entfremdeten Leser zu befriedigen, neigt sie dazu, ihnen einerseits gerade dort eine heile Wunschwelt im Operettenkostüm vorzuspiegeln, wo sie weiß Gott nicht besteht, und andererseits mit enthumanisierten, terroristischen Zerrbildern des Sozialismus oder auch nur der Politik überhaupt, mit ebenso monströsen wie frei erfundenen Buh-Männern also, Angst und Schrecken zu verbreiten. Artikel in früheren iz-Nummern haben gezeigt, daß die Presse ausgerechnet die verheerenden Zustände in der Dritten Welt verniedlicht und gleichzeitig die farbigen Völker auf

der Grundlage rassistischer Ideologien kriminalisiert. (4) Auf diese Weise wird eine zusätzliche Entfremdung des Lesers von sich selbst erzeugt oder gefördert; auf die Wunde, die seinem Selbstbewußtsein, seiner Identität zugefügt und in der ständig herumgestochert wird, verspricht das Kapital durch zahllose verlockende Warenangebote einen lindernden Balsam zu legen: Warenangebote, die der Einfachheit halber und um den Manipulationserfolg sicherzustellen, gleich mit dem journalistischen Teil der Blätter vermischt werden. Anzeigen haben einen Löwenanteil nicht nur am Umfang der Illustrierten und Zeitungen, sondern vor allem **an** ihrem Umsatz.

Der umstrittene Kommunikationssoziologe Horst Holzer hat schlechthin allen Massenmedien der BRD solche manipulative Doppelbödigkeit unterstellt, die den Kapitalinteressen Vorschub leistet:

> ... vordergründige und kurzfristige Aufhebung der Entfremdung läßt sich ... durch die von Massenmedien doch in beträchtlichem Maße praktizierte Personalisierung gesellschaftlicher Tatbestände, Intimisierung öffentlicher Angelegenheiten und Vorspiegelung einer Traumwelt erreichen. Dabei kommt hinzu ..., daß die Art und Weise, in der mit diesen journalistischen Techniken die Methode, Angst zu provozieren, systematisch verknüpft wird, in Wirklichkeit die Entfremdungssituation des massenmedialen Publikums noch steigert - womit dann wieder eine verstärkte Anklammerung des Publikums an die Medien induziert wird. Die profitable, für die Massenmedien wie die in ihnen inserierende Industrie gleichermaßen einträgliche Ausbeutung der ökonomisch, politisch kulturell unterprivilegierten Lage eines Großteils des Publikums und dessen, des Publikums, Deutung solcher Ausbeutung als wahren Dienst am Kunden, ergeben die fatale Hypothek, die insbesondere die Massenpresse, tendenziell aber auch andere Kommunikationsinstitutionen belastet und deren Anspruch, demokratische Instanzen in einer demokratischen Gesellschaft zu sein, mehr als fragwürdig macht. (5)

Ganz so einfach, wie Holzer hier, kann man es sich freilich nicht machen; die von ihm nur beiläufig erwähnten Unterschiede zwischen den Inhalten der Medien dürfen nicht vernachlässigt werden, weil sie auf erhebliche Unterschiede zwischen den ökonomischen Unterlagen der Medienträger zurückzuführen sind.

Im Gegensatz zur erwerbswirtschaftlich organisierten Presse, wo einer Zeitung oder einem Verlag unter Umständen schon durch den Entzug weniger Anzeigen oder durch einen mäßigen Auflagenschwund (was sich gegenseitig bedingen kann!) die wirtschaftliche Basis entscheidend geschwächt wird, finanzieren sich sowohl die Kirchen als auch das Fernsehen nahezu risikolos aus regelmäßigen, auch in der Höhe der Summe relativ konstanten Gebühren, die alle eingetragenen Christen bzw. alle Anmelder von TV-Geräten entrichten müssen. Das macht verständlich, warum der Warencharakter von Kulturinhalten, die innerhalb dieser beiden Institutionen erarbeitet und durch sie vermittelt werden, in der Regel schwächer ausgeprägt ist: eine Tendenz, die sich auch darin ausdrückt, daß diese Inhalte sich oft weniger genau mit den Interessen der privilegierten Klasse decken, die über die großen Erwerbsvermögen wie industrielle Produktionsmittel, umfangreiches vermietetes oder verpachtetes Grundeigentum oder Finanzkapital verfügt und daraus ihren privaten Nutzen zieht, als das bei der Presse der Fall ist, deren wichtigstes Manipulationsinstrument neben den oben erwähnten Techniken darin besteht, Informationen und Argumentationszusammenhänge, die radikale Kritik zur Folge haben können, einfach auszusparen.

Obwohl natürlich auch die Kirchen und das Fernsehen über die mit ihnen verflochtenen Bürokratien der Wirtschaftsverbände, Parteien und des Staates an den sozioökonomischen Unterbau des entwickelten Kapitalismus gebunden sind, nur eben nicht so direkt und fest wie beispielsweise die Presse, bilden sie ebenso wie der Hörfunk und, aus historischen Gründen, die langsam aber sicher ihre Wirkung verlieren, die Universitäten - relative Freiräume innerhalb der bürgerlichen Kultur, welche auf der kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft ruht und ihre Widersprüche zudeckt, indem sie es unterläßt, dafür Begriffe zu entwickeln. Es ist nicht von vornherein auszuschließen, daß in solchen Freiräumen von Autoren, die sich bewußt gegen Einflußversuche der Kapitalseite sperren, wenigstens der Absicht nach radikale, auf durchgreifender Veränderung bestehende Kritik an gesellschaftlichen Mißverhältnissen erarbeitet und engagiert geäußert wird.

Ansatzpunkte für Kritik dieser Art, wenn auch nur unter solch günstigen Bedingungen wie bei Kirche oder Fernsehen, bieten gerade die bestehenden

Zustände in der Dritten Welt, weil der Hunger, die widerlichen Krankheiten, die entwürdigenden Behausungen der breiten Massen in diesen Ländern nach Veränderung schreien, ohne daß es einer theoretischen Begründung dafür bedarf. Wenn sich radikales Engagement ausgerechnet an diesem Thema entzündet, mag das allerdings auch an der Tendenz zur exotischen Ferne und infolgedessen Unverbindlichkeit liegen, die ihm unweigerlich anhängt: Der herrschenden Klasse bei uns, die nicht zuletzt aus jenem fernen Elend ihre Profite schlägt, muß es weniger brisant, weniger gefährlich für ihre Privilegien und ihre Macht erscheinen, wenn die Zustände in den Elendsgebieten fremder Kontinente unbeschönigt dargestellt werden, selbst wenn die Ursache dieser Zustände, die koloniale und neokoloniale Ausbeutung der farbigen Völker durch eben jene Klasse, zur Debatte gestellt wird, als wenn beispielsweise die unheilvollen Praktiken der Klassenjustiz auf's Korn genommen werden, die im eigenen Lande, vor der eigenen Haustür gang und gäbe sind. Die ausgepreßten Völker der Dritten Welt leben nicht nur sozial, sondern leider auch geographisch auf der anderen Seite. Man bekommt sie allenfalls auf Fotosafari direkt zu Gesicht, und auch dann nur am Rande. Hinzu kommt, daß die mittleren Schichten der Industrieländer ein wenig an der imperialistischen Ausbeutung beteiligt werden. Weil sie sich deshalb davon nicht allzu bedroht fühlen, sind zumindest Konzerne, die in der Dritten Welt nicht investiert haben, eher geneigt, auf diesem als auf irgendeinem anderen Gebiet ein wenig radikale Kritik gewähren zu lassen.

Diese geringfügige Nachlässigkeit des Kapitals auszunutzen, muß für die Linke in der Bundesrepublik keineswegs korrumpierend sein. Solange Hoffnung besteht, daß kritische Informationen zur "Dritten Welt" Einsichten auch in andere Bereiche des kapitalistischen Ausbeutungssystems, Einsichten in die Funktionsweise dieses Systems als ganzes einleiten – und ob solche Hoffnung besteht, hängt von nichts anderem ab als vom systemkritischen Inhalt der betreffenden Informationen und Argumente selbst –, solange folgt Informationsarbeit gerade zum Themenbereich, den die "blätter des iz3w" abzudecken versuchen, einer durchaus legitimen, weil erfolgversprechenden Strategie ideologiekritischer Auseinandersetzungen mit dem Ziel, bürgerliches Bewußtsein zu verändern.

Jedenfalls ist eine Fernsehserie wie das "Tribunal 1982", welche von der evangelischen Kirche zum Thema "Kolonialismus und Neokolonialismus" produziert wurde, einem mehr oder weniger zufälligen Zusammentreffen günstiger Umstände und Bedingungen zu verdanken, die die Grenzen dessen abstecken, was in den etablierten, heute weite Verbreitung findenden Massenmedien der BRD an Gesellschaftskritik noch möglich ist. Wo diese Grenzen liegen, sollen die folgenden Bemerkungen zur Sendung selbst zeigen.

Das "Tribunal 1982" gab zweifellos wichtige, in der bürgerlichen Presse systematisch unterdrückte Informationen, die radikale Kritik nach sich ziehen müssen. In der ersten von sieben Sendefolgen, die unter dem Titel "Kolonialismus" stand, galten diese Informationen den historischen Ursachen des gegenwärtig immer noch zunehmenden Elends in der Dritten Welt. Die sechs Ankläger des fiktiven, eben im Jahre 1982 stattfindenden Prozesses sowie sachverständige Zeugen weisen anhand vieler Beispiele nach, daß Hunger, Krankheiten, Arbeitslosigkeit und kulturelle Rückständigkeit keineswegs schon immer das "Schicksal" der farbigen Völker waren, sondern daß erst die seit jeher in erster Linie um ihr Geschäft besorgten europäischen Kolonisatoren diese Zustände dort schufen, wo sich zuvor blühende Wirtschaftsgesellschaften und Kulturen nach ihren eigenen Gesetzen entwickelten:

> Als die ersten europäischen Seefahrer in die Bucht von Guinea kamen, waren sie voller Staunen: sorgfältig angelegte Straßen, mit prächtigen Feldern bedecktes Land, Menschen in prunkvollen Gewändern aus selbstgewebten Stoffen, bis ins Kleinste durchgeführte Ordnungen großer, wohlgegliederter Staaten, machtvolle Herrscher, üppige Industrien – Kultur bis in die Knochen. Die Vorstellung vom barbarischen Neger ist eine Erfindung Europas. (S. 16. Nach einem Werk des Ethnologen Leo Frobenius.)

Die Spanier, Portugiesen, Holländer, Engländer und Franzosen zerstörten diese Kulturen an der Westküste und später auch im Innern Afrikas, indem sie vier Jahrhunderte lang einen schwunghaften Sklavenhandel betrieben. Ihre Schiffe segelten zunächst von Europa nach Guinea und vor die Kongomündung. Dort wurden Waffen und minderwertige Konsumartikel gegen Sklaven eingetauscht, die sich die Völker Afrikas, von den gewinnhungrigen Europäern zum Bruderkrieg verführt oder genötigt, gegenseitig abjagten. Einge-

pfercht und angekettet wurden die gefangenen Afrikaner dann nach Westindien verfrachtet, wobei auf der Reise in der Regel 10-20 % der "Passagiere" umkamen. In Süd- und Mittelamerika mußten die Sklaven auf den Zucker- und Baumwollplantagen so harte Arbeit leisten, daß durch die hohe "Verlustquote" der Bedarf an "Nachschub" aus Afrika ungebrochen blieb. Die Schiffe kehrten mit Baumwolle, Zucker und Rum nach Europa zurück, wo ihre Eigner durch den Verkauf dieser Kolonialwaren, von denen nur ein geringer Teil wieder auf die nächste Reise nach Afrika mitgenommen wurde, unerhörte Gewinne einstreichen konnten. Der ungleiche Dreieckshandel hat Schwarzafrika im Laufe der Zeit vorsichtig geschätzt 40 Millionen Menschen gekostet - etwa ein Viertel seiner heutigen Gesamtbevölkerung. Die soziale Organisation seiner Völker, ihre Wirtschaft und ihre Kultur wurden schwer in Mitleidenschaft gezogen. (6)

An den Sklavenhandel schloß sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Zeit direkter, gewaltsamer Unterdrückung an, woran nun auch die Deutschen ihren gewichtigen Anteil hatten. Der Hauptankläger des "Tribunals" zitiert einen Bericht des deutschen Generalstabes aus dem Jahre 1904, der sich mit dem Krieg gegen das einheimische Volk der Hereros in Südwestafrika befaßt:

> Die Verfolgung der Hereros zeigte die rücksichtslose Energie der deutschen Führung in glänzendem Licht. Wie ein halb zu Tod gehetztes Tier war der Feind von Wasserstelle zu Wasserstelle gescheucht worden, bis schließlich die wasserlose Omahek-Wüste vollenden sollte, was die deutschen Waffen begonnen hatten: Die Vernichtung des Herero-Volkes. (S.17)

Solche bestialischen Aktionen der Kolonialmächte waren an der Tagesordnung; natürlich setzten sich weiße Siedler an die Stelle der vertriebenen oder getöteten Einheimischen. In Südafrika, Namibia, Südrhodesien und den portugiesischen Kolonien hat sich diese brutale Praxis bis heute erhalten. Immer noch werden dort ganze Stämme mit Waffengewalt aus ihren Wohngebieten vertrieben, immer noch gibt es dort Sklaven, die zwar nicht durch die Peitsche oder Pistole in der Hand des Europäers, wohl aber durch Haus- und Kopfsteuern und durch ein ausgeklügeltes Kontraktsystem zur Trennung von ihren Familien und zu ebenso menschenunwürdiger wie miserabel entlohnter Knochenarbeit gezwungen werden. Sogar Kinder werden davon betroffen.

Jeder außereuropäische Kontinent - neben Afrika also auch Nord- und Südamerika sowie Asien - mußte eine besondere Form der kolonialen Verwüstung über sich ergehen lassen. China beispielsweise diese:

> England unterwarf China im Opiumkrieg, erzwang die Einfuhr des Rauschgifts und nahm ihm Hongkong. Deutschland besetzte Tsingtau. Die europäischen Mächte entzogen China an Zöllen und Tributen jährlich rund eine Milliarde Dollar. Als es im Jahre 1900 zu einem Aufstand gegen die Fremdherrschaft kam, gab der deutsche Kaiser Wilhelm II. folgenden Befehl an seine Truppen ...: "Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Führt die Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr wagt, einen Deutschen schief anzusehen." (S. 19)

Es liegt nahe, daß die Verteidiger zur Entlastung der acht Angeklagten - deutsche Industrielle, Kaufleute, Politiker, Journalisten, Kirchenmänner -



Washington Post

„Klar, es ist ein moralischer Krieg! Sonst hätten die Kirchen doch nicht soviel in die Rüstung investiert."

eben jene Argumente ins Feld führen, mit denen schon die Kolonisatoren selbst ihre Unterwerfungs- und Unterdrückungspolitik verbrämten. (Entsprechendes gilt von den Teilen der Sendereihe, die sich mit dem "Neo"-Kolonialismus befassen.) Vor Gericht erscheinen diese Ideologien zwangsläufig als das, was sie tatsächlich sind: fadenscheinige Schutzbehauptungen in Theorieform, die ihre ganze Lächerlichkeit preisgeben, sobald sie mit der von den Anklägern und Zeugen präsentierten Realität konfrontiert werden. Bereits in der Form des Tribunals also, die Fritz Puhl für sein Stück gewählt hat, steckt ideologiekritische Kraft.

Beim Thema Kolonialismus geht es vor allem um rassistische Ideologie, die - gekoppelt mit einem blinden Fortschrittsglauben an die Technik - alle Verbrechen der Europäer als bedauerliche, aber gleichwohl notwendige Maßnahmen erklärt, um den von Natur aus trägen und unintelligenten Völkern die Segnungen der westlichen Zivilisation schenken zu können. Wenn jene sie auf Grund ihrer mangelnden Einsichtsfähigkeit nicht annehmen wollten, dann mußten sie eben dazu gezwungen werden. Die Verteidiger äußern Sätze, von denen der Hauptankläger mit Recht sagt, sie seien eher Anklagen als Verteidigungen:

> Jedes Kind weiß doch, daß der tropische Mensch aus rassischen und klimatischen Gründen nicht im gleichen Maße zur Kultur fähig ist, wie der Abendländer! Daß alle wesentlichen Entdeckungen in den gemäßigten Klimazonen entstanden. (S. 15)
>
> Die Tropen sind ein Erbteil der ganzen Menschheit, und die Eingeborenen haben kein Recht, ihre Früchte denen zu verweigern, die sie benötigen. Sperrten sie sich gegen Handel, wehrten sie sich gegen den Abbau ihrer Bodenschätze, konnten sie gezwungen werden, ihre Länder zu öffnen. (S. 19)

Leo Brawand, der Chefredakteur des "Manager Magazin", behauptet in seiner Kritik der Sendereihe, solche Sätze stammten "... nicht von 1972, sondern bestensfalls aus einem NS-Schulungsbrief von 1942 ..." (7) Darin täuscht er sich jedoch gewaltig: Ganz abgesehen davon, daß 1972 noch genug Leute herumlaufen, deren Denken und deren Sprache durch NS-Schulungsbriefe entscheidend geprägt wurde, sind es genau jene "Argumente" und Stilformen, wie sie von einem großen Teil der westdeutschen Presse und von unseren Landsleuten noch immer gepflegt werden, die irgendwo in der Dritten Welt für eine europäische Firma arbeiten. (8)

Über den sogenannten "Neo"-Kolonialismus nach der formalen Unabhängigkeit vieler Länder Asiens und Afrikas, der auf verschiedenen Erscheinungsformen des Kapitalexports beruht und in fortgesetzter Abhängigkeit und Ausbeutung seinen Ausdruck findet - er ist nicht neu, sondern war schon während der Kolonialzeit stets das imperialistische Grundmotiv -, enthielten die übrigen sechs Teile der Serie zahlreiche brauchbare Informationen. Der als Zeuge aufgebotene Finanzminister eines schwarzafrikanischen Staates schlägt das Thema an: "1962 gab man uns eine Fahne, eine Nationalhymne und einen Platz in den Vereinten Nationen! Das war alles. Die wirtschaftliche Abhängigkeit blieb die gleiche wie zur Kolonialzeit." (S. 28)

Immer wieder zeigen Ankläger und Zeugen die ökonomischen Instrumente auf, mit denen die kapitalverwertende Klasse der Industrienationen die Massen in der Dritten Welt ausbeutet und sich die parasitären einheimischen Bourgeoisien gefügig macht: Die Regierungen, das Militär, die wenigen Reichen dieser armen Länder, welche an die Stelle der früheren Kolonialbeamten getreten sind und heute nach deren Vorbild günstige soziale und politische Verwertungsbedingungen für das ausländische Kapital garantieren. Die drei wichtigsten ökonomischen Ausbeutungsinstrumente sind: Erstens die Kredit- und Währungspolitik der westlichen Industriestaaten, zweitens die ungleichen Bedingungen des Welthandels, die sich für die Dritte Welt immer weiter verschlechtern, und drittens Investitionen multinationaler Konzerne, die nur an der Höhe der zu erwartenden Profite und nicht an entwicklungspolitischen Zielvorstellungen orientiert sind.

Die Kreditpolitik pflegt nach dem Prinzip der "chinesischen Öllampe" gehandhabt zu werden: eine Methode, die besonders bei der finanziellen Gestaltung von Rüstungskäufen praktiziert wird. Zu Beginn wird mit Geschenken oder verhältnismäßig weich konditionierten Krediten (lange oder mittlere Laufzeiten, niedrige oder mittelhohe Zinsen) ein erheblicher Finanzbedarf in den rückständigen Ländern geweckt. Über kurz oder lang werden dann die Konditionen für neue Kredite verschärft, die nun mit kurzen Laufzeiten und hohen Zinsen aufgenommen werden müssen, um den entstandenen Finanzbedarf zu decken. Häufig werden neue Kredite nur aufgenommen, um die alten zurückzuzahlen. Schon heute gibt es Länder der Dritten Welt, bei denen nahezu das gesamte Volumen der eingehenden Gelder durch den Schuldendienst aufgefressen wird. Dabei wächst der Schuldenberg natürlich immens und mit ihm die Abhängigkeit von den Kreditgebern, den Industriestaaten.

> Die in den 50er und 60er Jahren aufgenommenen Kredite wurden zur Rückzahlung fällig. Die Entwicklungsländer merkten: Jeder Pfennig, den sie durch die Ausfuhr ihrer Produkte verdienten, floß sofort zur Tilgung von Schulden an die Industriestaaten zurück. Nichts blieb ihnen.
> ... Auf dem Weg über die Verschul-

> dung hatten die Industrienationen ihre ehemaligen Kolonien wieder in der Tasche. (S. 43 f.)

Hinzu kommen währungspolitische Raubzüge wie die Dollarabwertung. "Diese Abwertung zur Sanierung der amerikanischen, durch den Krieg gegen ein Entwicklungsland geschwächten Wirtschaft, bedeutete für die Länder der Dritten Welt einen Totalverlust von mehr als 3 Milliarden Dollar." (92) Denn nahezu alle ihre Finanzreserven bestehen in amerikanischer Währung.

Die Bedingungen des Welthandels, die "terms of trade", zeichnen sich dadurch aus, daß die Weltmarktpreise für Rohstoffe wie Baumwolle, Kakao, Erdnüsse, Kupfer, Zinn usw., deren Verkauf wegen der weithin fehlenden verarbeitenden Industrie die Haupteinnahmequelle der entwicklungsgehemmten Länder sein muß, äußerst niedrig ist und permanent weiter fällt. "1960 konnten wir für eine Tonne Kakao 1200 Kilo Zement kaufen. 1970 nur noch 300 Kilo, also gerade noch ein Viertel." (S. 29) Die Rohstoffpreise fallen, weil die Wirtschaft der meisten Länder - "verhängnisvolles Erbe der Kolonialzeit" (S. 31) - nur auf ein einziges oder einige ganz wenige Produkte gegründet ist. In Sambia und Chile auf Kupfer, in Panama und Ecuador auf Bananen, im Iran, Irak und in Venezuela auf Erdöl, in Burundi und Kolumbien auf Kaffee usw. (9) "Wir hatten nichts anderes. Wir mußten um jeden Preis verkaufen. Die reichen Länder konnten uns immer und immer wieder erpressen." (S. 31. Hervorhebung: hpö). Und zwar besonders deshalb, weil oft gleichzeitig mehrere "Entwicklungs"-Länder als Anbieter für ein Rohprodukt auf dem Weltmarkt erscheinen, die entweder schon von sich aus gegenseitig ihre Preise unterbieten oder die man gegeneinander ausspielen kann.

Bei den "terms of trade" kommt hinzu, daß die meisten Schiffahrtslinien in der Hand der Industrienationen sind und außerordentlich hohe Frachtraten verlangt werden; ein ebenfalls als Zeuge aufgebotener Holzhändler aus Gabun stellt das vor dem Gericht recht plastisch dar:

> Warum unser Verdienst so gering war ... Erstens, weil an unseren Bäumen noch einige kräftig mitverdienten. Vor allem die Reederei: Wenn ich, sagen wir, für 7000 Francs Holz verlud, kostete die Fracht nach Europa noch mal die Hälfte dazu, also 3500 Francs. Da gab's kein Handeln. Wir hatten immer nur die Freiheit, Ja und Amen zu sagen.
>
> 2. ANKLÄGER (Schwarzafrika)
> Hierzu, Euer Ehren, eine Erklärung: Die Reeder haben sich zu sogenannten Schiffahrtskonferenzen zusammengeschlossen, in denen sie die höchstmöglichen Frachtsätze festlegen und darauf achten, daß keiner von ihnen billigere Transporte anbietet. (S. 88)

All dies wird durch das Zwangsinstrument der Kreditpolitik noch verschärft:

> HOLZHÄNDLER (erbittert)
> ... Als ich mal von den Europäern einen Kredit bekam - Hilfe nannten sie das - und ich kaufte mir dafür einen Lastwagen, da zwangen sie mich, für den Transport nach Gabun eine von ihren teuren Schiffahrtlinien zu nehmen! War Bedingung! Obwohl mir's eine andere Gesellschaft viel billiger transportiert hätte! Wieder mußte ich sagen: Ja und Amen! (S. 88)

Den niedrigen Rohstoffpreisen stehen die teuren Fertigprodukte der europäischen, nordamerikanischen und japanischen Industrie gegenüber, die von den entwicklungsgehemmten Ländern eingeführt werden müssen, weil sie selbst über keine entsprechende Industrie verfügen. Das einzige, was wirklich "entwickelt" wird, ist die Kluft zwischen den Preisen, die Kluft zwischen Reichtum und Armut: "Die Preise für die ... ausgeführten Rohstoffe sanken, die Preise für dringend benötigte Industriegüter stiegen. So sehr Monsieur Zinsor und seine Arbeiter auch schufteten, diese Schere konnten sie nie schließen. Die Industrienationen waren immer die Stärkeren." (S. 89 f.)

Das dritte Ausbeutungsinstrument des gar nicht so neuen Neokolonialismus schließlich sind private Investitionen, die multinationale Firmen und Konzerne der Industrieländer in der Dritten Welt tätigen. Sie neigen dazu, neue Werke und Niederlassungen in die schon bestehenden Ballungszentren zu bauen, um Kosten für Infrastrukturmaßnahmen zu sparen und so ihre Profite zu sichern. Ebenfalls aus Profitgründen, nämlich um die Lohnkosten so niedrig wie möglich zu halten, sind die neuen Industrien oft hochgradig automatisiert. Zwischen ihrem technologischen Standard und dem eines rückständigen Landes klafft eine breite Lücke. Die wenigen Führungspositionen werden von Europäern besetzt, die einheimischen Hilfsarbeiter, von ihrer Armut zur Annahme jedweder Tätigkeit zu jedwedem Lohn erpreßt, werden miserabel bezahlt und können für ihr weniges Geld kaum lebensnotwendige Gebrauchsgüter kaufen, weil diese nur in

kleinen Kontingenten zu hohen Preisen angeboten werden (vgl. oben). Denn was die neuen Fabriken produzieren, richtet sich wiederum nicht nach den Bedürfnissen der breiten einheimischen Bevölkerung, sondern nach den Profitchancen des betreffenden Konzerns.

> Industrialisierung wollen wir. Ja! Aber welche? Das war der Punkt. Da kam dann aus einem europäischen Land jemand zu mir und sagte: Ich will hier eine Brauerei aufmachen. Wagte ich dann zu sagen: In unserem Entwicklungsplan ist vorgesehen: eine Fabrik für Ackergeräte, eine Fabrik für Kochtöpfe - dann lachte der nur und sagte: Ich mache Bier. Vollautomatisiert. Und in drei Jahren will ich soviel verdient haben, wie meine ganze Investition wert ist. Deshalb brauche ich Steuernachlass, klar? Und Zollschutz, damit hier kein anderes Bier eingeführt wird. - Ja, dann dachte ich nicht mehr an unseren Entwicklungsplan, sondern sagte: 30 neue Arbeitsplätze. Besser als nichts. (S. 32)

Der letzte Satz ist mehr als fraglich, denn diese Art von Industrialisierung fördert weder eine ausgewogene Infrastruktur, noch trägt sie etwas zur Vermittlung von "know how" an einheimische Arbeitskräfte, zu ihrer Gewöhnung an industrielle Produktionsweisen bei, noch schafft sie eine nennenswerte Zahl angemessen bezahlter Arbeitsplätze, die die Arbeitslosigkeit lindern helfen. Statt dessen schöpft sie Mehrwert ab, der in die Industrieländer transferiert wird, und strapaziert die natürlichen Ressourcen der Dritten Welt, vor allem deren Bodenschätze und Waldbestände. Sie lockt mehr und mehr Menschen in die Ballungszentren, die dort jedoch nur selten tatsächlich Arbeit finden, sondern in den riesigen Elendsgürteln der großen Städte, den "favellas" und "bidonvilles", dahinvegetieren müssen. Statt das Elend zu beseitigen, vertieft sie es noch.

> Nehmen wir das große Sao Paulo der 70er Jahre. Die Stadt mit dem schnellsten Wirtschaftswachstum der Welt! Hier arbeitete die Hälfte aller Industriearbeiter Brasiliens. 150 000 allein in deutschen Firmen, 400 an der Zahl. 4 Milliarden DM hatte bis 1971 die deutsche Industrie hier investiert ... Und dennoch: Nur ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung der Sechsmillionenstadt hat Arbeit. Vor 20 Jahren war es noch die Hälfte. Und von denen, die beschäftigt sind, verdienen 60 % unter 150 Mark im Monat. Trotz staatlicher Wohnungsbauprogramme hausen Abertausende in Hütten aus Brettern, Pappe und Wellblech. Und ebenso ist es in Caracas, Buenos Aires. Ebenso in vielen Großstädten Afrikas und Asiens.

Auch das Ausbeutungsinstrument der industriellen Investitionen wird durch die Kreditpolitik der Industriestaaten noch verschärft:

> 4. ANKLÄGER (Lateinamerika)
> ... Ein deutsches Großunternehmen baut ein Werk in Guatemala. Es verlangt dazu Hafen und Straßen. Die deutsche Bundesregierung gibt der Regierung von Guatemala einen Kredit. Und fordert: Ihr müßt zu 90 % deutsche Baufirmen beschäftigen. Wer hilft wem?
>
> V. BEESEKOW
> Nun ja: der deutsche Staat der deutschen Industrie.
>
> HAUPTANKLÄGER
> Das lassen Sie uns festhalten: Der deutsche Staat half der deutschen Industrie - und Guatemala wurde zum Schuldner.

Auch beim Thema "Neokolonialismus" entlarvt das Tribunal wiederum die Schutzbehauptungen der Angeklagten und Verteidiger. Die ideologische Funktion grundlegender Theoreme der bürgerlichen Nationalökonomie wird sichtbar gemacht; wir sehen hinter die Kulissen jener Begriffe und Theorien, mit denen die wirtschaftliche Ausbeutung der Dritten Welt "wissenschaftlich" gerechtfertigt wird. Das läßt sich gut am Beispiel der Behauptung zeigen, hohe Zinsen für Kredite seien notwendig, weil sie ein gewinnorientiertes, entwicklungsförderndes Wirtschaftsbewußtsein erzwingen und insofern selbst entwicklungsfördernd sind:

> 6. ANKLÄGER (China)
> ... Einige Länder, wie Tansania, hatten den langsamen Weg gewählt. Auch sie erhielten Kredite, z.B. von der Volksrepublik China, für einen Bahnbau, über 1 Milliarde Mark, rückzahlbar erst, wenn mit der Bahn genug Geld verdient ist - und ohne Zinsen natürlich. Was halten Sie davon, Herr von Beesekow?
>
> V. BEESEKOW
> Propaganda, Propaganda! Gerade den Zins halte ich nach wie vor für ein gutes Erziehungsmittel. Er zwingt den Kreditnehmer, das geborgte Geld so sinnvoll wie möglich einzusetzen.
>
> HAUPTANKLÄGER
> Was, Herr von Beesekow, halten Sie davon, daß man einem Land 6,5 Milliarden Mark als Entwicklungshilfe gegeben hat, wovon 5,6 Milliarden

nicht zurückgezahlt zu werden brauchten?

V. BEESEKOW
Wahnsinn! Der letzte Wahnsinn! Das ist geradezu eine Aufforderung zum Verplempern. Ich sage ja: Milliarden verpulvern ...

HAUPTANKLÄGER
Das Land war die Bundesrepublik, Euer Ehren. Es erhielt diese Summe nach dem 2. Weltkrieg aus dem Marshallplan. (S. 44)

Ideologisch sind auch die Schlagworte von der "Freiheit des Welthandels und der Meere" und vom "selbstregulierenden Marktmechanismus", die den entwicklungsgehemmten Ländern solidarische, nur politisch durchzusetzende Stützungsmaßnahmen für ihre Im- und Exportbilanz verbieten wollen: Die Industriestaaten und insbesondere die EWG-Länder selbst stützen ihre Landwirtschaft durch Schutzzölle und Subventionen ab, wodurch z.B. die Rohrzuckerproduzenten der Dritten Welt wieder einmal extrem benachteiligt werden. Rübenzucker aus europäischen Überschüssen wird sogar zu Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt gehandelt!

Schließlich geraten - bemerkenswert für eine unter dem Patronat der Kirche produzierte Sendung - sogar die karitativen Hilfswerke und ihre salbungsvollen Reden ins Schußfeld der Ideologiekritik, weil sie fehlende Unabhängigkeit und Gleichberechtigung durch Almosen ersetzen und auf diese Weise die Misere verlängern.

Man wird also kaum behaupten können, daß das "Tribunal 1982" Informationen unterdrückt oder verfälscht hätte, die zu radikaler Kritik herausfordern. Im Gegensatz zum überwältigenden Teil unserer Presse hat die Sendung solche Informationen nahezu vollständig enthalten - mit der einzigen Ausnahme vielleicht, daß zu wenig von den antagonistischen Klassenverhältnissen in den entwicklungsgehemmten Ländern selbst die Rede war. Die "neo"-koloniale Ausbeutung der Dritten Welt wird ja erst möglich durch die Handlangerdienste, die die nationalen Bourgeoisien dem ausländischen Kapital leisten. Dafür erhalten sie ihren privaten Anteil an den Gewinnen. Die Ausbeutung der Dritten Welt, die im internationalen Kapitaltransfer ihre Ursache hat, ist auf die politisch-militärische Unterdrückung der farbigen Völker durch die parasitären Oberklassen ihrer eigenen Länder angewiesen, denn schließlich ist die Unversehrtheit des transferierten Kapitals die Vorbedingung für seine Verwertung. Darauf geht im "Tribunal" nur eine kurze Diskussion ein, die die Ankläger zu Beginn des letzten Teiles unter sich führen. Jedoch haben Puhl und die verantwortlichen kirchlichen Stellen gut daran getan, in diesem Punkte nicht allzu ausführlich zu werden. Es besteht hierzulande nämlich ohnehin die Tendenz, allein den farbigen Völkern selbst die Schuld an ihrer Misere in die Schuhe zu schieben. Ideologische Wirrköpfe in den Zeitungsredaktionen stürzen sich zu jeder Gelegenheit mit wahrem Heißhunger auf jede Meldung, jeden Satz, die irgendwelche skandalumwitterten Mißverhältnisse in den "Entwicklungsländern" betrifft. Dabei wird journalistischer Spürsinn und eine Gründlichkeit an den Tag gelegt, die auch anderswo bitter nötig wäre. Über mangelnde Breite dieses Themas in der Presse braucht man sich jedenfalls keine Sorgen zu machen. Von den goldenen Betten, für die die Regierungen der "jungen Nationen" angeblich die "Entwicklungshilfe" verplempern, haben wir genug gehört. Das hat auch Puhl in seinem Text deutlich gemacht. Mit einigem Recht konnte er deshalb eine ausführlichere Darstellung der nationalen Bourgeoisien und ihrer Funktion anderen überlassen. Joseph Maria Hunck vom "Handelsblatt" beispielsweise hat sich prompt jene wenigen Stellen herausgepickt, die das "Tribunal" dazu brachte, und hieran seine ganze Kritik aufgehängt:

AFRIKA
Deutsche Privatschule in Luanda, Portugiesisch-Westafrika, sucht

junge ausgebildete Lehrkraft

für Unterricht bis zur 6. Klasse.
Luftpostzuschriften: **Traumann, Deutsches Generalkonsulat**, C. P. 1295, Luanda/Angola

Die Zeit vom 1.9.72

"Sind nicht Eure früheren Fehler die unsrigen Fehler von heute?", klagt ein Vertreter der Dritten Welt. "Verschwendung und Selbstherrlichkeit haben wir von Euch gelernt. Wir müssen auch die Handlanger bei uns anklagen." Ein Vertreter Afrikas weist darauf hin, daß seine Landsleute immer "friedliche Menschen und eins mit der Natur" gewesen seien. Wie kam es trotzdem zu blutigen Auseinandersetzungen in Nigeria oder im Kongo, wie passen die Maßnahmen des Generals Amin in dieses Bild?
...

> Eine ungleiche Einkommensverteilung gibt es auch in den Entwicklungsländern selber, weil dort harmonisierende Steuern, weil längst versprochene Bodenreformen nicht verwirklicht werden und weil schließlich die Bevölkerungsexplosion den Fortschritt immer eindämmen wird. Niemand leugnet, daß auch Industrieländer manches falsch gemacht haben. "Eine freie Weltwirtschaft mit menschlichem Gesicht" kann aber nur realisiert werden, wenn auch die Entwicklungsländer selber dazu nach Kräften beitragen. Das war bislang jedoch nicht ausreichend der Fall. (10)

Der ideologiekritische Kommentar zu diesen Argumenten steht im Matthäus-Evangelium, Kapitel 7: "Du Heuchler, zieh am ersten den Balken aus deinem Auge; darnach siehe zu, wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehest!"

Zu einer Kritik, die an die Wurzeln gesellschaftlicher Übel geht, gehören allerdings nicht nur unverfälschte und vollständige Informationen über herrschende Zustände, sondern auch eine Perspektive darauf, wie sie wirksam verändert werden können. Jede Perspektive dieser Art geht auf die vermuteten letzten Ursachen, die vermeintlich tragenden Elemente der Mißverhältnisse zurück und gibt vor dem Hintergrund solcher Prämissen unmittelbare Anweisungen oder auch nur indirekte Hinweise für die Praxis.

Im "Tribunal 1982" suchte sich die Argumentation der Ankläger stets in der persönlichen Schuld der Angeklagten ihr letztes Ziel. Immer wieder ist - wie es in einer Gerichtsverhandlung nicht anders erwartet werden kann - von dieser Schuld die Rede: Der Abgeordnete lädt sie sich auf, indem er an der Kredit-, Währungs- und Subventionspolitik der Bundesrepublik mitwirkt, der Im- und Exportkaufmann, weil er die ungerechten "terms of trade" an irgendeiner westdeutschen Warenbörse bestimmt, der Industrielle, weil er bei seinen Investitionen nicht an die sozialen Bedürfnisse der kolonialisierten Völker denkt, sondern an die Gewinnchancen seines Unternehmens. Darüber hinaus müssen auch diejenigen Angeklagten ihren Anteil an persönlicher Schuld auf sich nehmen, die die ideologische Verschleierung der neokolonialen Ausbeutung in der "öffentlichen Meinung" produzieren: "... diese 'öffentliche Meinung' war weit hinter ihrer Zeit zurück. Und das war nicht zuletzt die Schuld jener Männer, die heute hier auf der Anklagebank sitzen: Schuld des Verbandsvertreters, der nur für seine eigenen Interessen Propaganda machte, Schuld des Journalisten, der nur von goldenen Betten schrieb, Schuld des Pädagogen und Schuld des Kirchenmannes!" (S. 94) Sogar die Gewerkschaften und die Lohnabhängigen der Industrieländer kommen nicht ungeschoren davon; ein Entwicklungshelfer klagt sie vom Zeugenstand aus an:

> Entwicklungshilfe, Euer Ehren, Dienste in Übersee - schöne Sache. Klingt gut. Aber wer damals sowas machte, der paßte eigentlich nicht so richtig in die Landschaft. Rausgehen, große weite Welt - das gab's nur in der Reklame. Aber im übrigen zählte bei uns der Typ, der bei Antritt der Lehre fragte: Wie steht's mit der Altersversorgung? ... Als ich zurückkam, ging ich in die Firma, in der ich mal gearbeitet hatte. Die Kollegen - alle fein raus inzwischen. Höheres Gehalt, Wohnung, Auto - klopften mir auf die Schulter: "Na, im Urwald gewesen? Bananen geradegebogen?" (S. 112 f.)

Nicht nur ideologiekritische Kraft ist also in der Darbietungsform der Sendung als fiktive Gerichtsverhandlung angelegt, sondern leider auch die fatale Neigung, das Elend der Massen in der Dritten Welt bestimmten Personen anzuhängen. Verstärkt wird diese Tendenz, weil das Tribunal im Jahre 1982 stattfindet und dramatische Entwicklungen der Zukunft, die der Autor prognostiziert, auf angeblich freie Entscheidungen der Angeklagten zurückzuführen sein sollen, die in unserer heutigen Gegenwart des Jahres 1972 getroffen wurden. Dieser Ansatz muß schließlich darin gipfeln, das äußerste Mittel verändernder Praxis in moralischen Appellen an das Gewissen aller zu erkennen, sich in Zukunft anders zu entscheiden, anders zu verhalten.

Dabei spukt der in der Tradition des Deutschen Idealismus stehende Glaube an eine Öffentlichkeit durch die Sendung, aus deren freier Diskussion sich politische Alternativen entfalten und mit ein bißchen Aktivität von Bürgerinitiativen durchsetzen sollen. Die Ausbeutung der Dritten Welt wird angeblich nur noch solange stattfinden, bis die Leute anfangen, Versammlungen abzuhalten, "Filmvorführungen in den Schulen zu machen und die Parlamentarier solange mit Fragen zu bombardieren, bis die aufwachen." (S. 113 f.) Aber wird das wirklich genügen? Wenn Leo Brawand

sich hierüber amüsiert, schließen wir uns ihm an, auch wenn seine Motive ganz andere, konservative sind: "... die Anklage (ermunterte) den Menschen der nördlichen Halbkugel zu einer 'Erneuerung nach innen'. Und auf dieses Stichwort hin ließ sich der zunächst aufgeschreckte, von der Überzeichnung aber bald beruhigte Zuschauer endgültig erleichtert in den Sessel zurückplumpsen. Dieses unverbindliche Säuseln kennt er ja; vom Wort zum Sonntag." (11)

Denn wie groß ist der Entscheidungsspielraum der Angeklagten tatsächlich, den sie innerhalb der bestehenden kapitalistischen Strukturen ausnützen können? Wie weit können moralische Appelle allenfalls bringen? Betrachten wir noch einmal die angeklagten Hauptdarsteller des Neokolonialismus der Reihe nach: Der Abgeordnete würde unweigerlich die finanzielle und politische Unterstützung seiner Lobby verlieren, deren Interessen er im Parlament vertritt, falls er sich gegen die bisher praktizierte einträgliche Finanzpolitik zu stellen wagte. Dem Im- und Exportkaufmann liefen seine Kunden im eigenen Land davon, falls er für importierte Rohstoffe höhere Preise zahlen, für exportierte Fertigwaren niedrigere Preise verlangen würde als bisher. Seine Firma würde bankrott gehen, die Konkurrenz sich die Hände reiben. Ähnlich würde es dem Industriellen ergehen, falls er bei seinen Investitionen nicht zu allererst auf eine gewinnträchtige Spanne zwischen Produktivitätsfaktoren einerseits und Kosten andererseits achtete. Und wie steht es mit der Entscheidungsfreiheit des Journalisten, dessen Zeitschrift von der Industrie die Anzeigenaufträge gekürzt werden, falls sie statt Skandalgeschichten über Ölscheichs und farbigen Reportagen über die glänzenden Ergebnisse der deutschen "Entwicklungshilfe" unbeschönigte Berichte über die vergangenen und gegenwärtigen Verbrechen des Imperialismus bringt? Wie steht es mit der Entscheidungsfreiheit des Pädagogen, dem vom Kultusministerium seines Landes Lehrpläne vorgeschrieben werden, die bestimmt nicht gegen die Kapitalinteressen gerichtet sind? Wie steht es gar mit der Entscheidungsfreiheit des Arbeit-"Nehmers", weniger an seine Altersversorgung zu denken und beispielsweise in irgendeinem kirchlichen Entwicklungsdienst tätig zu werden, wenn er beim Stellenwechsel nicht einmal seinen betrieblichen Rentenanspruch mitnehmen kann? Offenbar konnten sich die Angeklagten in den gegebenen Verhältnissen gar nicht anders verhalten, als so, wie es ihnen im "Tribunal" als persönliches Versagen und persönliche Schuld vorgeworfen wird. Auch darin steckt Zynismus.

Freilich dürfen solche Einsichten in die objektiven Zwänge einer erwerbswirtschaftlichen Industriegesellschaft nicht zur deterministischen Rechtfertigung politischer Lethargie herhalten. Solchen ideologischen Gebrauch machen die Angeklagten und Verteidiger des "Tribunals" nämlich reichlich von ihnen.

> Hohes Gericht! Die Anklage hat heute viele große und gewaltige Worte bemüht: Soziale Gerechtigkeit, Partnerschaft, Frieden. Ich frage: Wozu? Wer eigentlich wollte das alles nicht? Auch diese Angeklagten wollten das! Doch es waren die Verhältnisse, die sich meist als stärker erwiesen!

Dieser Satz des Verteidigers mag für sich genommen durchaus richtig sein. Jedoch benutzt er ihn nur, um seine Mandanten zu entlasten und die "stärkeren Verhältnisse" auf sich beruhen zu lassen, anstatt sie als Wurzel des Übels zu erkennen; nur diese Erkenntnis könnte aber dazu führen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse und ihre inhumanen Auswirkungen von selbstbewußter werdenden Subjekten beseitigt werden.

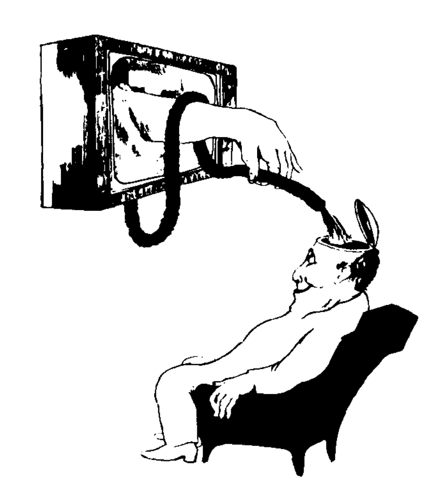
Anstatt an das Gewissen der Kapitalverwerter zu appellieren und ihre Moral zu heben, muß es gelten, die großen Kapitale selbst aufzulösen und damit den verhängnisvollen Zwang zum Profit, den sie ausüben. Es muß gelten, das große private Erwerbsvermögen in gesellschaftliches Vermögen zu verwandelns, damit es von nun an versorgungswirtschaftlichen Zielen unterstellt werden kann. Der ganze verdrehte Argumentationszusammenhang des "Tribunal 1982" offenbart sich in einem einzigen Satz des Hauptanklägers: "Welche moralische Ordnung stand hinter dem Einsatz der wirtschaftlichen Mittel? Welche Auffassung vom Sinn des Lebens?" (S. 132) Um eine wirkungsvolle, radikal verändernde Praxis in Gang zu setzen, hätte gerade umgekehrt gefragt werden müssen: Welche objektiven sozioökonomischen Verhältnisse stehen hinter dem Schein der moralischen Ordnung? Offenbar ist es das kapitalistische Produktionsverhältnis, nämlich das private Eigentum an immensen Erwerbsvermögen, das dahinter steht und die Ursache ist auch des Elends in der Dritten Welt.

Aber den Kapitalismus kann man nicht auf eine Anklagebank setzen, ihm ethi-

sches Ungenügen vorwerfen und dann vielleicht eine Geldstrafe auferlegen. Man muß ihn schon bekämpfen.

Über die Art und Weise dieses Kampfes seien dem Verfasser schließlich zwei kurze Bemerkungen erlaubt:

1. Wenn sein Ziel eine humane Wirtschaftsgesellschaft ist, die jedem erlaubt, seine echten Bedürfnisse frei zu entfalten und zu befriedigen, dann sollen seine Mittel diesem Ziel nicht widersprechen, sondern sie sollen seine Qualität bereits an sich haben, es partiell vorwegnehmen: nicht nur, damit verhindert wird, daß am Ende lediglich eine inhumane Klassengesellschaft die andere ablöst, sondern vor allem auch, weil nur daraus den Subjekten dieses gewiß langwierigen Kampfes die nötige Kraft erwachsen kann, das Kapital zu überwinden.
2. Der Hauptstoß der antikapitalistischen Kräfte soll sich stets auf die schwächsten Stellen des Systems konzentrieren. Das gilt sowohl für den Zeitpunkt wie für den gesellschaftlichen Ort wirkungsvoller Aktionen: Offene Klassenkämpfe werden erfolgreich nur unter Bedingungen geführt, wie sie die wiederkehrenden Krisenperioden des Kapitalismus mit sich bringen. (Krisen müssen nicht unbedingt die klassische Er-



scheinungsform unerträglich hoher Arbeitslosigkeit annehmen. Auch ein unerträglicher Grad der Umweltvergiftung oder ein unerträgliches finanzielles Siechtum der öffentlichen Hand, die dann ihren sozialpolitischen und versorgungswirtschaftlichen Aufgaben überhaupt nicht mehr nachkommen kann, sind als ihre Erscheinungsformen möglich.) Die Vorbereitung solcher Kämpfe im kulturellen Überbau, deren Hauptaufgabe es ist, eine möglichst große Zahl potentieller Genossen zu gewinnen, erfolgt aus den relativen Freiräumen heraus, welche die bürgerliche Kultur vereinzelt offenläßt.

Damit kehren wir zu unseren Anfangsüberlegungen zurück und stoßen auf eine Funktion, die Sendungen wie das "Tribunal 1982" trotz aller Schwächen für eine sozialistische Politik in der gegenwärtigen Situation haben können.

hpö

---

1) Zu den hier verwendeten Begriffen vgl. Hofmann, Werner: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Reinbek 1969 (rororo aktuell, Nr. 1149).

2) Vgl. Haug, Wolfgang Fritz: Kritik der Warenästhetik. Frankfurt/M. 1971 (edition suhrkamp, Nr. 513).

3) Vgl. Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Neuwied 1970 (Sammlung Luchterhand, Bd. 4).

4) Vgl. "blätter des iz3w", Nr. 13/14 (jan/febr 72), S. 2 ff.; Nr. 19 (okt 72), S. 12 ff.

5) Holzer, Horst: Massenkommunikation und Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1969 (Struktur und Wandel der Gesellschaft. Reihe B der Beiträge zur Sozialkunde, Nr. 7), S. 82 f.

6) Vgl. Davidson, Basil: Vom Sklavenhandel zur Kolonialisierung. Reinbek 1966 (Rowohlts deutsche enzyklopädie, Bd. 266/267).

7) "Der Spiegel", Nr. 49, 27.11.72, S. 169.

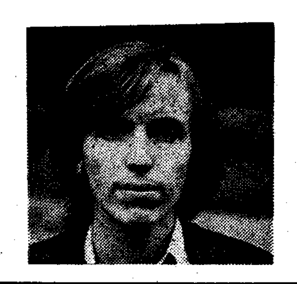
8) Vgl. "blätter des iz3w", Nr. 15 (märz 72), S. 36 ff.; Nr. 19 (okt 72), S. 12 ff.

9) Vgl. Tabelle zur Rohstoffabhängigkeit, in: "blätter des iz3w", Nr. 11/12 (nov/dez 71), S. 6 f.

10) "Handelsblatt", 14.11.72, S. 14.

11) "Der Spiegel", Nr. 49, 27.11.72, S. 169.

Alle im Text aufgeführten Seitenzahlen beziehen sich auf das Lesestück zur Fernsehserie "Tribunal 1982", dem das Drehbuch der Sendung zugrunde liegt: Puhl, Fritz: Zwei Welten im Zeugenstand. Nürnberg u.a.: Laetare u.a. 1972. Außerdem ist eine Materialsammlung zum "Tribunal 1982" erschienen: Puhl, Fritz: Tribunal 1982. Materialien zu einem kommenden Prozeß. Hannover u.a.: Schroedel u.a. 1972.



Rolv Heuers TV-Woche

Aussperrung ins Massengrab

Der drittgrößte Zinnproduzent der Welt ist das ärmste Land Südamerikas: Bolivien. Da gab es bis in die 50er Jahre Sklaverei, da gibt es bis heute Analphabeten — 80 Prozent der Bevölkerung. Durchschnittliche Lebenserwartung: 29 Jahre. Kindersterblichkeit im 1. Lebensjahr: 50 Prozent.

Hugo Banzer, Obrist und Präsident, Gewinner des 186. Putsches in der Geschichte Boliviens, bekennt sich zur katholischen Soziallehre, zu den Menschenrechten, zur Opposition, zur Pressefreiheit usw. Die absolute Freiheit, jajaja, und ihre Grenze findet sie eben im absoluten Terror. Regelmäßig kommt es zu Streikwellen, die ebenso regelmäßig mit Massakern an den Arbeitern enden. 300 Tote, 400 Tote — das sind die Ergebnisse bolivianischer „Tarifrunden". Angesichts dieser Verhältnisse formuliert Peter Forster, Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung", journalistische Gemeinheiten: „Die bolivianischen Minenarbeiter sind außerordentlich leicht *aufzuwiegeln.*" Da kämpfen Arbeiter ums Überleben, und die seriösen Berichterstatter der Freien Welt lassen sich Sticheleien honorieren.

Der Film „Johannisnacht '67", gedreht von einem Kubaner und einem Bolivianer, zeigt die Ereignisse vor und während der Johannisnacht in der Zinnmine Siglo XX. Er zeigt: Es gibt keine bessere (und keine andere) Agitation als die Wirklichkeit. Das ist Dokumentation im übertragenen Sinn: Die Überlebenden spielen die Ereignisse nach, die Hunderte ihrer Freunde und Verwandten *nicht* überlebten. Es begann mit einem Militärputsch und einer neuen Regierung, die sich mit Lohnkürzungen von 40 Prozent einführte.

Die Frauen beschweren sich bei den Minen-Managern: „Man kann unterernährten Kindern nicht Suppe aus Asche geben." Darauf wissen die Herren zu erwidern: „Immer dieselben Frauen, die protestieren kommen." Die Frauen greifen die scheinbar apathischen Minenarbeiter an: „Die Männer stehen rum, als seien sie Mumien." Die realistische Antwort: „Die Männer sind nicht feige. Sie sind unbewaffnet." Darauf treten die Frauen in den Hungerstreik. Nach sieben Tagen schickt die Regierung einen Vertreter. Geistreich bemerkt der: „Das ist kein Hungerstreik. Das ist ein geheimer politischer Streik. Ihr steht auf der Seite der Guerillas." Das, aus dem Mund der Schlächter Che Guevaras, ist das Todesurteil.

Dabei kämpfen die Arbeiter für nichts anderes als die Zahlung rückständiger Löhne. Sie fordern keine neuen Rechte, sie wagen nur an die zu erinnern, die ihnen weggenommen wurden. Am Johannistag '67 feiern sie ihr traditionelles Fest. Mit den Resten von Wein, mit der Erinnerung an Fröhlichkeit. Sie singen: „Ich habe dich in Erinnerung. Und ich sage: Mein Bolivien, wie entrückst du mir." In den Gesang fallen die Schüsse.

Der Lohn, der den Arbeitern fortwährend gekürzt wird, finanziert die Gewehre, mit denen sie erschossen werden. Das Zinn, das die Arbeiter aus dem Boden reißen, wird ihnen mit Blei vergolten. Die Löcher, die sie in der Erde zurücklassen, werden mit ihren Leichen gefüllt. Sie streiken — und sie werden ins Massengrab ausgesperrt. Denn zu den Fundamenten des Wohlstands der Ersten Welt gehören die toten Arbeiter der Dritten Welt.

Das ist die Anpassungsfähigkeit des Kapitals: Während es in den hochentwikkelten Industrieländern schön tut und von „sozialer Verantwortung des Managements" schwätzt und die Notwendigkeit, sich über den Massenkonsum zu realisieren, als „Wohlstand" verkauft, erscheint es in den Entwicklungsländern ganz sachlich, „rational", in den nacktesten Formen der Ausbeutung. Wichtig für uns ist dabei zu begreifen, auf welche Weise der scheinbar ferne Klassenkrieg in unserem scheinbar nahen „Arbeitsfrieden" enthalten ist.

Immerhin schaffen es die führenden kapitalistischen Länder, voran die USA, mit einem Einsatz von nur 0,5 Prozent ihres Bruttosozialprodukts als Entwicklungshilfe, zehn Prozent des Volkseinkommens der Entwicklungsländer zu enteignen. Dieser ungeheure legale Raub wird von den faschistischen Regierungen der Entwicklungsländer gesichert, die für ihren Anteil an der Beute ihre Länder verscherbeln.

Die Ausbeutung per Entwicklungshilfe funktioniert arbeitsteilig: Über Steuern aufgebrachte staatliche Kapitalien (Arbeitergeld!) bauen die Infrastruktur der betroffenen Länder aus, das sind die Fluchtwege, über die dann das privat investierte Kapital seine Beute außer Landes schaffen kann. Um diesen Abtransport in den Freien Westen zu sichern, wird ein Drittel der Entwicklungshilfe als Militärhilfe „gewährt". Im Film war das Kapital der Entwicklungshilfe exakt repräsentiert: 1. in den rückständigen Anlagen der Zinngruben, in denen die Arbeiter verheizt werden,

2. in den Gewehren mit denen die Streikenden erschossen werden,

3. in dem VW-Bus, der ihre Leichen abtransportiert.

So genau der Film ist, so ungenau ist seine (um ein wichtiges Drittel gekürzte) Aufbereitung fürs Fernsehen. Die entstehenden Gefühle werden entweder von der Stichflamme der Empörung aufgezehrt (danach ist einem wohler) oder zu warmem Mitleid mit den Unterdrückten veredelt (dann kommt man sich nicht unanständig vor). „Dieses Volk hat für viele Ideale und für wenig Brot gelitten" — dies Schlußwort des deutschen Kommentars verhöhnt ein Land, in dem es für den größten Teil der Bevölkerung das einzige, und fast unerreichbare, Ideal ist, sich satt zu essen.

Der emotionale Rohstoff, den solche Filme produzieren, darf nicht durch ihre Präsentation zwischen Ringo Starr und Chopin verderben; darf nicht zur Befriedigung über die Freiheit der Information, die hier offensichtlich möglich ist, entwertet werden. Sondern diesen emotionalen Rohstoff müssen wir verarbeiten zu hochwertigem, kaltem, haltbarem Zorn: Das Kapital mordet für Zinn. In Bolivien produziert es tote Arbeiter. Hier produziert es Fernsehapparate, in denen man die toten Arbeiter besichtigen kann.

Die Arbeiter werden mit Gewehren und Fernsehern in Schach gehalten. Sie müssen begreifen, daß die Gewehre im Fernseher *auf sie* gerichtet sind. Und, daß sie das mit Abschalten nicht abschalten können. □

aus: "Konkret", 28.11.72

Privatinvestitionen

und verschleiert

und verschleiert

und verschleiert, ...

Unser Leser, der Lehrer K.H. Welder, plante in der 10. Klasse einer Realschule eine Unterrichtseinheit über ausländische Privatinvestitionen in Entwicklungsländern am Beispiel von VW do Brasil. Als Material dazu diente ihm u.a. das vom iz3w herausgegebene Papier "Konzerne der BRD in Brasilien", in welchem auch eine Zusammenstellung von Daten und eine Stellungnahme zu VW do Brasil enthalten sind. Dieses Papier schickte Herr Welder an VW-Wolfsburg zur Stellungnahme (man muß ja beide Seiten hören) und erhielt daraufhin den im folgenden abgedruckten Brief. Herr Welder bat das iz3w um Veröffentlichung und Kommentierung dieses Briefes. Dieser Bitte kommen wir hiermit gerne nach.



VOLKSWAGENWERK

AKTIENGESELLSCHAFT

Telefon: Wolfsburg (05361) Sammelnummer 221 oder bei Durchwahl: 22 3130

Fernschreiber: 09 58461 vwwg

Telegramme: Volkswagenwerk-Wolfsburg

Postscheck: Konto 1510 Hannover

Bankkonten: Commerzbank AG, Wolfsburg
Deutsche Bank AG, Wolfsburg
Dresdner Bank AG, Wolfsburg
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Braunschweig

PRESSEABTEILUNG

3180 WOLFSBURG

3. November 1972
RMa/Ri

Sehr geehrter Herr Welder,

vielen Dank für Ihren Brief vom 17. Oktober. Es ist sehr freundlich von Ihnen, daß Sie uns Gelegenheit geben, Ihnen Fakten zu schildern und Unwahrheiten, die offensichtlich nicht ohne Absicht in der Öffentlichkeit verbreitet werden, zurückzuweisen.

Lassen Sie uns zunächst auf die Behauptungen in der Schrift des "Informationszentrum Dritte Welt" eingehen, die im wesentlichen kritiklos aus dem SPIEGEL abgeschrieben sind. Wir wollen dabei die Situation zugrunde legen, wie sie zum Zeitpunkt vorherrschte, als der Artikel erschien. Es ist selbstverständlich, daß sich die Lage in den vergangenen drei Jahren noch bedeutend verbessert hat.

Die Kritik, die der Generalsekretär der Metallarbeiter-Organisation von Sao Bernardo do Campo angeblich im Juni 1966 auf dem Kongreß des Internationalen Metallarbeiter-Bundes (IBM) in Detroit geübt hat, ist uns nicht bekannt. Jedoch gibt es in jeder Gießerei erschwerte Arbeitsbedingungen, sei es in Deutschland oder in Brasilien. Die Volkswagen do Brasil beachtet dieselben Sicherheits- und Hygienevorschriften wie sie in den deutschen VW-Werken festgelegt und üblich sind. Dabei wird bei unserer brasilianischen Tochtergesellschaft in Anbetracht der klimatischen Verhältnisse ein besonders starker Maßstab angelegt.

Der monatliche Durchschnittsverdienst der Angestellten und Arbeiter der Volkswagen do Brasil lag damals bei DM 637,-. Er beträgt heute ca. DM 860,-. Unsere Tochtergesellschaft zahlt im Durchschnitt das 6fache des von der Regierung für die Region Sao Paulo festgelegten Mindestlohnes. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Umrechnung des Cruzeiros mit dem jeweils gültigen Kurs kein aussagefähiges Bild über die Kaufkraft in Brasilien bietet.

Umsatzvergleiche pro Beschäftigten zwischen Deutschland und Brasilien kann man nicht anstellen. Die Preise in Brasilien werden in wesentlich stärkerem Maße von Umsatz- und Konsumsteuern beeinflußt als das in Deutschland der Fall ist. Zum fraglichen Zeitpunkt betrug die Konsumsteuer beim Pkw 24 %, die Umsatzsteuer 17 %. Die steuerlichen Belastungen eines Wagens gerechnet auf den Produktionswert überschreiten also in Brasilien bei weitem die in der Bundesrepublik. Aufgrund der dortigen hohen Verbrauchssteuerbelastungen müssen sich zwangsläufig - unter der Voraussetzung gleicher Bedingungen - höhere Umsatzwerte pro Beschäftigten ergeben.

Die Volkswagen do Brasil hat ein umfangreiches Sozialprogramm zum Wohle ihrer brasilianischen Mitarbeiter verwirklicht. Diese Sozialeinrichtungen überschreiten bei weitem die gesetzlichen Erfordernisse. So gewährt unsere brasilianische Tochtergesellschaft kostenlos ärztliche und zahnärztliche Behandlung für die Belegschaft und ihre Familien, Krankenhausaufenthalt inbegriffen. Sie übernimmt den größten Teil der Kosten für die im Werk ausgegebenen Mahlzeiten. Darüber hinaus richtete sie eine Konsumgenossenschaft ein, in der die Werksangehörigen Lebensmittel, Textilien, Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände sowie Grundstücke und Baumaterial zu günstigen Preisen erwerben können.

All dies kennzeichnet die Bemühungen der Volkswagen do Brasil, ihren Mitarbeitern und deren Angehörigen sowohl auf dem wirtschaftlichen als auch auf dem sozialen Sektor die bestmöglichen Leistungen zu geben. Sie ist in dieser Hinsicht nicht nur für Brasilien sondern für ganz Lateinamerika Vorbild. Von einer "Ausbeutung" des brasilianischen Arbeiters zu sprechen, ist in Anbetracht dieser Tatsachen schlichter Unsinn.

Selbstverständlich ist das Volkswagenwerk bestrebt, in Brasilien angemessene Gewinne zu erzielen, was schließlich auch für die Weiterentwicklung des Unternehmens und die Sicherung der dortigen Arbeitsplätze notwendig ist.

Es ist zu bedauern, daß bei vielen Veröffentlichungen über unser Engagement in Brasilien die Verfasser - zumeist schlecht informiert - mit vorgefaßter Meinung schreiben, wobei neben der Tendenz auch noch viele sachliche Fehler festzustellen sind. Es wird dabei im allgemeinen übersehen, daß ein kommerzielles Unternehmen bei seinen Investitionen in Entwicklungsländern eindeutig nicht durch die Absicht, Entwicklungshilfe zu leisten, motiviert wird. Trotzdem gehen von diesen Investitionen wichtige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung des Anlagelandes aus. Bei der Betrachtung einer Beteiligung im Ausland kann doch die Frage

nur lauten: Ist es ein Vorteil oder ein Nachteil für das betreffende Land und seine Bevölkerung? So gesehen kann es auch für den schärfsten Kritiker nur eine Antwort geben.

Mit freundlichen Grüßen

V O L K S W A G E N W E R K
Aktiengesellschaft
i.V.
gez. Maletz

Kommentar der Redaktion der "blätter des iz3w"

Zunächst stellen wir erfreut fest, daß VW versucht hat, zu dem zugesandten kritischen Material Stellung zu nehmen. Das erfreut uns deswegen, weil sich das große Volkswagenwerk noch vor einem Jahr (trotz mehrfacher Bitten) nicht in der Lage sah, zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion über VW do Brasil an der Universität Münster einen Vertreter zu entsenden.

Doch nun zu dem Brief: Herr Maletz, der Schreiber des Briefes, behauptet, die in dem vom iz3w herausgegebenen Papier (im Abschnitt über VW do Brasil) enthaltenen Aussagen seien "im wesentlichen kritiklos aus dem 'Spiegel' abgeschrieben". Tatsache ist, daß in diesem Artikel über VW do Brasil insgesamt 25 Aussagen und Zahlenangaben mit der Angabe von Quellen belegt sind. Von diesen 25 Quellenangaben beziehen sich lediglich 3 auf den besagten Spiegel-Artikel (Nr. 51/1969). Von "im wesentlichen ... abgeschrieben" kann also gar keine Rede sein.

Zwei dieser dem Spiegel-Artikel entnommene Aussagen versucht Herr Maletz im folgenden zu widerlegen.

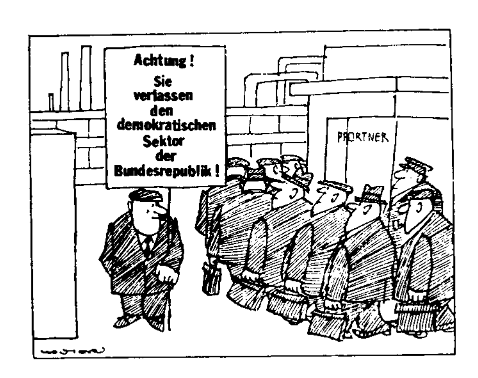
Zum ersten Punkt (der Kritik des Generalsekretärs der Metallarbeiter-Organisation) erklärt Herr Maletz zunächst, diese Kritik sei ihm unbekannt (was wohl etwas fragwürdig sein dürfte, denn ein Konzern wie VW ist ja vermutlich in seiner Informationsbeschaffung nicht nur auf Provinzzeitungen angewiesen). Zum Vorwurf des Generalsekretärs, daß "in der VW-Gießerei Erkrankungen der Atmungsorgane an der Tagesordnung" seien, nimmt Herr Maletz nicht konkret Stellung. In seiner allgemeinen Entgegnung widerspricht er sich zudem, wenn er zunächst sagt, bei VW do Brasil würden "dieselben Sicherheits- und Hygienevorschriften wie in den deutschen VW-Werken" beachtet und im nächsten Satz behauptet, daß dabei aber "ein besonders starker Maßstab" angelegt würde. Was ist nun richtig? "Dieselben Sicherheitsvorschriften" oder "ein besonders starker Maßstab"? Und was wäre, wenn selbst dieser "besonders starke Maßstab" für die brasilianischen Klimaverhältnisse nicht ausreichte und trotzdem "Erkrankungen der Atmungsorgane an der Tagesordnung" wären? Dieser Vorwurf hätte also nur durch Angabe konkreter Zahlen über derartige Erkrankungen bei VW do Brasil (evtl. im Vergleich zu VW-Wolfsburg) entkräftet werden können. So aber bleibt der Vorwurf unwiderlegt.

Zum zweiten Punkt: Hier war in dem Spiegel-Artikel behauptet worden, daß der Umsatz pro Beschäftigten (1) bei VW do Brasil wesentlich höher liege als bei VW-Wolfsburg und daraus wurde gefolgert, daß der Gewinn, den VW do Brasil an dem einzelnen Arbeiter erziele, wesentlich höher sei als in der BRD.

Hier hat Herr Maletz in seiner Kritik insoweit recht, als derartige Vergleiche des Umsatzes pro Beschäftigten in der Tat sehr problematisch sind. Um solche Vergleiche sinnvoll (und damit die Schlußfolgerungen richtig) zu machen, sind genaue Untersuchungen darüber nötig, wie sich der Umsatz eines Unternehmens im einzelnen zusammensetzt (also Anteile von Materialkosten, Arbeitskosten, Steuern, Gewinnen etc.). Hier hat also der Schreiber des Spiegel-Artikels sehr wenig sorgfältig gearbeitet und diese Passage hätte folglich auch nicht in dem vom iz3w herausgegebenen Papier übernommen werden dürfen. Ob allerdings die Schlußfolgerun-

gen (daß nämlich ein brasilianischer Arbeiter für VW profitabler sei als ein deutscher) falsch ist, läßt sich damit noch nicht mit Sicherheit sagen und auch Herr Maletz läßt in seinem Brief diese Frage offen. Er äußert sich dazu gar nicht, sicherlich darf er es nicht oder er erfährt die entsprechenden Zahlen selbst nicht. (Auch die Redaktion kann diese Frage im Augenblick nicht endgültig beantworten. Die in den letzten Jahren aber im Vergleich zu VW-Wolfsburg äußerst günstige Gewinnlage von VW do Brasil spricht eher für als gegen die Richtigkeit der Vermutung, daß der erzielte Gewinn pro Arbeiter bei VW do Brasil höher als beim Wolfsburger Mutterwerk ist.)

Auch die dritte Aussage, die in dem iz3w-Papier aus dem Spiegel-Artikel übernommen worden war, läßt Herr Maletz unerwähnt. Dort war gesagt worden, daß die 60 %ige Tochter von VW do Brasil, VEMAG, die niedrigsten Löhne in der brasilianischen Metallindustrie zahle, daß sie sich als gewerkschaftsfeindlich erwiesen habe und daß sie u.a. Militärfahrzeuge baue.



Stattdessen verbreitet sich Herr Maletz über die Sozialeinrichtungen von VW do Brasil. Eine Kritik an diesen Einrichtungen wäre hier fehl am Platze.

Ganz entschieden muß man sich aber gegen die Behauptung wenden, hier würden von dem Unternehmen VW do Brasil (ganz oder teilweise) kostenlose Leistungen an die Arbeiter erbracht. Darf man Herrn Maletz fragen, wer denn diese Kosten trägt? Werden diese Kosten etwa nicht von denjenigen getragen, die die Werte in diesem Betrieb (also die VWs) schaffen? Hat ein kapitalistisches Unternehmen denn noch andere finanzielle Mittel außer jenen, welche ihm durch den Verkauf der von den Arbeitern produzierten Waren zufließen? Etwa ein großzügiger Spender im Hintergrund? Nein, Herr Maletz, was Sie da verbreiten ist blanke Ideologie!

Richtig dagegen ist: die Unternehmensleitung von VW do Brasil besitzt die Gnade, ihren Arbeitern einen Teil der von ihnen geschaffenen Werte in Form von "kostenlosen" Sozialleistungen zukommen zu lassen. Allenfalls, wenn man sich keine andere als die kapitalistische Produktionsweise vorstellen kann, handelt es sich hier um Großzügigkeit von VW do Brasil. Herr Maletz würde diese Argumentation vermutlich als "Ideologie" zurückweisen (zu Anfang seines Briefes spricht er von Unwahrheiten, die angeblich in dem iz3w-Papier enthalten sind). Aber Herr Maletz sollte doch nicht das als Ideologie anderer Leute bezeichnen, was lediglich sein eigener Mangel an Phantasie ist!

Herr Maletz meint zum Schluß seines Briefes, auch die "schärfsten Kritiker" müßten eigentlich die ausländischen Direktinvestitionen befürworten. Da ihm in der Presseabteilung von VW ja wohl nichts anderes zu meinen übrig bleibt (schließlich ist er ja auch etwas ähnliches wie ein Lohnabhängiger), wollen wir hier schließen.

Die Redaktion

---

1) Der Umsatz pro Beschäftigten wird ermittelt, indem der Preis aller verkauften Waren (= Umsatz), hier also der Preis aller verkauften VWs, dividiert wird durch die Anzahl der in dem betreffenden Unternehmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Zur prinzipiellen Diskussion der Problematik ausländischer Direktinvestitionen in der Dritten Welt vgl.:
F. Hemmerich, Die Rolle der westlichen Konzerne im Wirtschaftsprozeß der Entwicklungsländer; gegen Voreinsendung von DM 1,30 (in Briefmarken) beim iz3w zu beziehen.

Das hier erwähnte Papier "Konzerne der BRD in Brasilien" kann ebenfalls beim iz3w gegen Voreinsendung von DM 1,2o (in Briefmarken) bezogen werden.

Tansania — Modell für die Dritte Welt?

Warum auch im Lande Nyereres die Entkolonisierung erst begonnen hat

Die Meldungen, Staatschef General «Idi» Amin von Uganda habe Tausende von Indo-Pakistani mit britischem Pass des Landes verwiesen, wurden in unsern Landen von Berichterstattern, Fernsehkonsumenten und Zeitungslesern mit Kopfschütteln quittiert. Einmal mehr schien sich augenfällig zu bestätigen, wie wenig die jungen afrikanischen Staaten mit ihrer Unabhängigkeit zu Rande kämen. Amin, einst vielgefeierter «Retter Ugandas» vor den Linksideen seines Vorgängers Obote, wurde zum Exponenten einer irrationellen, letztlich selbstmörderischen Politik hochstilisiert und seine Vergangenheit als Armee-Boxmeister dermassen strapaziert, dass er in den Augen des normalen Bildungsbürgers als tollpatschiger Kraftmeier moralisch erledigt war.

Kurzes Gedächtnis

Mit solchen Klischees operieren unsere Massenmedien noch erschreckend häufig, wenn sie Wirtschaft und Politik im «freien Afrika» kommentieren. Sie berichten mit Vorliebe von Staatsstreichen, Stammesfehden, Grausamkeiten gegen Häftlinge, Bankrott der Staatsfinanzen und von Regierenden, die es sich wohl ergehen lassen. Zuweilen wird auch eine «rückständige, apathische Landbevölkerung» heraufbeschworen. Und man fragt, ob nicht die traditionale Mentalität der Afrikaner ein schier unüberwindliches Hindernis sei, um den Sprung aus dem Leben im «Busch» in eine hochkomplizierte moderne Staats- und Wirtschaftswelt zu schaffen.

Es ist noch nicht allzu lange her, da bediente man sich ähnlicher Vorurteile, um eine bestimmte Herrschaftsform über die «Eingeborenen» zu legitimieren ... Weiss Gott, die Zustände vielerorts in Afrika sind nicht eben geordnet. Doch wer sich darüber entsetzt, hat ein *kurzes Gedächtnis:* Der Schatten des «weissen Mannes» ist zwar ein bisschen kleiner geworden, aber er fällt immer noch lang. Beispielsweise in *Tansania* ...

Tansania als Ideal?

Die ostafrikanische Republik zwischen Viktoriasee und Indischem Ozean hat wenig Stoff für Skandalgazetten geliefert. Dafür ist sie zum Treffpunkt einer wachsenden Zahl von *Polittouristen* geworden. Sie sind angetan vom *Gesellschaftsideal Tansanias,* das irgendwo zwischen Maos China und dem Schweden von Olaf Palme angesiedelt ist, sie befürworten seine blockfreie Offenheit nach Ost und West, stimmen den Nationalisierungsmassnahmen zu und sind begeistert von der «sozialistischen Anbauschlacht» auf dem Land, wo Bauern in Gemeinschaftsdörfern eine neue Lebensform zu verwirklichen suchen. Die meisten kehren um viele Erfahrungen reicher und um ein paar Illusionen ärmer zurück. Ist der «Geist des Sozialismus» in Tansania ein brausender Wind? Schon eher ein Feuer auf Sparflamme, urteilen manche. Vielleicht unterschätzen auch sie das *koloniale Erbe,* das es zu überwinden gilt.

So oder so, *Tansania ist zu einem Paradigma für die Härte des wirtschaftlichen und sozialen Unabhängigkeitskampfes geworden, der viel schwerer zu gewinnen sein dürfte als der politische.* Hartnäckige koloniale Mythen sind entzaubert worden, doch die wirkliche Entkolonisierung hat erst begonnen.

Tansania existiert eigentlich erst seit dem 29. 10. 1964. An diesem Tag vereinigte sich *Tanganyika* mit den Inseln *Sansibar* und Pemba (ehemals britisches Protektorat; Unabhängigkeit 1963) zur Republik *Tansania.* Die Union blieb prekär, weil die Gewürznelkeninsel Sansibar eine innenpolitische Integration verweigerte. Sie hat die bedeutenden wirtschaftlichen Neuerungen auf dem Festland nur marginal mitgemacht. Tanganyikas Grenzen jedoch waren das Ergebnis einer Absprache zwischen den Kolonialmächten. Die Berliner Konferenz von 1885 sicherte den deutschen Herrschaftsanspruch auf Tanganyika, das den Grundstock von *Deutsch-Ostafrika* bildete. Vier Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ging Deutschland seiner überseeischen Besitzung endgültig verlustig: 1922 wurde Tanganyika dem *britischen Kolonialimperium* einverleibt. Widerwillig nur nahmen die Briten eine Oberaufsicht des Völkerbundes, später der UNO in Kauf.

Im Schatten Kenias

Hatten die Deutschen die Ansiedlung Weisser auf grossen Plantagenbetrieben systematisch gefördert (1913 beschäftigte man 172 000 Lohnarbeiter in der Landwirtschaft, 1968 noch 109 000!), so behandelte Grossbritannien Tanganyika vorerst sehr stiefmütterlich. Es bevorzugte das benachbarte *Kenia,* in das man bedeutende Gelder zur Stützung der zahlreichen weissen Farmer pumpte. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg gedieh die infrastrukturelle Erschliessung wenig über den Stand von 1914 hinaus: Tanganyika war als Kapitalanlage und als Markt für europäische Produkte kaum gefragt. Erst 1946 entstanden nennenswerte landwirtschaftliche Rahmenpläne, um den englischen Bedarf an Fetten (Erdnüsse), Stimulantien (Kaffee, Tee) und Rohstoffen für die Textilindustrie (Baumwolle) gegen die amerikanische und europäische Konkurrenz abzusichern.

Der Mangel an umfangreichen Bodenschätzen und die rein administrative und kommerzielle Funktion der Städte liessen nur eine mässige Urbanisierung zu. Der Einfluss Europas ging von zwei «Inseln» aus, die beide aufgrund der Völkerbunds-Treuhandschaft international besetzt waren: *von Missionen und Grossfarmen.* Das — rudimentäre — Schulwesen wurde fast ausschliesslich von Missionen betreut, in der Absicht, den einheimischen Priester- und Lehrernachwuchs zu fördern. Geschulte Afrikaner wurden auch für die unteren Stufen der Kolonialverwaltung herangezogen. Engländer, Buren, Griechen, Asiaten, Deutsche, Holländer, Italiener und Schweizer (!) führten die ehemals gänzlich deutschen Plantagenbetriebe weiter und bauten darauf Sisal, Tee, Tabak, Pyrethrum und Kaffee an oder hielten grosse Viehherden. Vor allem die *Sisalfaser* (Herstellung von Tauen u. ä.) war auf dem internationalen Markt gefragt, derart, dass Tanganyika bald mehr als die Hälfte der gesamten Weltproduktion herstellte.

Da die Briten misstrauisch waren und die internationale Aufsicht sie störte, dehnten sich die Plantagenbetriebe bedeutend weniger aus als in Kenia. 1960 befand sich nur ein Prozent des Bodens in europäischen Händen; darauf wurden aber 50 Prozent des Agrarexports erzeugt. In mässigem Rahmen stellte man dazu saisonweise afrikanische Wanderarbeiter ein, die von ihrem Hungerlohn das nötige Geld für Steuern, Brautpreis, Schulung der Kinder und Beschaffung der Kleider zusammensparten. Doch wie sehr sich auch die europäischen Farmer bemühten — zur politisch beherrschenden Gruppe wie in Südafrika, Rhodesien, in Portugals Kolonien und teilweise in Kenia wurden sie nicht.

Die tansanische Bevölkerung blieb *eine der ärmsten Afrikas;* dennoch errang sie gegen Farmer und Kolonialadministration die Unabhängigkeit.

Tüchtige Bauern ...

Das wohl hartnäckigste und ungerechteste koloniale *Vorurteil* ist der Mythos von einer phlegmatischen, unflexiblen und rückständigen afrikanischen Landbevölkerung. Doch in Tansania wie anderswo (vor allem Westafrika) lässt sich nachweisen, dass die Bauern mit ihren beschränkten Mitteln — der Kontrolle durch die Kolonialverwaltung entzogen — *grosse wirtschaftliche Erfolge* errungen haben. Tansanias Entwicklungsprogramm hebt sich gerade dadurch von andern ab, dass es den geschundenen und verachteten Bauern zu rehabilitieren versucht. Dieser Zug zieht sich wie ein roter Faden durch seine Geschichte.

Durch Landmangel gezwungen, begannen in den zwanziger Jahren afrikanische Bauern um den Kilimandscharo (wo zahlreiche weisse Ansiedler Land «erworben» hatten) und westlich des Viktoriasees (wo Ueberbevölkerung herrschte), *Kaffee* anzubauen und an Händler zu verkaufen, um etwas Geld zu verdienen. Früh schon organisierten sie ihre eigenen *Vermarktungsgenossenschaften* — mit dem Erfolg, dass heute die grössten dieser Genossenschaftszentralen die umsatzstärksten rein afrikanischen Betriebe Schwarzafrikas sind. Dank günstigen Weltmarktpreisen und wider den britischen Druck dehnten die Sukuma um Mwanza (südlich des Viktoriasees) nach dem Zweiten Weltkrieg ihre *Baumwollfelder* aus; Baumwolle ist heute mit Kaffee die wichtigste landwirtschaftliche Devisenquelle Tansanias.

Gerade im Sukumaland hatten die britischen Kolonialherren versucht, durch einen *harten Rahmenplan* die einheimische Baumwollproduktion anzuheben. Alles schrieben sie dem Bauern vor: Welches Produkt er anzubauen habe, mit welchen Terrassen und Furchen die Bodenerosion zu bekämpfen sei, wieviel Kühe man besitzen dürfe und wie man sie weiden müsse ...

... wehren sich

Diese Vorschriften lösten *heftige Opposition* aus, die sich vereinzelt bis zur zivilen Gehorsamsverweigerung steigerte. Die Unzufriedenheit entlud sich vorerst nur lokal gegen Uebergriffe der Kolonialverwaltung in ureigenste Entscheidungsbereiche der Bauern; überall auf dem Land gab es vereinzelte Unruhezonen. Unter Anführung von Genossenschaftsleadern, Händlern, Lehrern, afrikanischen Angestellten der Kolonialadministration und Vorsitzenden von urbanen Stammesverbänden weitete sich die Opposition zur *nationalen Unabhängigkeitsbewegung* aus, die am 7. 7. 54 in der Gründung der *«Tanganyika African National Union» (TANU) einen* vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Präsident wurde ein gewisser *Julius K. Nyerere*, Sohn eines *«chiefs»* aus dem Zanakivolk am Viktoriasee, Missionsschüler und überzeugter Katholik, Absolvent der Universitäten Kampala (Uganda) und Edinburgh, danach Mittelschullehrer in Tabora und Dar es Salaam. (Der Suaheli-Ausdruck für Lehrer, *«mwalimu»*, ist zum gängigen Ehrentitel für Nyerere geworden. Suaheli ist übrigens seit 1967 offizielle Landessprache.)

Die TANU verlangte einen schrittweisen Uebergang zur Selbstbestimmung und allgemeine Wahlen. Der Begeisterung der Landbevölkerung, die auch lokale TANU-Verbote überdauerte, war die Kolonialverwaltung nicht gewachsen. 1958/59 und 1960 errang die Partei überwältigende Wahlsiege gegen eine kolonialtreue Splittergruppe. Am *1. Mai 1961* erlangte Tanganyika die interne Autonomie, ein paar Monate später, am *6. Dezember*, die volle Unabhängigkeit.

Die Führungsschicht des neuen Staates kam aus einer kleinen Mittelschicht, die sich nicht mit der Kolonialmacht kompromittiert hatte und die auf ihre Volksverbundenheit pochte. Wohl erstrebte sie eine rasche Afrikanisierung in Administration und Wirtschaft, übte sich aber in der Kunst des Masshaltens, was ihr in westlichen Ländern hohes Lob eintrug.

Sie legte den Akzent auf die Mobilisierung der Bevölkerung zum wirtschaftlichen *Aufbau der Nation.* Mittels Selbsthilfeaktionen und geringen staatlichen Subventionen sollte Tanganyika langsam in ein blühendes Land verwandelt werden. Man ermutigte auch die Aermsten, mit bescheidensten Mitteln ans Werk zu gehen. Jeder sollte beim Bau von Schulen, Brunnen, Wasserleitungen, Sanitätsposten und Strassen mitmachen: mit Binsenkörben, Hacken, Hauen, wenn nötig mit blosser Hand.

Nyerere und Ujamaa

Niemand verkörperte die Volksverbundenheit besser als *Staatspräsident Nyerere.* Er lebte sehr einfach, fuhr oft mit dem Landrover bis in die entlegensten Winkel des Landes und scheute sich nicht, selbst zu Hacke und Spaten zu greifen, um dem Volk den Unterschied zur Kolonialherrschaft sinnfällig zu demonstrieren. Durch seinen Arbeitseifer, mit dem er sich Detailkenntnisse über unscheinbarste Probleme aneignete, ist er zu einem der bestinformierten Staatsmänner Afrikas geworden.

Nichts hat den Kolonisierten stärker geprägt als die durch Schikanen und bare Ausbeutung bitter erfahrene *technische Ueberlegenheit des weissen Mannes.* Der passive Widerstand gegen dessen Verwaltungsmassnahmen hat ihm das Odium der Trägheit eingebracht; gleichzeitig ist er aber, meist unbewusst, an seiner eigenen Kultur irre geworden und dem *Nimbus der «Erhabenheit» westlicher Geisteshaltung erlegen.*

Aus humanistischer Ueberzeugung und als Nationalist setzte Nyerere alles daran, seinen Landsleuten klarzumachen, wie unbegründet ihr Mangel an Selbstvertrauen sei. In einem Pamphlet an die Partei (1962), *«Ujamaa: Die Grundlage des afrikanischen Sozialismus»*, entwarf er eine utopische Gesellschaftskonzeption, die den *Geist der Grossfamilie Afrikas* — «ujamaa» auf Suaheli — zum Brennpunkt für die nationale Einheit machte. Die Grossfamilie, Kernzelle in herrscherlosen Gesellschaften Afrikas, kenne kein individuelles Profitstreben, keine Parasiten, welche aus der Arbeit anderer Gewinn schlagen, entscheide gemeinsam über die Verwendung des wichtigsten Produktionsguts, Land, und sei in Notlagen zur gegenseitigen Hilfeleistung verpflichtet.

Durch diese Wertmuster sei sie dem auf individuellem Profitstreben beruhenden Kapitalismus des Westens *überlegen.* Doch die Kolonialzeit habe den Eigennutz betont und in der Folge Begüterte und Besitzlose, Herrschende und verachtete Untertanen geschaffen. Es gelte, diesen Trend zur gegenseitigen Uebervorteilung unverzüglich zu stoppen, denn er sei ein fremder Virus, gegen den man sich immunisieren müsse, wolle die junge Nation nicht durch Rivalitäten gelähmt werden. Das beste sei, sich auf den traditionalen Familiengeist rückzubesinnen; er bilde eine durchaus tragfähige, eigenständige Grundlage für einen modernen, sozialen Wohlfahrtsstaat: *«Wir in Afrika brauchen ebensowenig zum ‹Sozialismus› bekehrt zu werden, wie man uns ‹Demokratie› beibringen muss.»*

Tansanias nationales Selbstbewusstsein wirkte sich vorerst nur in der *Aussenpolitik* aus, wo man einen blockfreien Kurs steuerte. Durch gegenseitige Staatsbesuche (1965 und 1967) entspannen sich freundschaftliche Beziehungen zwischen der VR China und Tansania. (1971 ist die VR zum grössten Warenlieferanten Tansanias geworden. Grund: China baut eine Eisenbahn zwischen Dar es Salaam und Lusaka, um das sambische Kupfer vom Transport durch Portugals Besitzungen Angola und Moçambique unabhängig zu machen. Ein wesentlicher Teil der Zahlung erfolgt durch Ankauf von chinesischen Waren.)

Am 2. März 1965 schloss die Bundesrepublik ihre Botschaft in Dar es Salaam, weil die «Hallstein-Doktrinäre» der CDU-Regierung kein DDR-Konsulat auf Sansibar dulden wollten. Am 15. Dezember 1965 zog Grossbritannien sein diplomatisches Korps zurück — Nyerere hatte auf einer militärischen Intervention der Briten in Rhodesien bestanden, um die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Rassisten Smith rückgängig zu machen. Beide Male nahm Tansania erkleckliche Einbussen an Entwicklungsgeldern in Kauf.

Klares Programm

Die *«Arusha-Erklärung»* wirkte dennoch für viele Beobachter wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Am 5. Februar 1967 veröffentlichte der Exekutivrat der TANU sein neues *Grundsatzprogramm*, das Ergebnis einer dreitägigen Klausur im Städtchen Arusha, 80 km westlich des Kilimandscharo. Die «Arusha-Erklärung» ist zweifelsohne *das schöpferischste und tiefschürfendste Parteidokument Schwarzafrikas;* sie besticht durch klare Argumentation und selbstkritische Haltung. Wie Marx die Dialektik Hegels vom Kopf auf die Beine stellte, bildet die «Arusha-Erklärung» die praxisnahe Korrektur zu «Ujamaa».

Tansania — so heisst es in der Erklärung — ist von seinem gemeinschaftlichen Gesellschaftsideal abgekommen, weil es Stärke und Art der Profiteure ignorierte, welche der Entwicklungsprozess auf den Plan rief; es hat ihnen im Gegenteil willig in die Taschen gearbeitet.

Die «Arusha-Erklärung» nennt drei Gruppen, welche Tansanias Programm der harmonischen Entwicklung zu eigenem Nutzen und Frommen ausdeuteten: Die *internationalen Geldgeber* bedienen sich seiner wirtschaftlichen Schwäche, um Tansania ans Gängelband zu kriegen; die *Stadtbewohner* profitieren auf dem Buckel der Bauern von ungerechtfertigter Bevorteilung; die *Männer* auf dem Land bürden den Frauen wie eh und je die Hauptlast der Feldarbeit auf.

Sozialismus — im «Ujamaa»-Text als Geisteshaltung umschrieben, die auch ein Millionär besitzen kann — ist das einzig erkämpfenswerte Gesellschaftsziel, weil sich nur durch ihn die Würde des Kolonisierten, frei von Ausbeutung und Demütigung, wiederherstellen lässt. Als Ideologie wird er von all denen verfochten, die «in Afrika oder anderswo in der Welt für die Rechte der Bauern und Arbeiter kämpfen». Nur: «Tansania ist (zwar) ein Staat von Bauern und Arbeitern, aber noch kein sozialistischer Staat.»

Sozialismus — wie?

Sozialismus lässt sich nur verwirklichen, wenn Abhängigkeiten abgebaut werden. Deshalb verficht die TANU eine Politik der *«self-reliance»*. Dieser schwer zu übersetzende Begriff, am ehesten als «Vertrauen in die eigene Kraft» zu umschreiben, meint ein *dreifaches Programm:*

1. Unabhängigkeit vom Diktat des internationalen Kapitals. «Die Unabhängigkeit kann nur wirksam werden, wenn eine Nation bei ihrer Entwicklungsarbeit nicht von Geschenken und Anleihen anderer abhängt.» Auch eine rasche Industrialisierung, wie sie von den meisten westlichen Entwicklungsexperten als Wunderheilmittel gegen Unterentwicklung angepriesen wird, hat ihre Haken: «Wir haben den Fehler gemacht zu denken, die Entwicklung beginne mit der Industrie. Dies ist falsch, weil wir nicht die nötigen Mittel haben, um viele Industrien in unserm Land aufzubauen.» Industrialisierung mit Fremdkapital bedeute aber Abhängigkeit.

2. Freiheit von der Mentalität, welche die gesellschaftliche Arbeit verachtet und ihr Produkt, das Geld, fetischistisch verehrt: «Die Menschen und ihre harte Arbeit sind die Quelle der Entwicklung, und Geld ist nur eine mögliche Frucht dieser harten Arbeit.»

3. Autonomie für alle Stufen der Gesellschaft und demokratische Impulse von unten.

Die «Arusha-Erklärung» sieht deshalb drei Sofortmassnahmen vor, die einander bedingen: *Nationalisierung* der wichtigsten Produktionsmittel (Industrie, Banken, Handel, Sisalplantagen); Kontrolle von Wirtschaft und Staat durch eine demokratische Vertretung der Bauern und Arbeiter, die *Partei*, deren Führungsspitzen strengen Kriterien unterworfen werden, damit sie nicht private Interessen vertre-

ten (sie dürfen keinen Zweitlohn beziehen, keine Aktien und Anteilscheine besitzen und keine Häuser vermieten); die *Landwirtschaft* erhält absolute Priorität in der Planung, vorrangig unter Ausschöpfung eigener Mittel (Aktivierung brachliegenden Arbeitspotentials, Einführung geringfügiger, aber wirksamer Neuerungen wie Pflug und Ochsenkarren).
Viele führen den *«Linksdrall»* der «Arusha-Erklärung» auf eine Infiltration östlichen Gedankenguts via Sansibar zurück, das mit den Ostblockstaaten immer gute Beziehungen unterhielt. Daran ist richtig, dass Tansania vermehrt Anregungen von ostasiatischen Volksrepubliken (Nordvietnam, Nordkorea, China) erhält. Doch damit lässt sich der neue Kurs nicht erschöpfend erklären. Vielmehr hat die «Arusha-Erklärung» die Konsequenzen aus *eigenen bitteren Erfahrungen* gezogen.

Die grosse Hypothek

Technische Unterlegenheit der afrikanischen Völker und Stammesrivalitäten haben die Kolonialherrschaft möglich gemacht. Die *Ueberlegenheit Europas und Amerikas* ist ungebrochen, nicht zuletzt deshalb, weil sich ihr die jungen Nationen Afrikas blind auslieferten: Sie glaubten, durch *geliehenes Kapital* und durch an Hörigkeit grenzende Nachahmung westlicher Vorbilder aus dem Wellental herauszukommen. Dies liegt an den Strukturen des Weltmarkts und an dem speziellen einheimischen «Elitetyp», den die «Unabhängigkeit» mitgeboren hat.
Um seine Entwicklungsziele zu erreichen, baute Tansania zuerst völlig unkritisch auf die Kredit- und Investitionsfreudigkeit fortgeschrittener Industrienationen — und geriet damit in Zugzwang. Das internationale Kapital war spärlich und musste zu Zinssätzen erworben werden, die vielfach seine Produktivität überstiegen. So konnten die massiven Rückzahlungsverpflichtungen nicht immer eingehalten werden: die Auslandsverschuldung wuchs.

Tansanias Struktur

Fläche: 939 701 km²
Bevölkerung: Rund 13,5 Millionen (1971). Jährliche Zuwachsrate um 3%. Ueber 100 afrikanische Ethnien: Sukuma, Nyamwezi, Makonde, Haya, Masai, Tschagga usw. Grössere nicht-autochthone Minoritäten: Indo-Pakistani (um 80 000), Araber, Europäer (15 000) und Chinesen (Bahnbau).
Bevölkerungsdichte: 14 Einw./km²
Religionen: Musulmanen (über 3 Millionen), Christen (über 2,6 Millionen), traditionelle afrikanische Religionen.
Urbanisierung: 5—7%, Hauptstadt Dar es Salaam, 300 000 Einwohner.
Politik: Präsidialregime (seit 1962). Präsident: Julius K. Nyerere. Parlamentarische Demokratie (107 von 204 Kammermitgliedern vom Volk gewählt). Einheitspartei TANU (Tanganyika African National Union: Festland) und ASP (Afro-Shirazi Party: Sansibar/Pemba).
Wirtschaft: Pro-Kopf-Einkommen 1971: 657 Tans. Schillinge (etwa 340 Schweizer Franken). Zuwachsrate des BSP (1971): 5,9%. Ausfuhrgüter (1971, in %): Kaffee 12, Baumwolle 11, Diamanten 11, Gewürznelken (Sansibar) 10, Erdöl-Produkte 8, Sisal 7, Cashew-Nüsse 7. Daneben: Tee, Tabak, Fleisch, Häute, Oelkerne, Erdnüsse.

Die Zeit war abzusehen, wo man neue Kredite aufnehmen musste, um Zinsen und Amortisationen zu berappen: ein wahrer *«circulus vitiosus»*. Private Investoren und Geldgeber verlangten unsinnige Vorteile wie freie Transferierbarkeit der Profite und Steuerfreiheit — und bedankten sich mit massiver Steuerflucht. Hohen Regierungsbeamten trugen sie fette Beteiligungen an; diese *Kollaborateure* besorgten die erforderliche Rückendeckung und funktionierten als Garanten gegen die Nationalisierung.
Trotzdem war nicht genug Kapital aufzutreiben Der Entwicklungsplan 1964—1969 sah 1,2 Milliarden Franken Auslandshilfe vor, bis Ende 1966 konnten gerade 150 Millionen flüssig gemacht werden...
Die ausländischen Investoren bevorzugten den Aufbau von industriellen Unternehmen in städtischen Zentren, da sie einen raschen Profit versprachen — und fanden ein offenes Ohr bei der Staatsbürokratie, die gern dieses Aushängeschild benutzte, um ihre Fortschrittlichkeit unter Beweis zu stellen. Da die Infrastrukturmassnahmen Tansania überlassen wurden, schuf man mit den beschränkten Entwicklungsmitteln teure *Inseln des Wohlstands* in einem Meer von Armut.
Man hatte den niederen Entwicklungsstand der Produktivkräfte glatt missachtet. Die mittlere und höhere Technologie fehlte fast völlig. Die Einfuhr von Baumaterialien, Maschinen und Technikern belastete die Devisenbilanz. Die Infrastrukturmassnahmen und der Aufbau eines technischen Bildungswesens aus dem Nichts verschlangen Unsummen. Die wenigen einheimischen Fachkräfte konnten, da sie konkurrenzlos waren, Löhne nach europäischem Zuschnitt fordern. Zwar stieg die Landflucht sprunghaft an, doch die Export-orientierte Landwirtschaft brauchte sich nicht auf den inländischen (Nahrungsmittel-) Markt umzustellen. Arbeitsuchende Slumbewohner sind bekanntlich keine besonders kaufkräftige Schicht...
Die «besseren» Angestellten und Beamten nahmen europäisches Konsumgebaren an: Um den Preis harter Devisen führte man Getränke, Kleider, Autos, Haushaltsgeräte, ja selbst Nahrungsmittel ein.

Der Beamtenapparat

Da die Entwicklung weit hinter den Erwartungen zurückblieb, entstand ein *städtischer Wasserkopf*, der politisch nur schwer zu kontrollieren war. Die mittelständischen Stadtbewohner sind schon rein örtlich besser organisiert als die weit zerstreut lebende Landbevölkerung und können ihren überhöhten Forderungen nach besseren Löhnen, Wohnungen, sanitären Anlagen, Schulen und Spitälern durch Demonstrationen, Streiks und Gewerkschaftsabsprachen kräftig Nachdruck verschaffen. Die Bildungsplanung führte zu einem aufgedunsenen *Beamtenapparat:* Jeder Geschulte strebte nach einem Schreibtischpöstchen, einem sicheren Ruhekissen, weil Staatsangestellte nur schwer entlassen werden können. 1968 notierte man unter 350 000 Lohnabhängigen 100 000 in «Dienstleistung und Verwaltung», gegen ganze 25 000 in der Industrie!
Schwerer ins Gewicht fällt die Tatsache, dass die Beamtenschaft einen kleinen *Staat im Staat* darstellt, der nur schwer von aussen zu kontrollieren ist. Mit Hinweis auf ihre «Unersetzbarkeit» treibt sie ihre eigenen Löhne und Gehälter in die Höhe und schafft sich neue Betätigungsmöglichkeiten. Kleine Krisen und Rivalitäten zwischen Generationen nehmen gut organisierte Gruppen wie die Armee bereitwillig zum Anlass für einen Putschversuch.
Tansania sind diese harten Erfahrungen mit der Selbstsucht seiner «Elite» nicht erspart geblieben. *Am 21. Januar 1964 rief Nyerere die britische (!) Armee zu Hilfe,* um sein konstitutionelles Amt gegen meuternde Offiziere zu behaupten. Drei Tage später löste er die alte Gewerkschaftszentrale auf und integrierte die neue in der TANU, um ihre Lohnforderungen unter Kontrolle zu halten. Am 22. Oktober 1966 demonstrierten die Studenten der Universität Dar es Salaam gegen die Einführung eines «nationalen Dienstes», der sie dazu verpflichtete, nach Studienabschluss zwei Jahre für einen geringeren Lohn der Regierung zur Verfügung zu stehen. Nyerere schickte eigenhändig 300 Studenten von der Universität weg.
Um besser gegen die Bindung von Tansanianern ans Auslandskapital vorgehen zu können, und um die wachsende Uebervorteilung der Landbevölkerung durch die Stadtbewohner zu bekämpfen, setzte die «Arusha-Erklärung» neue Richtlinien fest: Staatliche Kontrolle über die Wirtschaft und Betonung der Landwirtschaft.

Ein Pyrrhussieg?

Doch der erwartete Sieg des sozialistischen Geistes könnte leicht ein Pyrrhussieg sein.
Die Stellung der *Staatsbürokratie* ist gewaltig gestärkt worden. Nach und nach geriet ein Grossteil der Wirtschaft unter ihre Kontrolle: Export und Import sind voll verstaatlicht, die landwirtschaftlichen Produkte werden zu nahezu 100 Prozent von staatlichen Genossenschaften vermarktet. 1970 wurden alle Miethäuser nationalisiert und der *«National Housing Corporation»* unterstellt, die ein Wohnungsbaumonopol besitzt. Das private Transportwesen wird langsam durch ein öffentliches ersetzt: Busse — wichtigstes Transportmittel in Tansania —, Autos (erschwerte Einfuhr für Privatpersonen) und Lastwagen gehen langsam in die Kontrolle des Staates über. Daneben sind selbstverständlich die grössten Betriebe in Industrie, Handel, Bankwesen und Landwirtschaft (Sisalplantagen) mindestens teilverstaatlicht.
Die Zentralisierung bringt aber Erschwernisse für die lokale Vermarktung mit sich. Die private Investitionstätigkeit ist zwar, wie konservative Beobachter bissig bemerken, zeitweise stark gesunken. *Doch die Auslandsverschuldung hat sich beileibe nicht verringert:* 1971 war sie doppelt so hoch wie 1967. Ausländische Kapitalien werden mit Vorliebe in sogenannten *«joint ventures»* angelegt, in staatlichen Betrieben mit privater Beteiligung. Doch solange in Tansania qualifizierte Führungsspitzen fehlen, ist eine gesamtgesellschaftlich orientierte Politik von solch halböffentlichen Betrieben kaum zu erwarten: langfristig erweist sich die private Hand immer als die stärkere. Und da für staatliche Rückendeckung gesorgt ist, könnte das System der *«joint ventures»* leicht zum Investitionstyp der Zukunft werden. Nicht unbedingt zum Vorteil Tansanias.
Besonders liberale, sozialdemokratische und planwirtschaftlich orientierte Länder bieten Tansania ihre Hilfe an. Schweden war 1972 der Regierung drittgrösster Gläubiger — nach U. S. A. I. D. und China. Die Bundesregierung unter Brandt hat mit dem britischen Schatzmeisteramt gleichgezogen. Kanada und Dänemark gaben Millionenanleihen.
(Zwei Beispiele mögen zeigen, wie wenig man sich wirtschaftlichen Zwängen und

dem alten Prestigedenken zu entziehen vermochte. Die Häuser in Magomeni, einem ehemaligen Slum von Dar es Salaam, gehören der *«National Housing Corporation»*, sind aber notorisch überfüllt, weil die Mieten für eine Arbeiterfamilie zu hoch liegen: Ueber 200 Schillinge bei 270 Schillingen Monatsverdienst! — Tansania ist mit seinen Stränden, Wildpärken [Serengeti, Ngorongoro, Manyara, Arusha, Mikumi] und Naturschönheiten gewiss ein attraktives Reiseland. Um Kenia den Rang abzulaufen und in der Hoffnung, leichte Profite zu machen, wird fröhlich investiert. Doch die Touristen stöhnen über die Preise. Gewiss sind die neuen Hotels und Wildlodgien vorzüglich, aber wer kann sich eine Vollpension von 60 und mehr Franken pro Tag so ohne weiteres leisten?)

Nationalisierungen und bürokratische Kontrolle über die Entwicklungsmittel sind keine Wundermittel zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Wie in allen Entwicklungsländern wächst in Tansania eine *neue Klasse von Verwaltern organisierter Kapitalien* (Genossenschaften, staatliche Betriebe) heran, die leicht das angestrebte sozialistische Ziel in puren Nationalismus pervertieren könnten. Das ist der eigentliche Pferdefuss des tansanischen Sozialismus: der Schatten des weissen Mannes, nur ein wenig dunkler als vor Jahren . . .

Die grosse Hoffnung

Hat der Sozialismus wenigstens *auf dem Land* Fuss gefasst? Die «Arusha-Erklärung» hat die Frage nach einem geeigneten sozialistischen Programm für die Landbevölkerung offen gelassen. Das *policy-paper* «Sozialismus und ländliche Entwicklung» vom September 1967 füllte diese Lücke. Darin hält Nyerere fest: «Wir in Tansania sollten uns wegentwickeln von einer Nation von individuellen bäuerlichen Produzenten, die schrittweise den Anreiz und die Ethik des kapitalistischen Systems übernehmen. Dafür sollten wir sukzessive eine Nation von ‹ujamaa›-Dörfern werden, wo die Leute unmittelbar in kleinen Gruppen zusammenarbeiten und wo diese kleinen Gruppen in gemeinsamen Unternehmungen kooperieren.»

Die «ujamaa»-Dörfer werden als frontaler Angriff gegen den entstehenden Individualismus auf dem Land begriffen. Aus eigener Initiative, ohne Druck von oben, sollen sich die verstreuten Ansiedlungen zu *Dorfgemeinschaften* zusammenschliessen, ihr privates Land schrittweise zusammenlegen und gemeinsam bewirtschaften. Ziel ist die Errichtung von dörflichen Produktionsgemeinschaften, wo das Kollektiv aller Arbeiter die wirtschaftliche und soziale Entscheidungsgewalt über Zuteilung von Land, Vermarktung und Gewinnverteilung übernimmt.

Die neuen Dorfgemeinschaften sollen auf allen Ebenen *autonom* werden: in der Nahrungsmittelversorgung wie in der Verwaltung. Der Staat wirkt nur subsidiär mit: Er stellt Fachleute (Krankenpfleger, Agrar- und Bauexperten), Entwicklungsmittel (Kredite, Dünger) und gewährleistet die Koordination mit der übrigen Agrarplanung. Jedes Dorf beschliesst den eigenen Rhythmus, wie es den Uebergang von der individuellen Bewirtschaftung zur kollektiven zu gestalten gedenkt: Es genügt, ein paar Häuser und Felder zusammenzulegen, um schon als «ujamaa»-Dorf niederen Grades zu gelten. Doch die volle Integration aller Tätigkeiten und Produktionsmittel in die «Kommune» bleibt angestrebter Endzustand.

Der Staat garantiert jedem «ujamaa»-Dorf *volle planerische und unterstützungsmässige Priorität* vor nicht sozialisierten Anwesen. Dieses Programm wird heute sehr strikt gehandhabt, nicht ungern durch schikanenartige Benachteilung von Dörfern mit Individualwirtschaft im Umkreis von «ujamaa»-Siedlungen.

Auch das «ujamaa»-Konzept ist keiner Schrulle entsprungen, sondern hat genau nachvollziehbare historische und wirtschaftliche Hintergründe. Auf Empfehlung der *Weltbank* hatte die tansanische Regierung im ersten Dreijahresplan zwei Drittel des Agrarbudgets für eine Handvoll grossangelegter Dorfgründungs- und *Umsiedlungsaktionen («settlement schemes»)* vorgesehen. Mit Traktoren, Dollars und bestausgebildeten Experten sollten Hunderte von afrikanischen Bauern, weit entfernt von ihren Heimatgebieten, brachliegendes Land in modern geführte Farmen verwandeln.

Der Kapitaleinsatz lohnte sich nicht, die Produktivität blieb *weit hinter den Erwartungen* zurück. 1965 gab ein Kommissionsbericht den Misserfolg der «settlement schemes» vorsichtig zu. Die benachteiligte restliche Landbevölkerung, die nach der traditionellen Beratungsmethode von einer ungenügenden Anzahl Experten zu rationellerem Wirtschaften angehalten wurde, äusserte in den Wahlen von 1965, wo sechs Minister — darunter der Genossenschaftsgründer und Finanzminister Bomani — auf der Strecke blieben, unumwunden ihren Missmut.

Die Entwicklung des Weltmarktes brachte auch die europäischen Grossfarmen in Schwierigkeiten und beraubte Tansania lebenswichtiger Devisen. Hauptgeschädigte waren die Sisalplantagen, denen die Entwicklung einer billigeren synthetischen Faser zu schaffen machte. Gleich zu Beginn der sechziger Jahre begann eine unaufhaltsame *Talfahrt der Weltsisalpreise*, die bis heute nicht gestoppt werden konnte. Trotz eines Zwischenhochs (1963) sanken sie zwischen 1962—1970 um volle 48 Prozent. Dabei hatte Sisal 1961 noch 31 Prozent des gesamten Ausfuhrwerts erwirtschaftet. Doch obwohl 1970 nur unwesentlich weniger exportiert wurde als zehn Jahre zuvor, erntete Tansania gerade noch knapp die Hälfte an Devisen.

«Dorfdemokratie»

Viele Beobachter sehen in der «ujamaa»-Bewegung das entscheidende sozialistische Korrektiv zum wachsenden Widerspruch zwischen Stadt und Land, Kopf- und Handarbeit. In diese Richtung wirken die Unterordnung der technischen Experten unter das Dorfkollektiv, die Abwählbarkeit von Regierungsbeamten durch die Gemeinschaft der *«wajamaa»* («ujamaa»-Bewohner), die nach Augenzeugenberichten in einigen Gegenden sehr gut funktionieren soll, und die Dorfdemokratie ganz allgemein. Dazu hatte Nyerere geschrieben: «Die Dorfdemokratie muss von Anfang an wirken. Es gibt keine Alternative, wenn dieses System gelingen soll.»

Ein solches Urteil dürfte allerdings verfrüht sein. Zwar lebten nach offiziellen Statistiken Ende 1971 1,6 Millionen Bauern in «ujamaa»-Dörfern — etwa 12% der Landbevölkerung. Doch von den rund 4400 Siedlungen waren nur 98 als volle «ujamaa»-Dörfer registriert. 4100 befanden sich auf der untersten Stufe der Zusammenarbeit. Die meisten lagern sich in ariden Zonen (Dodoma, Kigoma, Iringa) oder funktionieren als Wehrdörfer an der mozambikanischen Grenze, von wo die Bewegung auch ausgegangen war. Nicht freiwilliger Entschluss der Bevölkerung, sondern handfester Druck der Regierung war der Hauptgrund für den Zusammenschluss.

Dies lässt sich durchaus rechtfertigen, weil ein dörflicher Zusammenschluss der verstreuten Bevölkerung unbedingte Notwendigkeit ist, will man eine technische Umwandlung der Subsistenzwirtschaft in wenig fruchtbaren Gegenden einleiten. Doch nur für die ärmsten Bauern dürfte darin ein unmittelbarer Fortschritt enthalten sein. Denn die Regierung hat ein gewichtiges Problem nicht lösen können: Sie konnte weder die initiativen Bauern mit langer Erfahrung im Anbau von Exportprodukten von der Güte des Systems überzeugen, noch den Anbau «eingesessener» Nahrungsmittel (Mais, Hirse, Bananen, Maniok) in ein sinnvolles Konzept des inländischen Austauschs zwischen Regionen einbringen.

Der Weltmarkt ist aber schon lange keine ausreichende Perspektive mehr für die aussenhandelsorientierten Bauernstaaten Afrikas. Die koloniale Hypothek einer extravertierten Wirtschaftsstruktur ist erst in Ansätzen überwunden worden. Dies ist der Hauptgrund, warum *der frontale Angriff auf den Individualismus in Tansania bisher Stückwerk geblieben* ist.

Ein Modell?

Tansania ist von vielen Beobachtern, die nach einer echten Chance für die «Dritte Welt» suchen, zu einem Modellfall positiver Entwicklung hochgelobt worden. Dies dürfte — wider alles Kassandrageschrei von nur allzu bekannter Seite — etwas an sich haben. Doch die Verteidiger Tansanias müssen sich davor hüten, Erfolgsmeldungen unkritisch weiterzugeben, ohne vorerst genau ihren Inhalt unter die Lupe zu nehmen.

Misslingt der Aufbau einer egalitären Gesellschaft in Tansania, so dürfte dies am allerwenigsten an der so oft geschmähten Bauernschaft liegen. **Peter Arnold**

Quelle:
Wochenendausgabe der Basler National-Zeitung, 25.11.72

Lateinamerika

LIBERTAD BOLIVIA

Libertad Bolivia starb im Gefängnis

Das Kind Judith Libertad Bolivia ist im Gefängnis für politische Häftlinge in Viacha gestorben. Es hat sein vier Monate währendes Leben in dieser Haftanstalt verbracht.

Vor einigen Monaten ging über die ganze Welt die Nachricht, daß im März dieses Jahres im Gefängnis von Viacha auf der bolivianischen Hochebene Frau Judith Durán in einer Frühgeburt einem Mädchen das Leben schenkte, das Judith Libertad Bolivia getauft wurde.

Frau Judith Durán, eine 19jährige Studentin, wurde in Sucre im September vorigen Jahres von den Repressionsorganen der Regierung Oberst Hugo Banzers festgenommen. Obwohl sie schwanger war, wurde Frau Durán auf Befehl des Innenministers in das Gefängnis von Viacha, das auf 4000 m Höhe liegt, eingeliefert. In diesem Gefängnis befanden sich etwa 300 Bolivianer als politische Häftlinge. Sie wurden durch die Regierung Banzer ohne richterliches Verfahren nach dem blutigen Staatsstreich, der die Regierung General Juan José Torres am 21. August 1971 stürzte, verhaftet und eingekerkert.

Frau Durán teilte eine einzige Zelle mit 20 weiteren Frauen und wurde mit den anderen Gefangenen durch über 300 Soldaten des Regiments Bolivar bewacht. Ende März dieses Jahres gebar Frau Durán ihr Kind frühzeitig, nachdem sie eine harte körperliche Strafe, angeordnet vom Leutnant Quintanilla, erleiden mußte. Das Kind wurde mitten in der Nacht in der Frauenzelle geboren; bei der Entbindung halfen Frau Durán ihre Mitgefangenen. Das Neugeborene wurde auf den Namen Judith Libertad Bolivia getauft. Seine Paten waren die 300 politischen Gefangenen, die zu dieser Zeit inhaftiert waren. Vor der Geburt hatte der Innenminister, Coronel Mario Adett Zamora, die Erlaubnis verweigert, Frau Durán bis zu ihrer Niederkunft in eine Klinik zu bringen. Auf Grund des bedenklichen Gesundheitszustandes des Kindes hatten die politischen Häftlinge von Viacha über ihre Familienangehörigen einen Aufruf an die Öffentlichkeit gerichtet, damit eine staatliche oder religiöse Organisation sich des Kindes annehme. Einige Tage danach erschien im Gefängnis eine Abordnung von CONAME (Concejo Nacional del Menor - Nationales Jugendamt; eine Institution, die dem Präsidialamt der Republik direkt untersteht und deren Vorsitzende die Erste Dame der Nation ist, d.h. in diesem Fall die Frau von Coronel Banzer). Die Vertreter von CONAME verpflichteten sich, Wäsche, Milchpulver und eine Wiege für das Kind zu schikken. Die Monate vergingen, die Versprechungen wurden jedoch nicht erfüllt.



Das Kind Libertad Bolivia starb Ende Juli dieses Jahres im selben Gefängnis, in dem es geboren wurde. Die Nachricht seines Todes wurde erst jetzt bekannt, nachdem einige politische Häftlinge unter der Verpflichtung, das Land innerhalb 48 Stunden zu verlassen, freigelassen wurden. Einige von ihnen, die sich in der angegebenen Zeit zu den Nachbarländern absetzen konnten, brachten die Nachricht vom Tode Libertad Bolivias.

Oktober 1972

PERU

Der folgende Artikel, entnommen der Zeitung "Publik-Forum" vom 20.10.72, erhebt nicht den Anspruch, eine Analyse der peruanischen "Revolution" zu sein. Er ist vor allem ein Erfahrungsbericht, der sich kritisch mit der Agrarreform in einer Provinz auseinandersetzt.
Gemäß den Plänen zur Landreform in Peru wurden zunächst die großen Zuckerrohrplantagen an der Küste erfaßt und zum Großteil in Genossenschaften umgewandelt. Die Landarbeiter sind aber in den Selbstverwaltungsgremien dieser Genossenschaften weit unterrepräsentiert; sie haben jetzt wohl einen etwas höheren Mindestlohn, mehr aber auch nicht.
Das Departement Cajamarca, auf das sich der Artikel vor allem bezieht, ist nach Lima das Gebiet mit der zweithöchsten Bevölkerungsdichte in Peru. Die schlechten Lebensbedingungen in dieser Zone führten schon in der Vergangenheit dazu, daß viele Bewohner in den Urwald oder in die Küstenstädte abwanderten, wo sie größtenteils in den Elendsvierteln leben.

Größter Stierplatz der Welt

Fortgesetzte Unterdrückung: Vom Großgrundbesitz zur Fabrik

„Die Erde denen, die sie bearbeiten." Unter dieser Parole ist die jetzige Militärregierung 1968 in Peru zur Agrarreform angetreten. Hat die 400 Jahre andauernde Unterdrükkung der Indios, jetzt, nach dreijähriger Amtszeit der Militärjunta, ein Ende gefunden?
Nein, denn sie nimmt neue Formen an. Die Autoren, dieses Beitrags, Waltraud und Heinz Schulze aus Cajamarca in Peru, berichten darüber. 400 Jahre Unterdrückung der Indios finden eine Fortsetzung. Wer über die „Theologie der Befreiung" diskutiert, geht an diesen Tatsachen nicht vorbei.

Großgrundbesitzer Alvaro Pugo, Stierzüchter, Herrscher über mehr als 50 000 Hektar Land. Er wohnte, wie fast alle Großgrundbesitzer, in der Hauptstadt Lima, hatte aber eine Residenz auf seiner Hazienda. Von der Regierung bzw. vom Ministerium für Agrarreform wird jetzt eine lautstarke Propaganda betrieben, weil über 41 000 Hektar enteignet worden sind. Das mag enorm erscheinen. Doch der Großteil der 41 000 Hektar ist unfruchtbarer Boden. Dem „Senor" Puga verblieben „nur" 9000 Hektar; das ist aber das fruchtbare Land und auch für die Haltung und Zucht von wilden Stieren geeignet. Cajamarca wird nicht von ungefähr „der größte Stierplatz der Welt" genannt.
Bis jetzt hat die Behauptung, daß die Aufzucht von wilden Stieren wegen ihres Schwierigkeitsgrades nicht von Landarbeitern geleistet werden könne, die Besitzer des zur Zucht geeigneten Terrains vor dessen Beschlagnahmung bewahrt. Diejenigen Kräfte in der Militärregierung, die einen strukturellen Wandel verhindern wollen, haben bis heute den „Stierherren" halten können. Die auf der Hazienda tätigen Arbeiter fragen aber jetzt, wer die Arbeit denn bisher gemacht hätte. Der Besitzer sei von Lima nicht oft auf der Hazienda erschienen, also hätte er gar nichts für die Aufzucht getan.
Wenn der Besitzer mal anwesend war, spielte er allerdings seine ganze Macht aus. Der Landarbeiter Wencelasco Munoz Chavez: „Ich habe gesehen, wie Alvaro Puga die Landarbeiter getreten und geschlagen hat, wenn sie eine Arbeit nicht gut gemacht hatten." Ein anderer Arbeiter berichtet, daß er an Puga vorbeiging, ihn, weil er ihn nicht kannte, nicht grüßte. Zur Strafe wurde er 24 Stunden eingesperrt. Als er wieder aus dem unterirdischen Kerker entlassen wurde, mußte er die Hosen herunterlassen und wurde hart verprügelt.
Der ehemalige Besitzer der Hazienda benahm sich gegenüber Frauen wie eine Bestie. Nach der Enteignung wurde offiziell bekannt, daß insgesamt 120 Kinder von ihm auf der Hazienda existierten. Die Macht dieses Besitzers — über Erde und Menschen — war so stark, daß sich niemand dagegen auflehnen konnte. Hörte der Besitzer von irgendeiner Unruhe der Männer, Väter oder Freunde der von ihm vergewaltigten Frauen oder Mädchen, so waren schnell seine „speziellen Leute" da, schnappten diesen Mann und nahmen ihn zum Hauptgebäude der Hazienda mit. Er wurde dann mit Lumpen und Stoff umwickelt und als bewegungsunfähiges Paket in den Corral der wilden Stiere geworfen. Die Stiere „spielten" dann mit diesem Bündel. Der Mann war danach wohl nicht tot, aber zeitlebens ein Krüppel. Und das Gericht? — Mit Geld, Freundschaft und Abhängigkeiten wurde alles geregelt, der Mann war dann halt unvorsichtig oder betrunken und ist in den Corral gefallen.
Eine Besitzerin einer anderen Hazienda hatte, als 1968 eine Abordnung von Landarbeitern „ihrer" Hazienda bei ihr erschien, bessere und humanere Lebensumstände erbittend, sieben von ihnen eigenhändig erschossen. Obwohl 150 Campesinos (Landarbeiter) und über 50 Polizisten den Vorgang gesehen hatten, wurde sie im Juli 1972 vom Gericht freigesprochen: „Mangel an Beweisen". Diese kurzen Beispiele zeigen die unmenschliche Situation der Indios und die Schwierigkeiten, sich gemeinschaftlich dagegen aufzulehnen.
Durch die Agrarreform sind diese Zustände ausgeräumt — sagt man. Die Gesetze, die in Lima gemacht werden, sind zum Teil wirklich revolutionär, aber Lima ist weit — und so geschehen weiterhin Schikanen und Ungerechtigkeiten. Die Bürokratie will ihre Möglichkeiten, die aus der Unwissenheit, Unerfahrenheit der Landbewohner herrühren, nicht aufgeben. So geht der Prozeß der Humanisierung des Landes sehr langsam vonstatten.

Die Unterdrückung hat also noch kein Ende gefunden — und schon tauchen neue Probleme auf. Schon 1930 schrieb José Carlos Mariategui (peruanischer Wirtschaftler und Philosoph, Gründer der ersten peruanischen Gewerkschaft und der K.P. Perus): Der größte Fehler, der bei einer Landreform gemacht werden kann, ist, die bisherigen Besitzer der Haziendas zu entschädigen.
Aber genau das hat die Regierung gemacht. — Die Exbesitzer der Haziendas haben Abfindungssummen in bar oder in Staatspapieren bekommen. Jetzt stürzen sich die Ex-Besitzer, im Verbund mit finanzstarken ausländischen Industrien in die Industrialisierung des Landes. Für Peru ist eine Industrialisierung notwendig, aber durch die Knappheit an Kapital finden die ausländischen Firmen, trotz aller Dementis der Regierung, trotz der angeblichen Peruanisierung des Petroleums, ein reiches Betätigungsfeld. Die Industrialisierung vollzieht sich an der Küste. Doch für die Sierra, das Andengebiet, wo der Hauptteil der peruanischen Bevölkerung lebt, steht kein Kapital zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion zur Verfügung.
Die Folge ist, daß die jungen Leute in verstärktem Maße an die Küste abwandern müssen. Das große Angebot an Arbeitslosen oder ungelernter Arbeitskräfte ermöglicht es, daß oft nicht einmal die gesetzlichen Mindestlöhne in den Fabriken bezahlt werden müssen. Ein Tausch der Abhängigkeit findet statt. Die Kinder der ehemals ausgebeuteten Landarbeiter sind von dem Fabrikbesitzer „Puga" abhängig, wie vorher ihre Väter vom Großgrundbesitzer „Puga".

W. u. H. Schulze

'High' in den Kampf

Immer mehr Soldaten kehren heroinsüchtig aus Vietnam zurück

Eine brillante Show für das amerikanische Fernsehen, bunt und konfliktfrei, sollte der Republikanische Parteitag in Miami Beach Mitte August werden. Ein dreitägiges Programm, vom täglichen gemeinsamen Gebet der Delegierten bis zum spontanen Beifall für die Redner, war lange vorher im Weißen Haus Minute für Minute vorgeplant worden.

Die große Unbekannte stellte die Demonstranten vor der Kongreßhalle dar, die zu Tausenden aus allen Teilen der USA gekommen waren; würde es ihnen gelingen, mit ihren Transparenten gegen den brutalen Vietnam-Krieg in die Massenmedien zu kommen und das Bild der harmoniebeflissenen Parteitagsmanager zu stören?

Der massive Polizeieinsatz ließ keinen Zweifel aufkommen, daß Kundgebungen gegen den Vietnamkrieg unerwünscht waren; über tausend Demonstranten wurden verhaftet. Es waren hunderte von Veteranen darunter, die vor Jahren, mehr oder weniger im Glauben, die „Freie Welt" in Südostasien gegen die Kommunisten verteidigen zu müssen, nach Vietnam kamen. Angewidert von der Korruption und dem grotesken Unterschied zwischen Propaganda daheim und Wirklichkeit in Vietnam, verstört durch wachsende Zweifel an der Berechtigung ihres Einsatzes und bestürzt über die unvorstellbaren Grausamkeiten des Napalm-Krieges, hatten sie das zerstörte Land wieder verlassen — zu Hunderttausenden verwundet, verstümmelt, krank, und zu einem großen Prozentsatz heroinsüchtig.

Heroin in Vietnam

Gegen Ende der 60er Jahre wurde immer häufiger von rauschgiftsüchtigen amerikanischen Soldaten in Vietnam berichtet, die teilweise, wie uns von einem Vietnam-Veteranen erzählt wurde, „high" in den Kampf gingen; während anfangs hauptsächlich Marihuana geraucht wurde, kam nach der Invasion in Laos im Frühjahr 1970 der große Heroin-Boom, als plötzlich überall in Südvietnam billiges, meist über 90prozentiges Heroin zu erhalten war.

In einem eilends angefertigten Sonderbericht der beiden Kongreß-Abgeordneten Murphy (Demokrat aus Illinois) und Steele (Republikaner aus Connecticut) kamen alarmierende und beschämende Tatsachen in die amerikanische Öffentlichkeit: Bereits 1971 waren nach offiziellen Schätzungen 10 bis 15 Prozent der amerikanischen Soldaten in Vietnam heroinsüchtig; teils wurde der Stoff geschnupft, teils gespritzt. Manche Einheiten waren nach den Erkundungen der beiden Kongreßmitglieder zu über 25 Prozent süchtig, und die Zahl der drogenbedingten Todesfälle in der Armee betrug schon mehrere hundert pro Jahr, die meist durch Überdosierung des hochkonzentrierten Heroins zustande kamen. Wie Murphy und Steele weiter berichteten, waren große Teile der Behörden in Südvietnam, Laos und Thailand am Opiumschmuggel und Heroinverkauf aktiv beteiligt; aber auch die eng mit dem CIA zusammenarbeitende Luftlinie Air America wurde beschuldigt, in den Rauschgiftschmuggel verwickelt zu sein.

Anfang 1971 wurde dem Piloten des amerikanischen Botschafters in Saigon nachgewiesen, daß er 850 Pfund Opium geschmuggelt hatte; der Flughafen von Saigon gilt als Hauptumschlagsplatz für Heroin in Südvietnam. Der Handel, der national und international engmaschig organisiert ist, wird in Zusammenarbeit der sizilianischen und korsikanischen Mafia mit der korrupten Bürokratie in Südostasien abgewickelt. Verstrickt damit als Nutznießer und Opfer sind amerikanische Offiziere und Soldaten, Deserteure und das ganze Heer der Heroinsüchtigen in der südvietnamischen Armee und Zivilbevölkerung.

Entziehungserscheinung schwächt Kampfkraft

Die Auswirkungen der rasch ansteigenden Heroinsucht auf die amerikanische und südvietnamesische Armee alarmierten die amerikanische Regierung und ihre Generäle in höchstem Maße und haben sicher zu Nixons Entscheidung beigetragen, den Krieg zu „vietnamesieren" und dafür den weniger drogengefährdeten Luftkrieg massiv auszuweiten. Steele und Murphy berichteten zum Beispiel, daß bei der Invasion in Laos, als plötzlich aus ganz Südvietnam Truppen nach Laos geworfen wurden, innerhalb weniger Tage schwere Heroin-Entziehungserscheinungen bei einer großen Zahl südvietnamesischer und amerikanischer Soldaten aufgetreten sind und daß dadurch mehrere Einheiten zum Rückzug gezwungen worden seien.

Das Goldene Dreieck

Bis Anfang 1971 wurden alle Soldaten, bei denen eine Heroinsucht festgestellt worden war, mit „weniger als ehrenhaften" Entlassungspapieren aus der Armee entlassen; das bedeutete, daß sie nach ihrer Rückkehr in die USA aller Unterstützung als Kriegs-Veteranen beraubt waren und es ihnen praktisch unmöglich war, eine Anstellung im Zivilleben zu finden. Als die Zahl der Heroinsüchtigen trotzdem sprunghaft anstieg, wurde ab Frühjahr 1971 ein Amnestieprogramm eingeführt, das jedem Soldaten, der sich freiwillig zu einer Entziehung meldete, Straffreiheit zusicherte. Doch auch als „Entziehungsanstalt der Nation" versagte die amerikanische Armee, die Erfolgszahlen nach den einmonatigen Entziehungskuren, die außer gelegentlichem militärpsychiatrischen Zuspruch den süchtigen Soldaten kein Therapiekonzept anzubieten hatten, betrugen nicht mehr als wenige Prozent. Die meisten Abhängigen wurden sofort wieder rückfällig, zumal die Heroinzufuhr nach Südvietnam unvermindert anhielt.

Das gesamte Heroin in Südvietnam und etwa zwei Drittel des illegal geschmuggelten Welt-Heroins stammt aus den Opium-Anbaugebieten des „Goldenen Dreiecks", jenem Gebiet, wo Burma, Thailand und Laos eine gemeinsame Grenze bilden. Die dort lebenden Bergstämme transportieren ihr Opium auf dem Rücken von Tieren, zum Teil auch mit Hilfe von Lastwagen, in die geheimen Laboratorien, die im „Goldenen Dreieck" in zunehmender Zahl entstanden sind und wo das leichter transportierbare und wertvollere Heroin aus dem Roh-Opium hergestellt und dann weiter auf dem Land-, See- oder Luftweg nach Saigon, Bangkok und Hongkong weitertransportiert wird; von dort aus kommt das Heroin, soweit es nicht an Ort und Stelle schon verkauft wurde, nach den USA — über Europa, Südamerika oder Kanada.

Die amerikanische Regierung sieht sich in der Öffentlichkeit zunehmender Kritik ausgesetzt, daß der CIA und die amerikanischen Stellen in Südostasien nicht nur nichts Ernstliches gegen den Opiumanbau und Heroinschmuggel in Südostasien unternommen haben, sondern sogar noch die Bergstämme im „Goldenen Dreieck" mit Geld, Waffen und Transportgeräten unterstützen, weil dieselben Stämme seit Beginn des Krieges in Südostasien erbittert gegen den Vietminh, den Vietkong und die Pathet Lao kämpfen. Sie wissen sehr genau, daß nach einer Machtübernahme durch die sozialistischen Befreiungsbewegungen der Opiumanbau und das Schmuggel-Geschäft sofort gestoppt würden.

Als historisches Beispiel dafür wird häufig (außer Kuba und Nord-Vietnam) die Volksrepublik China angeführt, die binnen kürzester Zeit das Problem der Morphium-Sucht dadurch gelöst hatte, daß auf den Opium-Feldern andere Früchte angebaut werden mußten. Sowohl in dem Bericht der beiden oben erwähnten Kongreßmitglieder vom vergangenen Jahr als auch in dem erst vor wenigen Wochen von der amerikanischen Regierung veröffentlichten „Welt-Opium-Überblick 1972" wird ausdrücklich betont, daß keinerlei Anhalt dafür besteht, daß

Rotchina in irgendeiner Form am illegalen Opium- und Heroinschmuggel beteiligt ist. Dagegen wird in diesem Überblick erneut darauf hingewiesen, daß die Regierung von Burma, Thailand, Laos und Südvietnam keine ernsthaften Anstrengungen unternehmen, um Anbau und Schmuggel von Opium unter Kontrolle zu bringen, der Opium-Handel in Burma größtenteils von den paar tausend nationalchinesischen Soldaten kontrolliert wird, die sich nach der Vertreibung von Tschiangkaischek durch die Truppen von Mao Tse-tung nicht nach Formosa, sondern nach Burma zurückgezogen hatten.

Diese Truppen, lange Jahre vom CIA unterstützt, stehen in enger Verbindung zu korrupten Beamten und Offizieren der Staaten Südostasiens. Als Beispiel für die krebsartige Korruption in diesen Ländern sei ein Vorkommnis berichtet, das nach übereinstimmender Ansicht der meisten Landeskenner nur die Spitze des riesigen Schmuggel-Eisbergs darstellt: Als im April 1971 der neue laotische Botschafter in Frankreich und frühere Vizepräsident der esotischen Nationalversammlung, Prinz Sopsaisana, auf dem Flughafen Orly in Paris eintraf, wurde in seinem Gepäck Heroin im Werte von 40 Millionen Mark gefunden, das zum Weiterverkauf in die USA bestimmt war. Von einer Bestrafung des Prinzen, dem die französische Regierung die Annahme des Beglaubigungsschreibens verweigerte, nach dessen Rückkehr nach Laos wurde erwartungsgemäß nichts bekannt; es war eben ein Betriebsunfall, wie er unzähligen hohen Beamten ebenso hätte passieren können.

Seit 1961 sind nacheinander etwa zweieinhalb Millionen Amerikaner in Südvietnam stationiert gewesen. Davon haben etwa 50 000 junge GI's das Leben verloren, mehrere hunderttausend wurden verwundet, etwa 75 000 bis 100 000 Soldaten kehrten heroinsüchtig in ihre Heimat zurück, wo nach den hohlen Phrasen nichtssagender Begrüßungsreden der erbarmungslose Alltag beginnt.

Das Elend nach der Rückkehr

„Ich möchte Ihnen gern ein wenig über die Gefühle der Veteranen sagen, die aus Vietnam zurückgekehrt sind", sagte Leutnant John Kerry, der Vorsitzende der etwa 30 000 Mitglieder umfassenden Vereinigung „Vietnam-Veteranen gegen den Krieg", am 22. April 1971 vor einem amerikanischen Senatsausschuß, „unser Land weiß noch nicht, daß es ein Ungeheuer in Form von Millionen Männern geschaffen hat, denen beigebracht wurde, Gewalt anzuwenden und für das größte Nichts in der Geschichte zu sterben; Männer, die mit einem Gefühl des Ärgers und des Betrogenseins zurückkehren, das bisher noch niemand begriffen hat."

„Post - Vietnam - War - Syndrome" wird dieser Zustand genannt, der es ehemaligen Vietnam-Soldaten so erschwert, sich von der brutalen Kampfsituation im Dschungel Südostasiens wieder auf das Zivilleben mit seinen meist andersartigen gesellschaftlichen Normen und Ansprüchen umzustellen. Erschwerend kommt hinzu, daß es in den USA bei einer Arbeitslosenzahl von über 5 Millionen für ehemalige Vietnam-Soldaten, die häufig aus Ghetto-Vierteln kommen und schon vor ihrer Einberufung keinen qualifizierten Beruf hatten, extrem schwierig ist, einen Job zu bekommen.

Für Heroinsüchtige aus Vietnam ist die Situation nach der Rückkehr am verzweifeltsten: Weil das Heroin in Vietnam etwa zwanzigfach konzentrierter und billiger ist, kommen die Veteranen mit schwersten Suchten zurück, und ein Soldat, der in Saigon eine Zehn-Dollar-Sucht hatte, mußte in New York die zwanzigfache Menge an Geld aufwenden, um die gefürchteten Entziehungserscheinungen zu vermeiden. Was übrig bleibt, sind der Drogenhandel, Prostitution und Kriminalität. Um täglich 100 Mark durch Diebstahl zu bekommen, müssen durchschnittlich Sachwerte vom fünffachen Wert gestohlen werden. Kein Wunder, daß unter den 50 000 New Yorkern, die jährlich wegen einer in Zusammenhang mit Drogen verübten Verbrechens ins Gefängnis kommen, tausende von Vietnam-Veteranen sind, die, wegen der Schwere ihrer Sucht, auch schwere Verbrechen begangen haben.

Stichwort „Heroin"

Aus Opium über die Zwischenstufe Morphium hergestellt.

Farbloser, geruchloser, kristalliner, bitter schmeckender Stoff; zum erstenmal 1898 von der Fa. Bayer synthetisiert, als Hustensaft und zur Schmerzstillung jahrelang ohne Rezept frei erhältlich, bis zu spät entdeckt wurde, daß Heroin ein wesentlich stärkeres Suchtmittel noch als Morphium ist.

1914 gab es schon etwa 200 000 Heroinsüchtige. Nach dem Ersten Weltkrieg Rückgang. In den 60er Jahren wieder starker Anstieg des Heroinschmuggels, besonders im Gefolge des Vietnamkriegs.

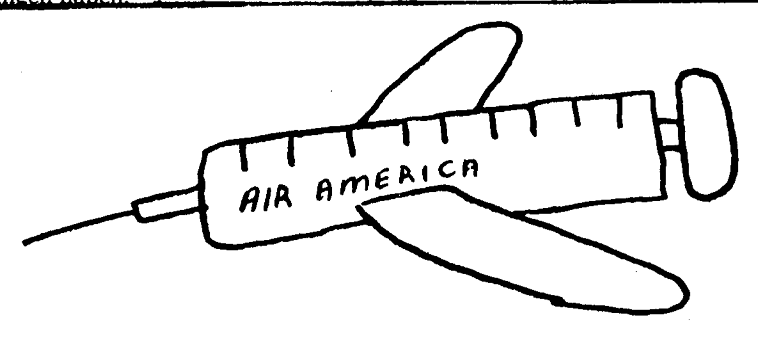
Zur Zeit allein in New York 300 000 bis 500 000 Heroinsüchtige; jeder muß für seine Sucht täglich durchschnittlich 100 Mark aufwenden; Heroinschmuggel wird von der internationalen Mafia kontrolliert, die jährlich Milliardenprofite macht.

Und zu allem hin tickt noch eine weitere Zeitbombe in den USA: „Durch die wellenförmige Ausbreitung, die typisch für die Heroinsucht ist, ist zu befürchten, daß 75 000 Rauschgiftsüchtige aus Vietnam binnen eines Jahres weitere 250 000 bis 750 000 Rauschgiftsüchtige in den USA ‚produzieren' werden" — so Dr. Densen-Gerber, Direktorin des New Yorker Odyssee-House, eines zivilen Entziehungsheims mit langjähriger Erfahrung.

Stadt der negativen Superlative

In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Heroinsüchtigen vervielfacht: Die Schätzungen allein für New York bewegen sich zwischen 330 000 und 500 000 Heroinsüchtigen, ohne die Hunderttausende von Schlafmittel-, Alkohol- und Aufputschmittelsüchtigen mitzuzählen. Der Schaden, der jährlich durch im Zusammenhang mit Drogen verübte Eigentumsdelikte entsteht, wird auf über 10 Milliarden Mark geschätzt. Die Zahl der Morde hat sich im letzten Jahrzehnt verdreifacht, allein in einer Woche wurden kürzlich 58 Morde gezählt. Die Mafia, die den Rauschgiftschmuggel beherrscht, besitzt Hunderte von nach außen wohlrenommierten Lokalen und Geschäften. Nachts allein auf die Straße zu gehen, gilt auch in Manhattan, der Innenstadt, als gefährlich, und keine U-Bahn verkehrt nach Anbruch der Dunkelheit, in der nicht mindestens 1 Polizist während der Fahrt durch die einzelnen Wagen patrouilliert; dabei ist das Vertrauen der Bevölkerung zur Polizei in New York nicht sehr groß, weil regelmäßig Skandale in den New Yorker Zeitungen stehen, wenn wieder ein Polizist oder Verwaltungsangestellter als Heroin-Schmuggler entlarvt wurde.

Wenn in der Verhinderung des Opiumanbaus, der Heroinproduktion und des Rauschgiftschmuggels sowie in der Therapie und Rehabilitation der schon Süchtigen keine drastischen Maßnahmen erfolgen, wird die Drogenszene in den USA und Südostasien bald vollends zur Hölle. Von Nixon sind solche Maßnahmen kaum zu erwarten; daher ist der Kampf gegen den „Volksfeind Nr. 1" von der amerikanischen Regierung schon verloren worden, bevor er als Wahlkampfbeitrag proklamiert wurde.

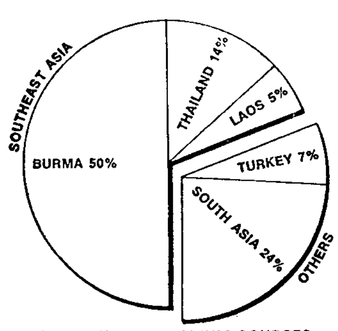


Heroin und Imperialismus

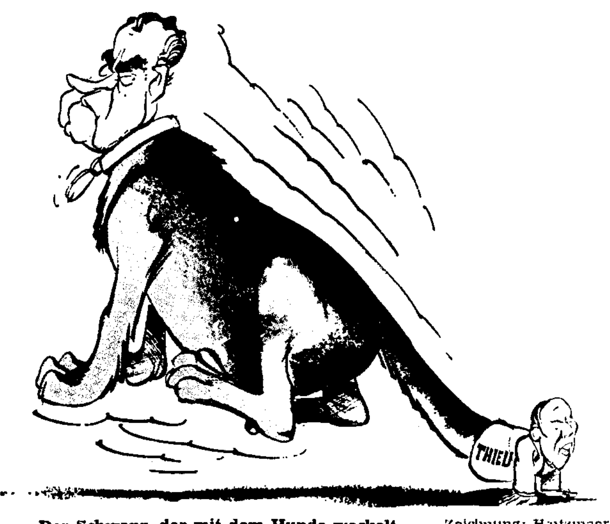
Die Schlußfolgerung des Artikels, den die Badische Zeitung nicht abdrucken wollte:

KRANKES LAND - WAS NUN?

Das reiche Amerika, das seine armen Soldaten ausschickte, um die fragwürdige Freiheit korrupter südostasiatischer Regierungen und Rauschgifthändler zu verteidigen und das trotz Zerstörung eines Landes den Krieg gegen ein Volk verlor, muß nicht nur den Rückzug antreten aus Vietnam, sondern



WORLD'S ILLICIT OPIUM SOURCES

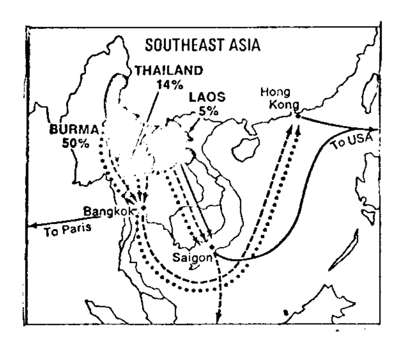


Der Schwanz, der mit dem Hunde wackelt... Zeichnung: Haitzinger

muß einen großen Teil seiner Soldaten zum Rückzug in die Entziehung zwingen und Tausende von Veteranen jahrelang ins Gefängnis stecken. New York, dessen Steuerzahler drei Milliarden jährlich allein für den Krieg in Vietnam und zusätzlich sechs Milliarden jährlich für den Verteidigungshaushalt der USA zahlen müssen, hat gleichzeitig viel zu wenig Geld, um die Ghettos zu humanisieren, die Kriminalität zu verhüten und seinen Kranken und Süchtigen zu helfen; allein beim Methadon-Drogenprogramm stehen über 30 000 Süchtige auf der Warteliste, weil die Nixon-Administration trotz großer wahltaktischer Worte das Geld für die Drogenbekämpfung gekürzt hat.

Und dennoch könnte durch eine scheinbar paradoxe Wendung in der Weltgeschichte die Heroin-Seuche in den USA langfristig eingedämmt und nach Jahren auch besiegt werden: wenn der Vietkong und die übrigen Befreiungsbewegungen in Südostasien nach dem Sieg über die von den Amerikanern gestützten korrupten Marionetten-Regimes den Opium-Anbau und Heroinschmuggel in kürzester Zeit beenden und damit den Sumpf von Korruption, Verbrechen und Elend durch Heroin an der Quelle trockengelegt haben werden, wie es in Havanna nach der kubanischen und in Schanghai nach der chinesischen Revolution erfolgreich gelungen ist.

Peter Riedesser
Badische Zeitung
18./19.11.72




SOZIALISMUS IST GUT -
DAS HEISST FRIEDE
GERECHTIGKEIT
FORTSCH
ES WIRD KEINE
UNTERNEHMER MEHR
GEBEN,
DIE UNS AUSBEUTEN
MAN WIRD DEN
ARBEITERRAT DES
BETRIEBS WÄHLEN


MAN WIRD DIE REPUBLIK
AUSRUFEN, EINE
REPUBLIK DER
ARBEITERRÄTE
MAN WIRD
DIE GENERALE
BESEITIGEN
UND DIE
FASCHISTEN
ABER LEUTE!
NIE HABE ICH
GESAGT, DASS MAN EINE
REVOLUTION MACHEN
SOLLTE,
UM ZUM SOZIALISMUS
ZU KOMMEN!

RUTH FIRST
Portugals Krieg in Afrika

Ruth First:
Portugals Krieg in Afrika
Übersetzung der englischen Broschüre "Portugals War in Africa"
Veröffentlichung des Informationszentrum Dritte Welt

Leicht verständliche Einführungsbroschüre zur Geschichte des portugiesischen Kolonialismus und zum Stand der Befreiungskriege.

Inhalt:
Kolonialisierung durch Portugal: Eroberung, Sklaverei und Zwangsarbeit
Kolonialverwaltung: Assimilierung - Untertanen für Portugal
Salazars korporativer Staat
Beginn des Widerstands, Stand der Befreiungskriege, Zum Aufbau in den befreiten Gebieten
Die Rolle der westlichen Verbündeten
Die Allianz Südafrika - Portugal - Rhodesien
Anhang des Herausgebers: Die Rolle der BRD und die Politik der SPD/FDP-Regierung
Eine Liste ausgewählter Bücher, Broschüren und Periodika ermöglicht die weiterführende Informationsarbeit

Die Broschüre ist geeignet, im Rahmen der Kampagne zum Portugaltribunal verwendet zu werden.

Bestellungen an:
Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Lorettostr. 20a
Preis DM 2,--

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Übersetzung einer Veröffentlichung der Vereinten Nationen (Unit on Apartheid, Department of Political and Security Council Affairs)
Herausgeber: Aktion Dritte Welt, Freiburg und Sozialistisches Büro Offenbach

Inhalt:
Industrialisierung und Armut
Das Ausmaß des Zwangsarbeitssystems in Südafrika
Südafrikas Außenhandel
Auslandsinvestitionen in Südafrika
Das Auftauchen eines Südafrikanischen Blocks

mit ca. 50 Tabellen und einem Anhang der Herausgeber der Deutschen Übersetzung: Die hundert wichtigsten westdeutschen Firmen und ihre Tochtergesellschaften in Südafrika

<u>Vertrieb:</u>
Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Lorettostr. 20a
Tel. (0761) 71028, App. 29

<u>Preis:</u>
Einzelexemplar DM 4,--; Gruppen bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 10 % Rabatt; Buchhandel 40 % Rabatt; - jeweils zuzüglich Versandkosten.

---

basis - Dritte Welt

In Zusammenarbeit mit der Aktion Dritte Welt hat die Redaktion der Freiburger Studentenzeitung "basis" ihre Nr. 1/72 über Dritte Welt herausgebracht. Die Nummer umfaßt folgende Aufsätze: Georg Herbert: Prolegomena zu einer Strategie friedlichen Wandels unter besonderer Berücksichtigung der Ausbeutung der Dritten Welt; Friedhelm Hemmerich: Entwicklungsschwindel oder Wem nützen Privatinvestitionen?, eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Papiers bei der Aktion Dritte Welt; C.S. Küster/ S.M. Rao: Militärische Dynamik als Ausweg aus der ökonomischen Stagnation? Eine historisch-politische Analyse des Pakistankonflikts; Georg Stingl: Studentenbewegung und Imperialismus im südlichen Afrika; Arabische Studentenvereinigung über die Befreiungsbewegungen im Südosten der arabischen Halbinsel; Michael Jung: Kritik der Lehrinhalte: Ökonomie, Der Beitrag einer Wachstumstheorie zu einer Theorie der Entwicklung ("Das eklatante Versagen der ökonomischen Theorie wird von ihren professionellen Vertretern offenbar kaum zur Kenntnis genommen") und außerhalb des Themas der Nummer der Versuch einer Einschätzung des Hochschulgesamtplans durch Karl Ebert, im WS 71/72, AStA-Vorsitzender in Freiburg.

Die Nummer kann beim iz3w Freiburg zum Preis von DM 1,50 bestellt werden. Nr. in unserer Versandliste: C-12.